

**Mai 2017**  
**47. Jahrgang Nr. 1**

**Europäischer Bund für Bildung und Wissenschaft**

Die deutsche Sektion der Association Européenne des Enseignants (AEDE), gegründet 1956



# Europäische Erziehung

Halbjahreszeitschrift des EBB-AEDE.

**Europäische Bildung  
neu denken**

- Für eine demokratische Neugründung Europas
- Schule zwischen Scheitern und Erneuerung
- Europa – wo liegt das Demokratieproblem?
- Die Tschechen sind als Europa-skeptiker bekannt – Warum?
- Vertiefung Europas an der Grenze

## Inhaltsverzeichnis

<b>Editorial</b> .....	<b>3</b>
<b>Texte zur europäischen Bildung</b> .....	<b>4</b>
Hauke Brunkhorst: Für eine demokratische Neugründung Europas. Die »Flüchtlingskrise« als Rückkehr des Verdrängten .....	4
Brigitte Spuler: Einmal Hortiatis und zurück ... Besuch in einem Opferdorf .....	15
Als Europa sich von den Arabern abwandte.....	17
Monique Castillo: Schule zwischen Scheitern und Erneuerung.....	18
Dieter Grimm: Europa – Wo liegt das Demokratieproblem?.....	25
Bára Procházková: Die Tschechen sind als Europaskeptiker bekannt. Warum eigentlich?.....	32
Sabine Verheyen: „Europäische Bildung neu denken“.....	36
Vertiefung der Europäischen Zusammenarbeit an der Limburgisch- Deutschen Binnengrenze (Auszüge).....	41
<b>Berichte aus der Arbeit von EBB und AEDE</b> .....	<b>43</b>
Klaus-Jürgen Heinermann, Christiane Pecek: Berliner Notizen 10.....	43
Ensemble, ré-enchantons l’Europe ! Lasst uns gemeinsam wieder von Europa verzaubern!.....	47
Es geht um unsere Freiheit - Die ungarische Politik gegen die Central European University widerspricht europäischen Prinzipien .....	48
Erklärung des Europäischen Komitees der AEDE.....	49
<b>Rezensionen, Literatur und Hinweise</b> .....	<b>51</b>
Marie-Laure Croguennec-Alix: "Christmas Tree Decoration Exchange" - Weihnachtsbäume, Bürger und Europäer .....	51
Buchbesprechungen .....	52
<b>Über uns</b> .....	<b>55</b>

### Impressum:

Herausgeber: EBB-AEDE e.V., Europäischer Bund für Bildung und Wissenschaft in der AEDE e.V.

Bundesgeschäftsstelle: **Klaus Engel**, Nepomuk-Maier-Straße 5a, 94501 Aldersbach, Tel.: 08543 4894221

E-Mail: [geschaeftsstelle@ebb-aede.eu](mailto:geschaeftsstelle@ebb-aede.eu)

Redaktion dieser Ausgabe: Alfons Scholten (St) unter Mitarbeit von Klaus-Jürgen Heinermann (KJH) und Klaus Engel (KE); Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist am: 15.10.2017; Thema der nächsten Ausgabe ist: Digital Citizenship.

Druck: Kopierfabrik Alte Schleiferei, Duisburg

Eine online-Version dieser Ausgabe finden Interessierte im Archiv unter: <http://www.ebb-aede.eu/zeitschrift-europaeische-erziehung.html>

Der auszugsweise Nachdruck ist bei Nennung der Quelle und gegen Zusendung von zwei Belegexemplaren erlaubt.

## Editorial

### 60 Jahre grenzüberschreitende Bildung und Wissenschaft in Vielfalt

Europa steht vor der Entscheidung, ob es den Weg zu den „Vereinigten Staaten von Europa“ fortsetzen oder sich eher auf den Weg zu einem „Heiligen Römischen Reich europäischer Nationen“ begeben will. Deshalb steht die europäische Bildungsarbeit vor neuen Aufgaben und Herausforderungen! Dazu gehört u.a.:

- a) Angesichts des 60. Geburtstags der Römischen Verträge sollten die EU-Institutionen den bestehenden „EU-Redner-Dienst“ um einen „Europäischen-Zeitzeugen-Dienst“ ergänzen, um Schulen, Universitäten und außerschulischen Bildungseinrichtungen zu ermöglichen, sich in lebendiger Art und Weise mit Visionen, Zielen und Hindernissen des europäischen Einigungsprozesses auseinanderzusetzen.
- b) Bei den Brexit-Verhandlungen sollten alle Beteiligten Wert darauf legen, dass die britischen Schulen und Hochschulen solange als möglich an Erasmus+ teilnehmen können, möglichst auch über den Austritt hinaus.
- c) Bei den derzeit laufenden Vorbereitungen des Nachfolgeprogramms von Erasmus+
  - sollte die Zukunft Europas zum Thema gemacht werden und die inhaltliche Orientierung des Programms stärker auf die „Pariser Erklärung“ der Bildungsminister ausgerichtet werden
  - sollte die Dimension der „Europäischen Bürgerschaft“ in den Europass integriert werden
  - sollte die Qualität der Projekte dadurch gesteigert werden, dass wieder Treffen zur Vorbereitung der Projekte gefördert werden
  - muss sicher gestellt werden, dass –wie mit dem Interrailpass für alle geplant- wirklich alle Interessenten daran teilnehmen und Europa erleben können, denn was Kinder und Jugendliche über Europa lernen, prägt sie für ihr weiteres persönliches und berufliches Leben
  - muss möglich werden, dass auch neue Verknüpfungen unterstützt werden: Erasmus-Studierende, die am Studienort in Schulen und außerschulischen Bildungseinrichtungen mitarbeiten oder Schüler allgemeinbildender Einrichtungen, die ein Berufspraktikum und einen Schulaustausch kombinieren, ...
  - darf auf keinen Fall wieder ein Übergangsfinanzierungsproblem entstehen, was die Entwicklung – wie 2014/2015 – um zwei oder mehr Jahre zurückwerfen würde.

Darüber hinaus brauchen wir ein europäisches Vereinsstatut, damit die Bürgerinnen und Bürger die politische Zusammenarbeit erproben und neue, grenzüberschreitende Lösungen entwickeln können.

Der EBB-AEDE Vorstand

## Texte zur europäischen Bildung

„Europa ist in der Krise“ - dieses Alarmsignal scheint angesichts von Brexit, Populismus, Euro-Krise, der von Russland provozierten Krise in der Ost-Ukraine, der Zukunft der Türkei und einiger wichtiger Wahlen in EU-Mitgliedsländern zum Normalzustand zu werden. Da die Bildungsarbeit zugleich vor neuen inhaltlichen Herausforderungen steht – digitale Bildungsarbeit, Integration der Flüchtlinge, Inklusion, Fortschreibung des Erasmus+ Programmes – und einige politische Probleme weiterhin ungelöst sind – Demokratiedefizit, was heißt Föderalismus heute?, Stärkung der Zivilgesellschaft und einer europäischen Öffentlichkeit – können wir in der Europäischen Bildungsarbeit nicht weiter machen wie bisher, sondern müssen nach neuen Konzepten und Wegen suchen, um die europäischen Werte und Ideen nachhaltiger und überzeugender ins Gespräch zu bringen. Da dieser Prozess der Umorientierung sicherlich nicht von heute auf morgen zu abschliessenden Ergebnissen führt, kann dieses Themenheft nur ein Auftakt für einen längeren Prozess sein, den wir beim Seminar Ende Mai/Anfang Juni in Brüssel sowie in den nächsten Ausgaben dieser Zeitschrift fortführen werden. Vielleicht kann dieser Prozeß ja auch dazu beitragen, unsere Vorstellungen von dem, was ein 'föderales Europa' genauer sein kann oder soll, zu präzisieren und so die Europawahlen 2019 mit vorzubereiten. - St

### Hauke Brunkhorst: Für eine demokratische Neugründung Europas. Die »Flüchtlingskrise« als Rückkehr des Verdrängten<sup>1</sup>



Ein Jahr nach Beginn der sogenannten Flüchtlingskrise bestimmt das Thema weiterhin die Schlagzeilen in Deutschland und Europa. Doch eines wird dabei konsequent verdrängt: die koloniale Ursache der globalen Fluchtbewegung. Wer aber von der imperialen und kolonialen Vergangenheit Europas nicht reden will, sollte von der „Flüchtlingskrise“ schweigen. Die Geschichte der Europäischen Union ist bis heute eine des silencing, des kommunikativen Beschweigens der kolonialen Vergangenheit. Was wir in der gegenwärtigen Flüchtlingskrise erleben, ist die längst fällige Wiederkehr des Verdrängten. Mit jenen Körpern, die sich zu Zehntausenden von Grenze zu Grenze schleppen und sich zu Hunderten in winzige, seeuntüchtige Boote drängen, kehrt es nach Europa zurück.

Verdrängt wurde jedoch nicht nur die koloniale Vergangenheit des Kontinents, die bis an die Schwelle der Gegenwart reicht, verdrängt wurde und wird auch der enge Zusammenhang der Krise mit Klimawandel und globaler

<sup>1</sup> Der Aufsatz ist zuerst erschienen in: »Blätter für deutsche und internationale Politik« 9/2016, Seite 63-74. Wir danken der Redaktion für die Erlaubnis zum Nachdruck

Erwärmung, die die Bevölkerung Zentralafrikas in immer größeren Scharen zur Flucht aus dem verödeten Kontinent treibt.

Verdrängt wird, dass die Schrecken des Klimawandels, die den afrikanischen Kontinent zuerst treffen, durch das systematische Landgrabbing global operierender Investoren und einheimischer Eliten, die nur an steigenden Grundstückspreisen, exportierbaren Nahrungsmitteln und verwertbaren Bodenschätzen interessiert sind, noch einmal verdoppelt werden.

Nicht die absolute Armut, sondern die sozialen Unterschiede, die auf dem afrikanischen Kontinent ohnehin schon unerträgliche Ausmaße angenommen hatten, sind durch den aggressiven Landraub noch einmal vergrößert worden. Neben den häufigen Hungersnöten erzeugt die unüberwindlich erscheinende soziale Ungleichheit Entmutigung und Hoffnungslosigkeit. Niemand glaubt mehr, an der Situation je etwas ändern zu können, weder für sich noch für seine Kinder und Kindeskinde.

Dieses Problem wird auch dann nicht gelöst sein, wenn eines Tages die Bürgerkriege beendet und die Regime der Folterknechte und Diktatoren, die die längst unerträglich gewordenen Klassen- und Ausbeutungsverhältnisse nur noch mit Gewalt aufrechterhalten können und den großen Aufstand der arabischen Zivilgesellschaft blutig niedergeschlagen haben, verjagt und durch funktionstüchtige Demokratien abgelöst sein werden. Die Verödung und Verwüstung der Umwelt fragt nicht nach der Staatsform.

Demokratiebewegungen werden somit nur dann erfolgreich sein, wenn sie nicht nur die Diktatoren und Folterknechte verjagen, sondern auch die sozialen Probleme lösen, ohne die der religiöse Fundamentalismus ein fast schon bedeutungsloses Sektenphänomen wäre. Die Demokratie kann sich nur durchsetzen, wenn sie nicht nur das Ungleichheitsproblem, sondern auch das Umweltproblem besser löst als jede andere Verfassung der Gesellschaft. Schon deshalb ist Demokratie deliberative Demokratie oder keine.<sup>2</sup>

<sup>2</sup> Hauke Brunkhorst, Deliberative Politik – Ein Verfahrens begriff der Demokratie, in: Peter Koller (Hg.), Kom-

An die Stelle der Erinnerung an die koloniale Vergangenheit, die in den globalen Ungleichverhältnissen, im Autoritarismus des Südens, in der Massenflucht und dem großen Sterben schwarzer Menschen im Mittelmeer fortwirkt, trat eine schlecht idealistische Friedens-, Verständigungs- und Weltbeglückungsrhetorik, die der reibungslosen Rekonstruktion nationaler Einheit nach dem Zweiten Weltkrieg ebenso entgegenkam wie der Hegemonie einer entpolitisierten Wirtschaftsverfassung. Letztere hat sich zu einem technokratischen Regime verfestigt und verdichtet, aus dessen Fängen es kein Entkommen mehr gibt und das die demokratische Wahl zwischen sozialen und wirtschaftspolitischen Alternativen faktisch unmöglich macht. Demokratie existiert daher fast nur noch im Verfassungstext. Der brasilianische Jurist und Soziologe Marcelo Neves nennt das eine nominalistische Verfassung, die ihre normative Wirksamkeit verloren hat.<sup>3</sup>

### Europas antidemokratisches Erbe

Verdrängt wurde, dass die Einigung Europas und die Einbeziehung Südeuropas in die Union schon früh unter dem, auch militärisch erzwungenen, Ausschluss aller sozialistischen Alternativen zum demokratischen Kapitalismus durchgesetzt wurde.<sup>4</sup> Ein aussichtsreicher kommunistischer Aufstand in Griechenland wurde lange vor Gründung der EU, gleich nach dem Krieg, von britischen Truppen niedergekämpft. Danach hat der Westen die Errichtung einer schwach konstitutionalisierten Monarchie mit einer orthodoxen Staatskirche ebenso massiv unterstützt, wie die jahrzehntelange Alleinherrschaft der Christdemokraten in Italien. Als der Dauerkonflikt zwischen Monarchie und Parlament in Griechenland sich in den 1960er Jahren zur Legitimationskrise des politischen Sys-

mentar zu Faktizität und Geltung, Berlin 2016 (i. E.).

<sup>3</sup> Marcelo Neves, Zwischen Subintegration und Überintegration: Bürgerrechte nicht ernst genommen, in: „Kritische Justiz“, 4/1999, S. 557-577.

<sup>4</sup> Vgl. dazu knapp: Wolfgang Streeck, Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Berlin 2013, S. 198 ff.



tems ausweitete, haben die EU und der Westen die diktatorische Lösung mindestens geduldet, wenn nicht stillschweigend begrüßt und heimlich nachgeholfen. Die Obristen hingegen haben sogleich die Mitgliedschaft im Europarat mit der Begründung aufgekündigt, dessen Menschenrechtskommission sei eine Verschwörung von Kommunisten und Homosexuellen gegen die hellenischen Werte.<sup>5</sup>



Verdrängt wurde auch, dass die EU und ihre Gliedstaaten zusammen mit der Nato und einer militärischen Drohkulisse seitens der USA in den 1970er Jahren die damals durchaus realistische eurokommunistische Option in Italien, Portugal und Spanien blockierten. Die marktkonforme Begrenzung des demokratischen Alternativspielraums und die Unterwerfung Südeuropas unter die Herrschaft des europäischen

<sup>5</sup> Costas Douzinas, *The End of Human Rights. Critical Legal Thought at the Turn of the Century*, Oxford 2000, S. 144.

Wettbewerbskommissars hat sich Europa viel kosten lassen. Der segensreiche Strom billigen Geldes nach Süden verebbte erst, als das Geld für die Osterweiterung benötigt wurde, um dort den Hoffnungsschimmer eines demokratischen Sozialismus im Keim zu ersticken, obwohl viele Bürger Osteuropas diese Option befürworteten – eine Option, welche die Tschechoslowaken 1968 riskiert und teuer bezahlt hatten.

Hier zeigt sich: Der Satz, den ein Interviewer im Krisensommer 2015 zu später Stunde Jean-Claude Juncker entlockte, wonach die Wahl einer Regierung, die so links sei wie die griechische, mit den Spielregeln der Währungsunion nicht vereinbar ist, hat eine lange Vorgeschichte.<sup>6</sup>

Allenfalls Skandinavien scherte aus und bewegte sich in den 1960er Jahren ein Stück weit in Richtung demokratischer Sozialismus. Die weltweiten Bewegungen der Studenten, Frauen, Farbigen und Homosexuellen haben seit den späten 1960er Jahren zwar eine bis heute anhaltende Serie von kulturevolutionären Veränderungen ausgelöst. Sie haben nicht nur die westliche Welt und ihre Mentalitäten tiefgreifend verändert, sondern weit über Europa und Amerika hinaus bis in alle Winkel der Welt ausgestrahlt. Aber die damalige Hoffnung der Generation von Bernie Sanders, der Sozial- und Wohlfahrtsstaat werde sich zusammen mit den kulturellen Umwälzungen rasch in Richtung demokratischer Sozialismus weiterentwickeln, hat sich durch die politisch durchgesetzte Globalisierung des finanzgetriebenen Kapitalismus mittlerweile zerschlagen.

### Die verdrängte Geschichte des kolonialen Befreiungskampfes

Verdrängt und unterdrückt wurden nicht nur die sozialistischen Alternativen des Südens, sondern auch die bis in die 1980er Jahre andauernde Kolonialgeschichte.<sup>7</sup> Verdrängt wurde, dass

<sup>6</sup> Ausgestrahlt von Arte im Juni 2015.

<sup>7</sup> Zum Folgenden vgl. Gurinder K. Bhambra, *Postcolonial Europe, or: Understanding Europe in times of the postcolonial*, in: Chris Rumford (Hg.), *The Sage Handbook of European Studies*, Los Angeles, Washington DC,

mit Ausnahme des winzigen Luxemburg alle Gründernationen der späteren EU – die Niederlande, Belgien, Italien, Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland – frühere Kolonialmächte waren und es (mit Ausnahme der Bundesrepublik) bis weit in die Zeit der Europäischen Gemeinschaft blieben. Bei Gründung der EU in Rom 1957 waren nicht nur Frankreich und Belgien, sondern auch noch Holland und Italien Kolonialmächte. Auch von den später hinzugetretenen Nationen hatte nicht nur das Vereinigte Königreich eine koloniale Vergangenheit und Gegenwart, auch Dänemark und Schweden gehörten zum Klub.

Die kolonialen Befreiungskämpfe begannen auf breiter Front nach dem Ersten Weltkrieg, der russischen Revolution und der Proklamation des universellen Selbstbestimmungsrechts der Völker durch den amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson. Sie gewannen durch die nicht mehr allein europäisch und westlich dominierte Neugründung der Vereinten Nationen und den Sieg der chinesischen Revolution nach dem Zweiten Weltkrieg an Schubkraft und erreichten ihr Ziel in den 1960er Jahren, auch wenn es bis zur endgültigen Befreiung der letzten Kolonie in Simbabwe bis 1980 und dem Ende des südafrikanischen Apartheidregimes bis 1990 dauern sollte.

Auch der Kongo, in dem die Kolonialherrschaft des EU-Gründungsmitglieds Belgien bis zum letzten Tag im Stil des späten Franco-Regimes brutal durchgesetzt wurde, war bis 1960 als belgische Kolonie Teil der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft – eine „Last“, die Belgien sich dadurch erleichterte, dass es auf die Völkerrechtsoffenheit seiner Verfassung, auf die alle anderen Gründungsmitglieder eingeschworen waren, großzügig verzichtete.

Während die Staaten des europäischen Kontinents ihre Neugründung dem globalen Krieg gegen das Nazi-Regime, dem verlustreichen Kampf kontinentaleuropäischer Partisanenverbände und verzweifelten Aufständen verdankten, konnten die von Europa immer noch kolonisierten Völker sich erst in den kommenden Jahrzehnten vom Kolonialismus befrei-

London, Neu-Delhi und Singapur 2009, S. 69-86.

**Marianne Heimbach-Steins: Grenzverläufe gesellschaftlicher Gerechtigkeit. Migration – Zugehörigkeit – Beteiligung. - Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn 2016, 193 Seiten, 27.90 €, ISBN: 978-3-506-78276-2**

Flucht und Migration sind für Deutschland und Europa zu einem Kristallisationspunkt des Ringens um gesellschaftliche Gerechtigkeit geworden. Denn die Suche nach Schutz, Sicherheit und menschenwürdigen Lebensbedingungen macht nicht an Staatsgrenzen halt. Sie fordern unsere traditionellen Muster von Zugehörigkeit und Beteiligung heraus. Die Autorin, Professorin für Christliche Sozialwissenschaften in Münster, diskutiert in dieser Arbeit die „Ambivalenz von Grenzen“, „Koloniale und postkoloniale Muster der Zugehörigkeit“ sowie „Konturen einer globalen Migrationsethik“ um zum Schluss „ethische Prüfsteine“ für eine „Europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik“ zu formulieren.

Ein lesenswerter Debattenbeitrag aus der Perspektive der katholischen Theologie, der in universitären Einführungsseminaren oder Kursen der Oberstufe durchaus auch als Materialgrundlage dienen kann.

*St*

en. Bis heute gibt es einzelne Reste europäischer Kolonialherrschaft: in Nordafrika die spanischen Städte Ceuta und Mellila; im Pazifik, im Indischen Ozean und der Karibik eine Serie französischer Übersee-Departements und in der Karibik etliche niederländische autonome Gebiete. In Lateinamerika teilt das französische Übersee-Departement Guayana sogar eine Landgrenze mit Brasilien.

Insgesamt leben in Afrika und Übersee rund drei bis vier Millionen EU-Bürger indigener Herkunft, die sich in der Mehrzahl in Referenden für den Verbleib in den vormaligen Kolonialländern und der EU entschieden haben. Trotzdem fehlen sie auf den offiziellen Landkarten der EU – ebenso wie die Grenze Europas auf dem afrikanischen Kontinent, die hinter den Stacheldrähten von Ceuta und Mellila jede Nacht im hellen Licht der Feindaufklärung erstrahlt.

Obwohl Marokko an Ceuta und Melilla grenzt und damit, nicht anders als die Ukraine, eine

Landgrenze mit der Europäischen Union teilt, überdies Europa kulturell und sprachlich mindestens so eng verbunden ist wie die Ukraine, wurde der Antrag Marokkos auf Mitgliedschaft 1986 mit der schlichten Begründung zurückgewiesen, Marokko sei kein europäisches Land. Dessen Nachbarland Algerien, das in der Gründungszeit der Europäischen Union 80 Prozent des französischen Staatsterritoriums umfasste, war sogar von 1951 bis 1962 als Teil Frankreichs Mitglied der Montanunion und von 1957 bis 1962 Mitglied der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Nie ließ die französische Regierung auch nur den geringsten Zweifel aufkommen, dass Algerien und Frankreich einen Staat bildeten und dass Frankreich das Herz der Europäischen Union sei. Dasselbe gilt für den Vertragstext von 1957 (Art. 227, 2. EEC). Aber der zwingende logische Schluss, dass dann auch Algerien europäisch sei, sollte nicht gelten. Es galt stattdessen der dekonstruktive Syllogismus: Erstens, Algerien ist französisch; zweitens, Frankreich ist europäisch; also ist drittens Algerien nicht europäisch. Der algerische Befreiungskrieg, den Frankreich von 1954 bis 1962 mit einer halben Million Soldaten als Krieg gegen seine eigene afrikanische Bevölkerung führte, ließ sich dank solcher Logik, die den Weißbüchern der Europäischen Kommission eigen ist, ebenso leicht vergessen machen wie die eine Million Toten,<sup>8</sup> die er einer Bevölkerung abverlangte, der nach einem Grundsatzurteil des Europäischen Gerichtshofs von 1963 (in der Rechtssache „van Gend & Loos gegen niederländische Finanzverwaltung“) spätestens seit 1957, aber eigentlich schon seit 1951, europäische Bürgerrechte zustanden.

### Kein Gedenken an die Opfer

Innerhalb der EU wurde die nichteuropäische, postkoloniale Emanzipations- und Unterdrückungsgeschichte vollständig verdrängt. Kein offizielles Dokument der EU erwähnt sie. Verdrängt wurden auch die vielen kolonialen

<sup>8</sup> Die Angabe entnehme ich Bhambra, a.a.O., S. 85. Laut Wikipedia schwanken die offiziellen Opferzahlen zwischen eineinhalb Millionen und 300 000 Toten.

Verbrechen, die kaum ein Menschenalter zurückliegen. Was die bloße Zahl der in kurzen Zeiträumen Ermordeten und das Ausmaß der Grausamkeiten angeht, stehen sie den japanischen und deutschen Verbrechen während des Zweiten Weltkriegs, der im pazifischen Raum schon Mitte der 1930er Jahre begann, kaum nach.<sup>9</sup> Verdrängt wurde auch die Einübung der rassistischen Vernichtungspraxis im „Herzen der Finsternis“,<sup>10</sup> lange bevor die Taten in Europas „Bloodlands“ (Timothy Snyder) wiederholt wurden. Zwischen 1890 und 1920 wurden in Belgisch-Kongo 10 Millionen Menschen – die Hälfte der damaligen Bevölkerung – ermordet. Sie wurden auf militärischen Raubzügen, im Zuge des Sklavenhandels und durch eingeplante Hungersnöte, Zwangsarbeit, Verstümmelung, Unterernährung, medizinische Unterversorgung, sozialökonomisch induzierte Seuchen, Zerstörung von Dörfern und ganzen Regionen, durch lebendiges Begraben und Massenerschießungen vernichtet. Wer abends nicht, um nur dieses eine grausame Beispiel zu erwähnen, die auf Kosten der eigenen Subsistenzwirtschaft geforderte Menge Kautschuk ablieferte, wurde sofort erschossen.<sup>11</sup>

Der Völkermord im Kongo war nicht der einzige, den europäische Mächte in Afrika verübten. Von ähnlichem Schrecken war die systematische Ermordung der Hereros durch deutsche Kolonialtruppen in Südwestafrika, die das zuvor geraubte Privateigentum deutscher Bürger am afrikanischen Boden und dessen Aneignung durch indigene Zwangsarbeit sicherstellten. Ausplünderung, Versklavung und Genozid haben den ganzen, vor der Kolonialisierung bereits hoch entwickelten Kontinent bis heute weit zurückgeworfen.

<sup>9</sup> Vgl. dazu knapp: Jürgen Osterhammel, Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts, München 2010, S. 194 ff.

<sup>10</sup> So der Titel der berühmten Erzählung Joseph Conrads, deren Hintergrund der Völkermord im belgischen Kongo im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts ist.

<sup>11</sup> Vgl. David van Reybrouck, Kongo. Eine Geschichte, Berlin 2013; Ron Vaughn, The Force Publique of the Belgisch Kongo, in: „Savage und Soldier“, Bd. 7/3.



### Viele willige Vollstrecker

Der größte koloniale Völkermord vor dem Zweiten Weltkrieg ging keineswegs allein zu Lasten des belgischen Königs. Auch er hatte viele willige Vollstrecker. Seine Untaten wurden nicht nur vom belgischen Parlament tat- und zahlungskräftig unterstützt, sondern auf der Berliner Konferenz über die Zukunft des afrikanischen Kontinents von 1884 bis 1885 von fast allen Staaten der heutigen EU und des Europarats faktisch und rechtlich ermöglicht, die ihn dann auch mehr als minder billigend und gewinnbringend in Kauf genommen haben. Österreich-Ungarn, Belgien, Dänemark, Frankreich, Deutschland, Italien, Holland, Portugal, das Ottomanische Reich, das damals noch im offiziellen völkerrechtlichen Status einer „halb-zivilisierten“ Nation war, Russland, Spanien, Schweden-Norwegen und das Vereinigte Königreich unterzeichneten 1885 den General Act, in dem die gesamte Kongoregion zum Privateigentum des belgischen Königs erklärt wurde. Auch die USA waren als Ehreneuropäer ohne Stimmrecht mit von der Partie. Gleichzeitig wurde der gesamte afrikanische Kontinent durch eine Art Kolonialverfassung in das Jus Publicum Europaeum, das öffentliche Recht Europas, integriert. Grundlegendes Verfassungsprinzip des General Act war die Unterscheidung der gleichen Herrschaft des Rechts, das in und zwischen den „zivilisierten“ Unterzeichnerstaaten (jurisdiction) galt, und dem ungleichen, autoritären Maßnahmerecht (authority), das auf die „unzivilisierten“ Indigenen in den afrikanischen Kolonien anzuwenden war (Paragraf 35, General Act).<sup>12</sup>

Der „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ (Art. 3, Abs. 2 EU-Vertrag), der im selbstgerechten Selbstverständnis der politischen Eliten Europas die herausragende, ja vorbildliche Stellung der Europäischen Union im Konzert der Kontinente und Nationen begründen soll, steht in der großen Tradition des Jus Publicum Europaeum. Aber zu dieser Tradition gehört eben auch das Verfassungsprinzip von 1885, das das „unzivilisierte“ Afrika dem euro-

<sup>12</sup> Vgl. Matti Koskenniemi: *The Gentle Civilizer of Nations*, Cambridge 2002, S. 126.

päischen Großraum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts als einen Raum ungleicher Freiheit, ungleicher Sicherheit und ungleichen Rechts einverleibte. Und: Findet diese koloniale Tradition nicht ihre unmittelbare Fortsetzung im heutigen Regime der smart borders und transportable legal walls, die das gleiche Recht des europäischen Kontinents vom ungleichen Recht Afrikas abschirmen?<sup>13</sup>

Es ist die verdrängte Geschichte kolonialen Grauens, die heute in Gestalt der – vor diesem Hintergrund – nach wie vor eher schmalen Flüchtlingsströme aus Afrika nach Europa an ihren Ursprung zurückkehrt. Auch jetzt noch wird nur die weiße Gestalt der syrischen, afghanischen oder pakistanischen Geschundenen sichtbar, und auch nur dann, wenn es ihnen gelingt, sich bis an die Grenze der reichsten Regionen des Kontinents zu schleppen. Dass die überwältigende Mehrzahl der global Flüchtenden Afrikaner sind und über das Mittelmeer kommen, in Seenot geraten und Jahr um Jahr zu Tausenden und Zehntausenden ertrinken, ist meist kaum eine Meldung wert und wird aus dem öffentlichen Bewusstsein nach wie vor weitgehend ausgegrenzt – obwohl Europa hier das älteste internationale Recht verletzt, nämlich Menschen in Seenot zu retten (in der sie sind, sowie sie die seeuntüchtigen und vollkommen überfüllten Boote besteigen).<sup>14</sup>

Erst in jüngster Zeit werden sie, wenn sie zu kentern drohen, von europäischen Schiffen und Patrouillenbooten gerettet – so diese zufällig in der Nähe sind. Bis vor Kurzem wurde, wer es auf ein derartiges Boot geschafft und damit europäischen Boden betreten hatte, widerrechtlich gleich wieder zurücktransportiert – eine Praxis, auf die sich die europäischen Minister unlängst wieder geeinigt haben, unter vielfachem Bruch des Völkerrechts.<sup>15</sup>

<sup>13</sup> Vgl. Ayelet Shachar, *New Border and Citizenship Constellations: Implications for Law and Justice*, auf dem WZB-Workshop „Critical Theory and Constitutionalism“ präsentierte Studie, Berlin 11.12.2015.

<sup>14</sup> Andreas Zielcke, *Aus der Not eine Untugend machen*, in: „Süddeutsche Zeitung“, 22.4.2015.

<sup>15</sup> Der EuGH hatte deswegen Italien rechtskräftig verur-

Von alledem findet sich in den offiziellen Dokumenten der Union, die immer wieder Europas Geschichte im kosmopolitischen Friedensprojekt der EU enden lassen, nicht eine einzige Spur. Die einzigen Akte physischer Gewalt, von denen dort die Rede ist, sind die sowjetische Intervention in Ungarn 1956, das damals noch kein Mitglied der EU war, und die weitgehend gewaltlosen Studentenunruhen der langen 1960er Jahre.<sup>16</sup>

### Die globale Schuldumkehr

Stattdessen kommt es zu einer drastischen Schuldumkehr, wenn heute diejenigen, die aus den vormaligen Kolonialgebieten nach Europa kommen, als Migranten oder Flüchtlinge für die Zerstörung des Sozialstaats und des sozialen Friedens verantwortlich gemacht werden, der aber nicht von ihnen, sondern vom globalisierten Kapitalismus gefährdet wird, den Europa und die USA rechtlich ermöglicht und politisch, in Lateinamerika auch militärisch, durchgesetzt haben.

Die sozialen Unterschiede und die damit einhergehenden Unterschiede der Macht und des Einflusses zwischen der oberen und den unteren sozialen Klassen haben heute wieder das unerträgliche Ausmaß von 1900 erreicht.<sup>17</sup> Dieses immense Wachstum der sozialen Unterschiede hat unmittelbare anti-demokratische Wirkungen: Im unteren Viertel der Gesellschaft schrumpft die Wahlbeteiligung auf 30 Prozent und weniger, während sie im oberen Viertel bis weit über 90 Prozent steigt. Der Wählerückgang trifft so vor allem die breite Wählerschicht, die zuvor fast ausschließlich sozialdemokratisch oder sozialistisch gewählt hatte. Das Wachstum sozialer Ungleichheit hat auch in Europa, bei unvergleichlich geringerer abso-

---

teilt, in dem mittlerweile berühmten Präzedenzfall Fall „Hirsi gegen Italien“, und zumindest Italien hat sich bislang auch daran gehalten.

<sup>16</sup> Vgl. Bhambra, Postcolonial Europe, a.a.O.

<sup>17</sup> Thomas Piketty, Das Kapital im 21. Jahrhundert, München 2013; Richard Wilkinson und Kate Pickett, Gleichheit ist Glück: Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind, Berlin 2010.

luter Armut als in Afrika, denselben Entmutigungseffekt für die, die zu Recht glauben, an ihrer Lage durch Wahlen nichts mehr ändern zu können. Sie resignieren, versinken in kollektiver Depression und lassen die Wahl, durch die sich an ihrem Schicksal und dem ihrer Kinder nichts ändert, Wahl sein.<sup>18</sup> Wer sie aufruft, zur Wahl zu gehen, verhöhnt sie – ob gewollt oder ungewollt.

Die kollektive Depression der Unteren veranlasst dann die linken Parteien, immer weiter nach rechts zu rücken und bringt jede grundlegende Alternative zum neoliberalen Regime der Austerität, der Flexibilisierung des Arbeitsmarkts, des Lohndumpings, des Outsourcings, des ubiquitären Wettbewerbs und des race to the bottom zum Verschwinden.<sup>19</sup>

### Der Flüchtling als Sündenbock

Während die Politik die europäischen und globalen Investitionen der deutschen Industrie- und Finanzwirtschaft durch ein weltweites Netz bilateraler Verträge und Schiedsgerichtbarkeiten (à la TRIPS oder TTIP) schützt, werden die Flüchtlinge zum Sündenbock erklärt. Wenn etwa der sozialdemokratische Parteivorsitzende und Wirtschaftsminister im Landtagswahlkampf auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise erklärt, er sei entschieden für die Aufnahme und menschliche Behandlung der legal berechtigten Flüchtlinge, aber er sei ebenso entschieden für die soziale Sicherung und Besserstellung der deutschen Arbeiter und Sozialhilfeempfänger, dann insinuiert er damit – beabsichtigt oder nicht –, das eine hätte mit dem anderen etwas zu tun. Was aber tatsächlich den Lohn auf den europäischen Arbeitsmärkten nach unten drückt, sind die globalen Märkte und die ihnen konformen Regierungen – und nicht die Flüchtlinge aus Asien und Afrika, die das seltene Glück haben, bis nach Europa zu kommen. Und dennoch wurde das von Sigmar Gabriel Gesagte vor den Landtagswahlen im Frühjahr

---

<sup>18</sup> Wilkinson/Pickett, a.a.O.

<sup>19</sup> Armin Schäfer, Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet, Frankfurt a. M. 2015.

dieses Jahres von allen Parteien des Bundestags nachgesprochen – nur von Angela Merkel nicht, die tat, was sie immer tut, um an der Macht zu bleiben, nämlich nichts zu sagen, und sich damit ironischerweise links von allen Parteien des Bundestags platzierte. Kein Wunder, dass die AfD prompt die Wahl gewann, in der ihre medienverstärkte Parole „Migranten raus!“ die einzige war, die das Publikum am Ende überhaupt vernehmen konnte, während die anderen Parteien es beim höflich abgeschwächten Echo aus Höcke-, Gau- und Petry-Land beließen.

Viele von denen, auf die wir Europäer heute unser eigenes soziales Versagen abwälzen, sind Kinder und Kindeskindern vormals von uns kolonisierter und konstitutionalisierter Völker, und viele von ihnen haben wir, insbesondere die Engländer und Franzosen, einst zu unseren Staatsbürgern und Soldaten gemacht, um uns ihrer Loyalität zu vergewissern und sie noch effektiver ausbeuten zu können. Sie sind daher im verfassungsrechtlichen Sinn ein konstitutives Element unserer – derzeit immer mehr verfallenden – rechtsstaatlichen und demokratischen Ordnung. Ganz abgesehen davon verdanken wir dem blutigen Imperialismus, mit dem wir vor allem in der langen, zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ihre Kontinente überzogen haben, einen nicht unerheblichen Teil unseres Reichtums. Sie gehören somit, im Guten wie im Bösen, zu uns und dem Jus Publicum Europaeum. Genau das verdrängen wir bis heute.<sup>20</sup> Eine Verarbeitung und Aufarbeitung des Verdrängten (im Sinne des Freudschen psychoanalytischen Arbeitsbegriffs) würde dagegen voraussetzen, dass die Europäer sich nicht länger nur als Teil Eurasiens verstehen, sondern endlich auch als ein Teil Eurafrikas.<sup>21</sup>

### **Eine Krise nicht der Flüchtlinge, sondern der Menschenrechte**

Die meisten europäischen Länder, die heute

20 Bhambra, Postcolonial Europe in Crisis, Konferenzpapier, Europa-Universität Flensburg, 19.5.2016.

21 Peo Hanson und Stefan Johnson, Eurafrika – The Untold History of European Integration and Colonialism, New York und London 2014.

den Flüchtlingen die Aufnahme, sogar das Asylrecht verweigern und die Grenzen schließen, verstoßen jedoch nicht „nur“ gegen die bindenden Menschenrechtspakte der Vereinten Nationen und die europäische Menschenrechtskonvention, die sie alle unterzeichnet haben, wie gegen geltendes europäisches Recht (Schengen, Dublin), sondern sie verstoßen auch gegen ihr eigenes, nationales Recht, in Deutschland speziell gegen das verfassungsrechtlich gewährte Recht auf Asyl.

Am absurdesten ist dabei die Ausrede von der materiellen Überforderung unserer Institutionen, das berüchtigte staatliche Bestandssicherungsargument (oder gar Grenzsicherungsargument). Es stammt aus der spätautoritären Mottenkiste der Verfassungsrechtsprechung der 1950er und 60er Jahre.

13,5 Millionen Syrer bedürfen nach Angaben des UNHCR humanitärer Unterstützung, sieben Millionen von ihnen leben in Syrien als displaced persons, 5 Millionen als Flüchtlinge außerhalb Syriens. Die „Krise“, die durch die Flüchtlinge der letzten Jahre in Europa ausgelöst worden sein soll, ist durch deren durchschnittlichen Anteil von weniger als 0,26 Prozent der Bevölkerung der EU nicht belegbar. Im Libanon beträgt sie dagegen 25 Prozent, in Afrika sind es über 30 Prozent, in Asien über 40 Prozent.<sup>22</sup>

Nimmt man die Zahlen der seit 2015 nach Europa geflohenen und nicht zurückgewiesenen Menschen in den Blick, kommt man um den Vergleich nicht herum: Der reichste Kontinent der Erde nimmt den geringsten Anteil der um die Erde irrenden Migranten auf. Mehr als 86 Prozent finden in den Entwicklungsländern Schutz, in Europa sind es lediglich 5 Prozent. Kurzum: Europas Flüchtlingskrise ist eine imaginierte Krise. Es gibt, so treffend die Verfassungsrichterin Susanne Baer, „keine Flüchtlingskrise“, wohl aber eine „Krise der Menschenrechte“ in Europa.<sup>23</sup>

Diese Krise der Menschenrechte ist eine Krise der Demokratie, nämlich eine Krise des techno-

22 Report des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) 2016; Bhambra, Postcolonial Europe in Crisis, a.a.O.

23 Susanne Baer, Inequalities that matter, Papier der ICON-Conference, Berlin, 18.6.2016.

kratisch geschlossenen und auf Marktkonformität programmierten Systems der gesamteuropäischen Politik.

Und es ist eine Krise der öffentlich konstruierten Selbstwahrnehmung Europas – also gerade keine Krise der in Europa noch immer mehrheitlich überwiegenden Mentalitäten, sondern eine Krise des Systems der veröffentlichten Meinung. Dieses System ist vollständig in die Rolle des Luhmannschen Beobachters zweiter Ordnung geschlüpft: Es beschränkt sich darauf, dem Publikum die Politik nur noch so zu erklären, wie Eltern ihren unmündigen und unwissenden Kindern die komplizierte Welt, die sie nur berühren, an der sie aber nicht teilnehmen können.

Eine wichtige Rolle spielen dabei jene Spitzenjournalisten oder -moderatoren, die alle Nachrichten, Talkshows und die besten Sendezeiten monopolisiert haben (und mehr verdienen als je zuvor), während die Qualitätszeitungen verschwinden und freie Mitarbeiter nur noch mit zwei oder drei Jobs über die Runden kommen. Diese Monopoljournalisten, die Themen und Jargon von heute auf morgen im Gleichklang ändern (beispielsweise vom sachlichen „Die Deutschen“ zum exkludierend sentimental „Wir Deutschen“), haben mit und ohne soziologische Lektüre gelernt, systemtheoretisch zu denken. Systemkonform handeln konnten sie schon vorher. Sie haben längst aufgehört, mit

den Leuten („Ihren Deutschen“) zu diskutieren oder gar den (nicht nur deutschen) Bürgern selbst ein Diskussionsforum zu bieten, auf dem diese ihre eigenen Differenzen, Kontroversen und Konflikte ausdrücken und austragen können. So aber kommt es zu einem radikal verengten politischen Horizont. Demokratie, die die Bezeichnung verdient, wird es dagegen erst dann wieder in Europa geben, wenn die liberalen, progressiven und postkolonialen Mentalitäten der europäischen Mehrheitsbevölkerung – mit deutlich steigender Tendenz bei der jüngeren Generation<sup>24</sup> – wieder eine Chance haben, in einer ernsthaften Debatte öffentlich so wahrgenommen zu werden, wie heute nur Front National, die AfD oder Donald Trump. Dabei hat die liberale Mehrheit jüngst sogar dazu geführt, dass selbst im konservativ-katholischen Irland das vormalige Sakrament der Ehe durch eine Volksabstimmung für Homosexuelle geöffnet wurde. Mit den bisher verdrängten Stimmen vom „anderen (kolonialen) Kap“ (Derrida), die im Guten wie im Bösen zu unserem Verfassungsraum gehören, käme auch die Demokratie nach Europa zurück.<sup>25</sup> Eine ernsthafte Debatte, bei der die vorhandenen Konflikte nicht im neuen Einheitsbewusstsein der Nationen begraben, sondern durchaus polemisch ausgetragen werden, wird es nur geben, wenn das politische System sich von Neuem für grundlegende makroökonomische, wirtschafts- und sozialpolitische Alternativen öffnet. Eine solche Öffnung hätte nicht den Zweck, die marktradikale Verfassung, die wir jetzt haben, durch eine sozialistische zu ersetzen, sondern sie müsste die verlorenen Wahlmöglichkeiten für demokratische Selbstbestimmung wieder erschließen und offen halten – zwischen dem neoliberalen Spatzen in der Hand, der sozialistischen Taube auf dem Dach und dem ganzen christ-sozialdemokratischen Gefieder dazwischen.

### 25 Ideen für Europa

*EuropadenkerInnen präsentieren konstruktive Konzepte für die Zukunft Europas*

Die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik konnte 2016 ihr 25-jähriges Bestehen feiern und präsentiert zu diesem Anlass „25 Ideen für Europa“, um so einen weiteren Beitrag zu einer offenen und konstruktiven Diskussion europäischer Entwicklungen zu leisten. Dazu hat die ÖGfE Persönlichkeiten aus den unterschiedlichsten Fachgebieten um ihre Einschätzungen und Ideen zu den aktuellen Herausforderungen und der Zukunft „EUropas“ gebeten. Die Publikation ist als kostenloses E-Book verfügbar: [www.oegfe.at/25ideenfuereuropa](http://www.oegfe.at/25ideenfuereuropa)

<sup>24</sup> Vgl. dazu die Shell Jugendstudie 2015, [www.shell.de](http://www.shell.de).

<sup>25</sup> Susanne Baer nennt das Grundgesetz treffend eine trans- und international „embedded constitution“ (Baer, a.a.O.).



## Für eine Re-Demokratisierung der EU

Diese Re-Demokratisierung wird sich jedoch durch den, ohnehin stets nationalistisch programmierten, Rückzug in den Nationalstaat ebenso wenig machen lassen wie mit der heuti-

### Europa braucht politische Bildung

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V. (AdB) hat nach der Veröffentlichung der Ergebnisse des EU-Referendums in Großbritannien erneut seinen Willen für ein soziales und gerechtes Europa zum Ausdruck gebracht. Er verweist dabei auf den im Sommer 2015 von Expert(inn)en der internationalen Jugendarbeit und der europapolitischen Jugendbildung veröffentlichten Appell „Europa Jetzt!“ Diesem hatte sich auch der AdB angeschlossen. In dem Appell wurde die Sorge darüber zum Ausdruck gebracht, dass „die Europäische Idee zwischen nationalen, finanz- und wirtschaftspolitischen Interessen zerrieben wird und damit der Rückfall in längst überwunden gedachte politische und gesellschaftliche Entwicklungen droht. Die Zukunftschancen nicht nur von jungen Menschen werden dadurch nachhaltig beeinträchtigt.“

Nach Meinung des AdB macht die Entscheidung der Briten zum Austritt aus der Europäischen Union deutlich, "dass die zum Ausdruck gebrachte Sorge mehr als begründet war und es aktuell aller Anstrengungen bedarf, damit Europa nicht auseinanderbricht. Einmal mehr zeigt sich, dass der Binnenmarkt alleine nicht ausreicht, um die hier lebenden Menschen für die Idee von Europa zu begeistern und um eine gemeinsame europäische Identität zu stiften."

Der AdB weist noch einmal darauf hin, dass europäische Bildungsveranstaltungen, internationale Begegnungsmaßnahmen und auch die Freiwilligendienste zivilgesellschaftliche Instrumente sind, die zur europäischen und internationalen Verständigung beitragen. Damit diese Instrumente nachhaltig Wirkung zeigen, brauchen sie mehr denn je die Unterstützung einer Politik, die sich offensiv zu diesen Zielen bekennt und sie in europäische Politik umsetzt. Laut AdB leisten die Träger und Einrichtungen der politischen Bildung in ganz Europa "ihren Teil, den gesellschaftlichen Kitt zu stärken, der aus mehr besteht als aus Zollfreiheit, Handelsabkommen und freiem Warenverkehr."

Quelle: IJAB Newsticker

<http://www.adb.de/news/fuer-ein-solidarisches-und-gerechtes-europa>

gen EU. Immerhin sind im Vertrag von Lissabon die Strukturen eines transnationalen, demokratischen Regimes bereits enthalten. Es gibt ein Europäisches Parlament, legitimiert durch direkte Wahlen und ein Wahlsystem, das den kulturellen und gesellschaftlichen Pluralismus Europas angemessener darstellt als jedes andere (nationale) Parlament Europas.<sup>26</sup> Es repräsentiert gleichzeitig die Völker und Nationen Europas und die europäische Bürgerschaft insgesamt;<sup>27</sup> und das ordentliche Gesetzgebungsverfahren kommt einer Demokratisierung der Union bereits sehr nahe.<sup>28</sup>

Leider aber ist das darüber hinausgehende Demokratieversprechen der Artikel 9 bis 12 des Lissaboner Vertrages im heutigen Zustand der EU bloßer „Verfassungskitsch“ (Koskeniemi).<sup>29</sup> Dem Europäischen Parlament fehlt nicht nur die parlamentarische Initiative, sondern auch die ausnahmslose Gesetzgebungskompetenz (Allzuständigkeit) – wie auch die alleinige Wahl nicht der Europäischen Kommission, sondern einer wirklichen Europäischen Regierung. Um eine derartige, echte europäische Demokratie zu ermöglichen, müsste die jetzige Verfassung Europas grundlegend geändert werden. Das gilt insbesondere für das bisherige Trilogverfahren, das eine informelle Vorabgesetzgebung im Hinterzimmer ermöglicht – durch die Führungskader von Parlament, Kommission und Rat in en-

26 Jelena von Achenbach, Vorschläge zu einer Demokratietheorie der dualen demokratischen Legitimation europäischer Hoheitsgewalt, in: „Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie“, 2012, S. 205-218.

27 Claudio Franzius, Recht und Politik in der Transnationalen Konstellation, Frankfurt 2014; Jürgen Habermas, The Crisis of the European Union, Oxford 2012.

28 Jürgen Bast, Europäische Gesetzgebung – Fünf Stationen in der Verfassungsentwicklung der EU, in: Claudio Franzius, Franz C. Meyer und Jürgen Neyer, Strukturfragen der Europäischen Union, Baden-Baden 2011, S. 173-180.

29 Vgl. Hauke Brunkhorst, Das doppelte Gesicht Europas. Zwischen Kapitalismus und Demokratie, Frankfurt 2014.



gem Kontakt mit den wichtigsten (hegemonialen) Landesregierungen, also primär mit der deutschen. Dadurch wird die parlamentarische Öffentlichkeit verfassungsbrechend zum Schweigen und um die Möglichkeit alternativer Abstimmungen gebracht.<sup>30</sup>

Die ganze, intergouvernementale Ebene des Exekutivföderalismus mit Europäischem Rat und Eurogruppe muss daher – gerade angesichts des Brexits – vollständig abgebaut werden. Stattdessen müsste dem Parlament dieselbe Haushaltskompetenz mit dem entsprechenden Budget und der Union die volle außenpolitische Kompetenz übertragen werden, wie sie heute Kongress und Präsident der Vereinigten Staaten haben. Grundlage all dieser demokratischen Befugnisse wäre das klassische Recht, Steuern zu erheben und einzuziehen, gilt doch die Parole der amerikanischen Revolution auch umgekehrt: „No Representation without Taxation“ – „Wer keine Steuern zahlt, soll auch nicht wählen“. Alles Übrige, was heute in Brüssel zum Teil viel zu weitgehend entschieden wird, könnte an die Nationalstaaten zurückfallen.

Geregelt werden müsste dann nur noch die Möglichkeit von Gliedstaaten und Regionen, aus dem Euro zeitweilig auszuschneiden, bzw. von Auf- und Abwertungszonen innerhalb des Euro (unter eng umgrenzten, durch das europäische Gesetzgebungsverfahren geregelten Bedingungen). Nur so wird die EU der ungeheuren Erpressungsmacht des globalisierten Kapitals auch nur annähernd gewachsen sein – aber auch der Macht autoritärer Potentaten wie Putin oder Erdogan. Nur so aber wird auch eine menschenrechtskonforme Lösung der Menschenrechtskrise (Migration und Exklusion) möglich sein, bei gleichzeitiger enger Einbettung des europäischen Verfassungsrechts in den gemeinsamen euro-afrikanischen, eurasischen und globalen Verfassungsraum. Die Bereitschaft für eine derartige demokratische Neu-

30 Jelena von Achenbach, Verfassungswandel durch Selbstorganisation: Trilogie im Europäischen Gesetzgebungsverfahren, in: „Der Staat“, 55/2016, S. 1-39.

gründung Europas ist, wie empirische Studien zeigen, ebenso (erstaunlich) groß und konstant vorhanden wie die für die Gründung eines umverteilenden europäischen Sozial- und Wohlfahrtsstaats.<sup>31</sup> Da solche Alternativen in den politischen Foren und Medien jedoch kein Echo finden, weil sie institutionell ausgeschlossen sind, denkt gegenwärtig jeder „Ich bin für den europäischen Staat oder Sozialstaat, aber mein Nachbar ist es nicht“ – eine durch institutionelle Politikblockade gesicherte Schweigespirale.<sup>32</sup>

Doch, immerhin, einen Hoffnungsschimmer gibt es: Die permanente Krise, die sich zur manifesten Legitimationskrise ausweitet, führt zur Repolitisierung der mittlerweile fast gänzlich europäischen Öffentlichkeit. Der Diskurs ändert sich. Plötzlich ist sogar die Verfassungsfrage, die 2005 nur im französischen Wahlkampf Wellen schlug, wieder da.<sup>33</sup>

Die politischen Eliten Europas stehen heute vor der Wahl, entweder zuzuschauen, wie ein Parlament nach dem andern an die Rechtsradikalen fällt, oder – vielleicht sogar im Bündnis mit dem Linkspopulismus des Südens – das Risiko einer demokratischen Neugründung des Kontinents einzugehen. Tertium non datur.

**Prof. Dr. Hauke Brunkhorst** lehrt Soziologie an der Universität Flensburg.

31 Vgl. Eurostat 2015. In dieselbe Richtung scheinen auch die jüngsten Reaktionen auf den Brexit zu gehen, vgl. Christian Wernicke, Sympathien für Europa wachsen dank Brexit, [www.sueddeutsche.de](http://www.sueddeutsche.de), 15.7.2016.

32 Vgl. zur Schweigespirale Kurt Neuwith, Edward Frederick und Charles Mayo, The Spiral of Silence and Fear of Isolation, in: „Journal of Communication“, 57/2007; Dietram A. Schäufele, James Shanahan und Eujung Lee, Real Talk – Manipulating the Dependent Variable in Spiral of Silence Research, in: „Communication Research“, 28/2001.

33 Vgl. nur Michael Stolleis, Unsere Rechtsgemeinschaft, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 30.5.2016; Ulrike Guerot, Warum Europa eine Republik werden muss!, Berlin 2016.

## **Brigitte Spuler: Einmal Hortiatis und zurück ... Besuch in einem Opferdorf**

*Nach dem offiziellen Ende des 2. Deutsch-Griechischen Jugendforums in Thessaloniki ging es für eine kleine Gruppe von Teilnehmern in das Opferdorf Hortiatis, das nur 20 Kilometer außerhalb der Metropole liegt. Das Anliegen: Das Deutsch-Griechische Jugendforum auch um den Aspekt der Erinnerungskultur bereichern.<sup>1</sup>*

Hortiatis ist eines der zahlreichen Opferdörfer in Griechenland, die während der Zeit der deutschen Besatzung zwischen 1941 und 1944 schwer gelitten hatten. Wie in zahlreichen anderen Orten wurde auch hier durch deutsche Wehrmachts-Truppen in einer sogenannten „Vergeltungsaktion“ ein grauenvolles Verbrechen an der Zivilbevölkerung begangen. Zwar konnten wir an frühere freundschaftliche Kontakte anknüpfen, waren aber trotzdem etwas im Zweifel, wie wir in der aktuellen politischen Situation und in einer Zeit der Polarisierung zwischen Deutschland und Griechenland empfangen werden.

Auto und bringt uns in den Ort. Dort lernen wir als erstes Georgios, den Ortsvorsteher, kennen, der uns alle zum Kaffeetrinken in die Cafeteria begleitet. Im Gespräch erfahren wir dann die Einzelheiten des schrecklichen Verbrechens durch die deutschen faschistischen Wehrmachtstruppen: Am 2. September 1944 ermordete das Jagdkommando Schubert, eine Wehrmachtseinheit, den Ortsvorsteher und den Ortspfarrer auf grausame Art und Weise. Die beiden Töchter des Pfarrers wurden brutal vergewaltigt. Die im Ort verbliebene, überwiegend weibliche Bevölkerung wurde mit den Kindern zusammengetrieben und in zwei Backstuben gebracht. Dort wurden die Eingesperrten angezündet und bei lebendigem Leib verbrannt. Nur einigen Kindern gelang die Flucht durch ein kleines Fenster ins Freie.



Die Besuchsgruppe vor dem Mahnmal für die 154 Opfer der Nazi-Verbrechen

Foto: B. Spuller

### **Austausch auf Augenhöhe**

Nach dieser bewegenden Schilderung werden wir von unseren einheimischen Partnern durch den Ort geführt. Wir sehen die Gebäude der damaligen Backstuben und die nieder-

Nach etwa 45 Minuten Fahrt mit dem Linienbus an einem verregneten Freitag erwartet uns an der Bushaltestelle bereits Vaios, ein früherer Stadtrat und langjähriger Bekannter mit seinem

dergebrannten Wohnhäuser, die heute noch als Ruinen zu sehen sind, aber auch eine spät-byzantinische Klosterkirche und ein antikes römisches Aquädukt. Vor dem Mahnmal für die

<sup>1</sup> Der Artikel ist zuerst auf der Homepage des Deutsch-Griechischen Jugendwerks erschienen: [www.https://agorayouth.com/?s=Spuller](https://agorayouth.com/?s=Spuller) Wir danken der Autorin für die Erlaubnis zum Nachdruck

154 Opfer der Nazi-Verbrechen legen wir eine Gedenkminute ein, nachdem uns Vaios und Georgios auf den Gedenktafeln die Namen ihrer eigenen ermordeten Familienangehörigen gezeigt hatten.

Obwohl wir wieder den Heimweg antreten wollen, werden wir von unseren Begleitern noch zu einem Glas Wein eingeladen. Wir willigen ein und dann steht ein riesiges Essen vor uns auf dem Tisch. Im Gespräch betonen beide Gastgeber, wie wichtig für sie heute ein gutes Verhältnis zwischen Griechen und Deutschen ist, ebenso wie eine gute Zusammenarbeit und Freundschaft zwischen beiden Völkern in einem friedlichen und geeinten Europa.

Beim gemeinsamen Essen und Trinken erfahren wir noch vieles über den Ort und seine Bevölkerung und müssen versprechen, unbedingt wieder zu kommen. Dies tun wir gern, im Gefühl der Verbundenheit, das wir bei dem Besuch erleben durften. Auf der Rückfahrt nach Thessaloniki mit dem Bus regnet es zwar immer noch, aber wir sind voller Dankbarkeit und Freude über die Eindrücke, die Begegnungen und die überwältigende Gastfreundschaft, die wir bei dem Besuch in Hortiatis erleben durften, ganz besonders aber mit Vaios und Georgios.

#### **Persönliche Eindrücke der Teilnehmenden**

„Im Zuge meiner Recherchen zu Erinnerungsorten der NS-Besatzungszeit in Griechenland war ich sehr daran interessiert einen Ausflug nach Hortiatis zu machen. Dank des Kontaktes von Brigitte Spuller zu dem ehemaligen Stadtrat bot es sich an, gemeinsam in das Bergdorf zu fahren. Die persönliche Art und Weise, wie wir dort begrüßt wurden, und die bedingungslose Gastfreundschaft, die uns entgegengebracht wurde, haben mich sehr beeindruckt. Ein solcher gegenseitiger, vertrauter Umgang miteinander ist das beste Mittel gegen Verstimmungen in deutsch-griechischen Beziehungen und für eine Verständigung untereinander.“ (Friedrich Kersting)

„Für mich war der Tag in Choriatis ein sehr be-

eindruckender Ausflug, der immer noch in meinen Gedanken nachwirkt und ich bin sehr dankbar, dass ich die Möglichkeit geboten bekam, teilzunehmen. Mein Herz schlägt spätestens seit meinem Freiwilligen Sozialen Jahr mit dem Programm ElanDe in Athen sehr stark und schnell für Griechenland. Die neuzeitliche Geschichte dieses außergewöhnlichen Landes mit einer so herzensoffenen Gastfreundschaft gezeigt zu bekommen, hat mir verdeutlicht, wie leicht man das Erinnern an schreckliche Taten mit dem Blick in eine gemeinsame europäische Zukunft verbinden kann.“ (Clarissa Haas)

„Für mich war es das erste Mal, dass ich ein Opferdorf besucht habe. Ich fand die Gespräche sehr eindrucksvoll, sie haben mich zusätzlich motiviert, mich für den Deutsch-Griechischen Jugendaustausch zu engagieren. Deutlich wurde, wozu Menschen fähig sind und dass unsere demokratischen Strukturen gerade in diesen Zeiten keine Selbstläufer sind. Auch auf das Engagement jedes Einzelnen kommt es an und es ist wichtig, sich zu vernetzen. Ich würde es begrüßen, wenn die Erinnerungskultur auch Teil einer Deutsch-Griechischen Jugendbegegnung sein könnte.“ (Martin Hermann)

„Gerade in den gegenwärtigen schwierigen politischen Zeiten war es eine große Freude zu sehen, wie herzlich unsere kleine Gruppe in Hortiatis von Vaios und Georgios aufgenommen wurde und dass es möglich war, an eine jahrzehntelange Freundschaft wieder anzuknüpfen. Berührt hat mich die Schilderung der Verbrechen der deutschen Besatzungstruppen und der leidvollen Erfahrungen der Bevölkerung. Beeindruckt war ich vom Interesse unserer drei deutschen Mitreisenden und dem Fachwissen von Friedrich. Ich denke sehr gern an diese Begegnung in Hortiatis zurück. Sie bedeutet für mich: Völkerverständigung im Kleinen ... und davon sollte es noch viel mehr geben.“ (Brigitte Spuller)

**Brigitte Spuller**, Dipl. Sozialpädagogin (FH), Mediatorin, Ehrenbürgerin der Stadt Distomo  
[brigitte.spuller@web.de](mailto:brigitte.spuller@web.de)

## Als Europa sich von den Arabern abwandte

In der Epoche der Renaissance, dem 15. und 16. Jahrhundert, kam es in Kunst und Kultur zu einer verstärkten Hinwendung zur griechischen und römischen Antike. Gleichzeitig markiert die Renaissance auch einen Wendepunkt in den europäisch-arabischen Beziehungen. Das zeigt Professor Dag Nikolaus Hasse von der Universität Würzburg in seinem neuen Buch auf. Oft gehe die Forschung davon aus, dass sich die Menschen der Renaissance nur wenig für die Wissenschaft und Philosophie der Araber interessierten. Doch Hasse weist in seinem englischsprachigen Buch nach, dass die Dinge anders liegen<sup>1</sup>.

### Starkes Interesse an arabischen Werken

Auf der einen Seite erreichten arabische Traditionen wie Pharmakologie, Astrologie oder Intellekttheorie in der Renaissance den Höhepunkt ihres Einflusses. So gab es in dieser Epoche geradezu einen Boom an lateinischen Neuübersetzungen und Neuauflagen arabischer Werke, zum Beispiel von Averroes' Kommentaren zur aristotelischen Logik. Zudem übernahmen viele Gelehrte der Renaissance arabische Ideen in den Bereichen Medizin, Astrologie und Philosophie. Sie verteidigten diese Ideen auch gegen Kritiker.

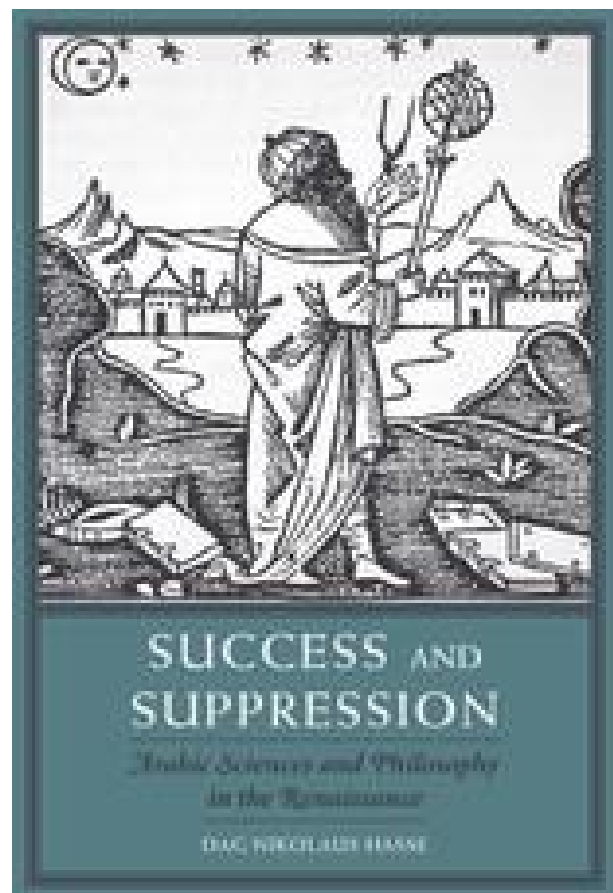
### Verdrängung der arabischen Wurzeln Europas

„Auf der anderen Seite begann man in dieser Zeit damit, die arabischen Wurzeln der europäischen Kultur zu vergessen und sie sogar bewusst zu verdrängen“, sagt Hasse. Im Namen eines radikal verstandenen Humanismus wurden arabische Autoren auf den Lehrplänen europäischer Universitäten gezielt durch griechische Autoritäten ersetzt. Harsche Polemiken begleiteten diesen Prozess. So wurde arabischen Wissenschaftlern zu Unrecht vorgeworfen, sie seien Religionsfeinde, Plagiatoren und Sprachverfälscher. Aber die Polemik war nicht nur ideologisch: Die Humanisten waren Sprachexperten und als solche erstmals in der Lage, in arabischen Wissenschaftstexten Defizite aufzuzeigen. Diese waren durch Übersetzungs- und Überlieferungsfehler entstanden.

Dag Nikolaus Hasse ist Professor am Institut für

Philosophie der Julius-Maximilians-Universität Würzburg. Seine Forschungsschwerpunkte sind die arabische Philosophie- und Wissenschaftsgeschichte, der arabische Einfluss in Europa aus historischer Sicht sowie die europäische Philosophie- und Wissenschaftsgeschichte des 12. bis 16. Jahrhunderts.

Quelle: IDW-online



<sup>1</sup> Dag Nikolaus Hasse: "Success and Suppression. Arabic Sciences and Philosophy in the Renaissance", Harvard University Press 2016, 688 Seiten, 54 Euro, ISBN 9780674971585



## **Monique Castillo: Schule zwischen Scheitern und Erneuerung**

*Das progressistische Projekt auf dem Felde der Erziehung hat als Ziel, allen Kindern die gleichen Erfolgchancen zu bieten, jedoch stellen wir deprimiert fest, dass heutzutage, was die Bildung der jungen Generation angeht, strukturbedingt Ungleichheit vorherrscht. Die schulische Ungleichheit spiegelt darin die soziale Ungleichheit wider: auf der einen Seite Kinder von Familien, die Mittel und Wege zur Vermeidung des Scheiterns kennen, auf der anderen Seite diejenigen, die Familien angehören, denen solche unbekannt sind.*

Enttäuschung und Verbitterung sind allgemein bei Lehrern, Eltern und Politikern. Es ist in der Tat ein bestürzendes Paradoxon: Der Wille, die Schule mittels eines verstärkten und vereinfachten Unterrichts zu demokratisieren, führt schließlich dazu, dass den besten Schülern der Zugang zu bedeutenderen Kulturinhalten verschlossen bleibt, ohne dass dabei das Niveau der anderen angehoben wird. Die allseitige Minderung der Ansprüche fördert nicht die Gleichheit, sondern verkleinert die Erfolgchancen, wobei die intellektuelle Armut der meisten wächst und dem Schüler der Wunsch verloren geht, ein unabhängiges Individuum zu werden, fähig, ein gelingendes Leben mit Vertrauen in die Zukunft zu führen.

### **Merkmale der neuen schulischen Ungleichheit**

Das Scheitern in der Schule (man mag es verstehen als Scheitern des Schülers in der Schule oder umgekehrt das der Schule gegenüber dem Schüler) ist heute gleichbedeutend mit dem Scheitern eines ganzen Lebens dadurch, dass es, was das Wissen betrifft, Ungleichheit erzeugt.

Es nimmt mehr oder weniger ausgeprägte Formen der Unzulänglichkeit der Integration ins gesellschaftliche Leben an und enthält Elemente, die schädlich sind für das Individuum selbst und für andere.

- Der Analphabetismus im gewöhnlichen Sinn (Unfähigkeit zu lesen und zu schreiben) ist gleichbedeutend mit dem Scheitern, denn er bedeutet die Unmöglichkeit, einen Platz in der Gesellschaft zu finden, um dort seine Neigungen zu realisieren. Das war nicht immer der Fall: Traditionelle religiöse Gesellschaften lebten in der Weitergabe einer Ordnung, in der die

populären Bilder dazu dienen konnten, sich Gut und Böse vorzustellen, minimales Rüstzeug, das den Schlüssel für die Integration eines jeden in dieselbe Gemeinschaft darstellte. Aber die Moderne hat die Absichten der Erziehung auf den Horizont des Fortschrittes ausgerichtet, welcher Verbesserung und somit Veränderung bedeutet. Der Fortschritt beruht in der Tat auf der Fähigkeit, unsere Vorstellungen von der Welt zu ändern (zum Beispiel ändert die Physik unsere Vorstellungen von Materie und Energie, die Philosophie die Vorstellungen vom Menschen). Unterweisung wird unerlässlich, um die Vorstellungen von der Welt kennenzulernen, die notwendig sind, um in ihr zu agieren.

- Ein geringeres Maß an Beeinträchtigung stellt der kulturelle Analphabetismus dar, der unfähig macht, seiner eigenen Kultur Sinn zu verleihen, da er die symbolischen Register nicht kennt. Die Grundbedeutung ist bekannt, jedoch nicht die Vielzahl der Sinngehalte, die ein und derselbe Ausdruck in verschiedenen Kontexten annimmt (historisch: von einer Epoche zur anderen; sozial: von einem Milieu zum anderen; lokal: von einer Region zur anderen; technisch: von einem Beruf zum anderen, von einer Gattung zur anderen) und die Interpretationen, die sie hervorrufen werden folglich ignoriert. Polysemie zieht das Risiko nach sich, Urheber und dadurch sogar Opfer von Sinnwidrigkeiten oder Amalgamen zu werden.

- Auf der höchsten Stufe schulischer Entkulturation entwickelt sich das, was man euphemistisch Unhöflichkeiten nennt, Verhaltensformen oder Praktiken, die man der Ausbreitung eines gewissen Nihilismus zurechnen kann, zu einem kulturellen Relativismus, der dazu führt, dass man nicht mehr den Unterschied macht zwischen gehoben und vulgär, zwischen dem, was



Wissenschaft ist oder nur unreflektierte Meinung. Verachtung der Kultur, der Autorität und der Werte im Allgemeinen erzeugt ein Klima geistiger Instabilität, dem die Schwächsten nicht immer zu widerstehen vermögen und das bewirkt, dass sie sich dem Kult der Gewalt oder der Verzweiflung, welche zum Selbstmord führt, hingeben. Dieser Zustand der Demoralisierung ändert völlig unsere Erfahrung mit der Gefahr. In der Tat, die Kultur der Nachkriegszeit hat sich immer in Acht genommen vor einer Rückkehr zum Totalitarismus, und den Totalitarismus stets mit einem Exzess an sozialem und politischem Autoritarismus assoziiert. Aber die Dinge haben sich geändert. Heutzutage ist es nicht mehr die Autorität der Väter oder der Institutionen, die zu der Furcht Anlass gibt, dass sie Vektoren des Totalitarismus werden; es ist ganz im Gegenteil der Relativismus und Nihilismus, assoziiert mit einem kämpferischen und aggressiven Individualismus (sei es nun im Kampf um hohe Gehälter, sei es im sektiererischen Hass und in den neuen Praktiken der Gewalt) der der Mutterboden möglicher totalitärer Auswüchse geworden ist. Die Entkulturation der Europäer ist eine Gefahr für Europa geworden.

Eine Quelle der Hoffnung besteht in der Antwort auf

diese Alternative: Werden die digitalen Techniken, welche Quellen zahlreicher Innovationen sind, gegen die Ungleichheit des Zugangs zum Wissen kämpfen können? Oder aber laufen sie nicht Gefahr, ganz im Gegenteil die kulturellen

### **Ein Flug zum Mars als Türöffner im europäischen Klassenzimmer**

*Das neue EU-Projekt ‚Stories of Tomorrow‘ des Bayreuther Lehrstuhls Didaktik der Biologie lädt Schüler (und Lehrer) von Schulen aus der Region Bayreuth, Oberfranken und der Oberpfalz zu Pilotprojekten auf dem Mars ein. Der Schlüssel für das Projekt, an dem 16 internationale Partner teilnehmen, ist das sog. forschende Lernen. Ein Ziel von ‚Stories of Tomorrow‘ ist es, das bereits bestehende europäische Schul-Netzwerk zu verstärken*

#### **Das neue EU- Forschungsprojekt ‚Stories of Tomorrow‘**

Der Lehrstuhl formte in den letzten Monaten ein Konsortium mit Partnern aus ganz Europa (darunter das ‚Space‘ in Toulouse), den USA und Australien. Ein Lehr-Lern-Portal bildet die Basis, nicht nur um Experten kontaktieren zu können, sondern auch um sich auszutauschen. Schüler aus Bayreuth können bspw. mit Schülern aus Arizona zusammenarbeiten, Schüler aus Griechenland können gemeinsam mit ‚Space‘-Experten in Frankreich herausfinden, wie man ein Leben auf einer Marsstation organisieren könnte.

#### **Der Schlüssel für das Mars-Projekt von ‚Stories of tomorrow‘**

...ist das forschende Lernen. Es ist angelehnt an die Arbeitsweise des Wissenschaftlers, der die Welt studiert und auf Tatsachen basierende Erklärungen ableitet. Ähnlich entwickeln Kinder und Jugendliche Wissen und Verständnis für wissenschaftliche Ideen. Beim forschenden Lernen können Schüler aller Altersstufen Fragen stellen, Antworten vorschlagen, Untersuchungen planen und ausführen, Tatsachen sammeln, daraus eine Erklärung ausarbeiten und diese ihren Klassenkameraden erläutern. „Positiv ist die Wirkung des forschenden Lernens auf Schüler, die mit normalem Unterricht nicht zu erreichen sind. Insbesondere profitieren auch Mädchen, die sich im herkömmlichen naturwissenschaftlichen Unterricht häufig zurückziehen vom forschenden Lernen“, ist sich der Bayreuther Wissenschaftler sicher.

Ein Ziel von ‚Stories of Tomorrow‘ ist es, das bereits bestehende europäische Schul-Netzwerk zu verstärken. „Die Schulen von Bayreuth, Oberfranken und der Oberpfalz sind erneut eingeladen, die Ressourcen des Projektes zu nutzen und an unserem europaweiten Schulprojekt teilzunehmen. Ein eigener Mars-Flug ist leider nicht vorgesehen, aber dessen Planung wird eine weitere Herausforderung in die Klassenzimmer bringen. Die Einladung an die Schulen steht – fliegen Sie mit uns gemeinsam zum Mars!“, sagt Prof. Bogner.

**Kontakt:** Prof. Dr. Franz X. Bogner, [franz.bogner@uni-bayreuth.de](mailto:franz.bogner@uni-bayreuth.de)  
[www.bayceer.uni-bayreuth.de/didaktik-bio](http://www.bayceer.uni-bayreuth.de/didaktik-bio)

Quelle: IDW-online

und sozialen Ungleichheiten, die ihre Anwender trennen, zu vergrößern?

### Das E-learning

Die Digitalisierung aller menschlichen Aktivitäten (Gesundheit, Erziehung, industrielle Produktion, Forschung, Gefühlsleben) wird gegenwärtig als totale Revolution präsentiert: ein neues Zeitalter der Menschwerdung, der Intelligenz, der Ökonomie, der Kultur, der Demokratie usw. Es ist in der Tat unbestreitbar, dass die Digitalisierung das Leben verändert. Aber gegenwärtig befindet sich der Diskurs über die Informationsgesellschaft noch in einem mythologischen Stadium, in dem Sinne, dass man zum Beispiel von einem "Mythos der Kommunikationsgesellschaft" spricht. Das heißt, dass wir uns noch in der Prähistorie der digitalen Ära befinden und dass, falls die Informatik eine Technik ist, die sich in der Gesamtheit unserer Aktivitäten einnistet, sie eben doch noch keine Zivilisation ist. Sie befindet sich in einem Stadium, wo sie im Aufschwung der allgemeinen Kommunikation den Glauben der Öffentlichkeit braucht. "Kybernetisch gesteuerte Häuser können sich miteinander in Meganetzen zusammenschließen und sich gegenseitig über gewisse Gefahren unterrichten (Brände, Diebstähle, Überschwemmungen). Regulierung und Kontrolle von Funktionen über große Distanzen werden ebenso leicht sein wie die telefonische Befragung eines Anrufbeantworters", schreibt zum Beispiel der französische Zukunftsplaner Joel de Rosnay in dem Buch "*L'homme symbiotique. Regards sur le troisième millénaire*"<sup>1</sup> Wie man sieht, ist es eine Zukunftsfrage, gestellt an eine Zukunft, die wie eine neue Religion des Fortschritts konstruiert ist.

Auf schulischer Ebene ist es klar, dass das Internet ein hervorragendes Werkzeug für Ausbildung durch ein Selbststudium ist. Aber das trifft vor allem für schon gebildete Menschen zu, wenn sie Informationen aus dem Netz verwenden. In der Realität ändert das Internet mit-

nichten die *Natur* der Kultur, es ändert *die Art und Weise der Kommunikation*. Es transformiert Kultur in eine Summe von Informationen, die für alle jederzeit und überall zugänglich sind. Aber was Kultur betrifft, so bleibt sie immer, was sie war: Beherrschung der verschiedenen Sprachbereiche (Wissenschaft, Poesie, Metaphysik, Musik, Technik, usw.).

Eine Tatsache hat sich herausgestellt: Das Modell der Informationsverbreitung im Web ist das Netzwerk oder das Tauschsystem, das vom Markt her wohl bekannt ist. Da der Markt globalisiert ist, erweitert die Informationsverbreitung die Konkurrenz zwischen den Staaten, zwischen den Schulen, zwischen den Unternehmen, zwischen den Individuen. Die Informatisierung bewirkt so eine neue *Industrialisierung der Schule*, die dem Zeitalter der Hochtechnologie entspricht. Schule tendiert dazu, zu einem Sektor des Marktes zu geraten, zu einer Versorgungsinstanz für den Markt der Güter und Dienstleistungen. So sehr, dass eine neue Spaltung die Welt der Erziehung heimsucht:

- Durch die Konkurrenz zwischen den Universitäten, zwischen den Unternehmen und zwischen den Nationen trachten ehrgeizige Studenten danach, einen dominanten Platz innerhalb der neuen Elite der Globalisierung zu ergattern, die bei Innovationen, Erfindungen, Veränderungen stets die Nase vorne hat. Die Globalisierung ist für die "Macher" eine Summe von Gelegenheiten, die zu ergreifen und auszunutzen sind. Sie übernehmen das Prinzip, demzufolge die Zivilisation der Information verlangt, Wissen in Reichtum zu transformieren. Brillant, in den besten Schulen ausgebildet, sprechen sie mehrere Sprachen und suchen lukrative Posten in den geeignetsten Ländern. Man hat sie "gleichgültige Kosmopoliten"<sup>2</sup> genannt, weil sie nicht in erster Linie danach trachten, ihr Herkunftsland an ihrem Erfolg und ihrer Produktivität teilhaben zu lassen. Es handelt sich um "Söldner" des Erfolgs, die sich zynisch und skrupellos zeigen können, jedoch zum Glück nicht ständig und nicht unvermeidlich.

1 Deutsch: „Homo symbioticus: Einblicke in das 3. Jahrtausend.“ - München 1997, 413 Seiten, ISBN: 3-9803352-4-0

2 Robert Reich, *L'économie mondialisée*, 1997

- Neben diesen Individuen, die sich in allen rentablen Wettbewerben kämpferisch und engagiert geben, gibt es jene, die glauben, dass das Internet zu einer weltweit homogenisierenden und simplifizierenden Zivilgesellschaft führt, die auf einer allgemeinen Entkultivierung beruht, auf einer Zivilisation der Masse, die sich Modeströmungen anpasst (in Bezug auf Sprache, Musik, Kleidung, Sitte, Technologie, Unterhaltung). Oft halten sie das Anwachsen der Unkultur für ein Missgeschick der Kultur, für eine Art Avantgardismus, in dem die Neuheit sich selbst eliminiert. So ist es mit dem Zurückweichen der Nationalsprachen angesichts der Verkehrssprache (dem globalen Englisch oder dem verkümmerten Englisch), mit dem Zurückweichen der Souveränität vor den technischen Kenntnissen (Rechnungswesen, Informatik), die ohne Territorium und ohne Geschichte sind.

Aber diese Illusion, dass Kultur unnütz sei in einer Welt, die regiert wird von Techniken der Information und Kommunikation, generiert in Wirklichkeit eine Kategorie junger, enttäuschter Menschen, weil sie entdecken, dass sie dazu verdammt sind, sich mit subalternen Posten zufrieden zu geben.

Man muss also anerkennen, dass Wissen und Information nicht dasselbe ist. Denn Information ist eine Ansammlung von Gegebenheiten, die dazu tendiert, das Denken durch Überfluss und oftmals widersprüchliche Vielfalt zu blockieren, anstatt das Denken dazu zu stimulieren, sich zu konzentrieren, sich zu sammeln und Synthesen oder Visionen zu produzieren, die dem Informationschaos Sinn verleihen. Der Schüler braucht etwas anderes als Informationswissen. Er braucht Verständnis für die Bedeutung von Wissensinhalten. Er braucht Inspirationswissen, die Wiederentdeckung der Inspiration, die eine Idee, eine Erfindung, eine Institution, ein Werk gebiert. ... Der Lehrer, der einen Schüler inspiriert, ist ein Geist, der mit einem anderen Geist kommuniziert. Er ist mehr als eine Intelligenz. Denn Intelligenz trachtet danach, die Realität dem Rahmen zu unterwerfen, in dem sie sie verstehen und ausdrücken kann. Aber ein

### Europäisierung von Bildungseinrichtungen



Im Rahmen der zweijährigen „Strategischen Partnerschaft“ „Europeanisation“ in „Erasmus+“ wurde ein Online-Tool als Selbstanalyseinstrument für Bildungseinrichtungen entwickelt. Mit dem Online-Tool sind sie in der Lage, sich im Hinblick auf die Durchführung europäischer bzw. transnationaler Projekte kostenfrei selbst zu analysieren. Mithilfe daraus resultierender individueller Handlungsempfehlungen werden sie bei ihrer „Europäisierung“ und der Planung ihre nächsten Schritte nach Europa unterstützt.

Für die Entwicklung des Online-Tools wurde im Vorfeld eine europaweite Online-Umfrage mit über 520 Institutionen und Personen aus über 40 Ländern, darunter alle 28 EU-Mitgliedstaaten, durchgeführt. Hiermit wurde der konkrete Bedarf der Institutionen in der Erwachsenen- und Berufsbildung für eine strategische europäische Ausrichtung ermittelt.

Das Online-Tool steht in englischer Sprache und fünf weiteren Sprachversionen (BG, CY, DE, HR, HU) seit Mitte 2016 zur Verfügung: <http://www.emcra.eu/projekte/europeanisation/>

Geist gibt sich nicht mit der Kenntnis zufrieden, er verleiht der Kenntnis Leben. Er ist ein "Wiedergeburtshelfer". Er bringt Inspiration in die Welt, die Erleuchtung erschafft.

Der Traum, Information durch Wissen zu ersetzen, wird vor allem aufrecht erhalten durch Individualismus, der in der Kommunikationsgesellschaft herrscht. Individualismus ist ein Ansporn zur Selbstentfaltung, aber er ist auch ein Zwang zur Isolation, der auf dem Individuum lastet.

Einerseits wird der Ansporn zur Selbstentwicklung reichlich gefördert durch die kulturelle Umgebung, und das ebenso in der Familie wie im Berufsleben. Aber wenn die Gesellschaft Selbstentwicklung, Selbstvertrauen, Bestätigung persönlicher Kompetenzen, Originalität, Erfindungsgabe ermutigt, dann lädt sie uns gleichzeitig ein zu einer Entbindung in Bezug auf Familie, Beruf und Nation. Wir haben Einzug gehalten in eine Kultur der Flexibilität, die zunächst eine Flexibilität der Sitten ist, die sich aber derjenigen Flexibilität zugesellt, welche die neue globalisierte ökonomische Kultur braucht: Soziale Entbindung und individuelle Isolierung tragen bei zur Veränderlichkeit und Mobilität der Individuen auf dem globalisierten Markt, wie die Analyse von Ulrich Beck zeigt: "In den Erfordernissen des Arbeitsmarktes wird von den Erfordernissen der Familie, Ehe, Elternschaft, Partnerschaft usw. abgesehen. Wer in diesem Sinne die Mobilität am Arbeitsmarkt ohne Rücksicht auf private Belange einklagt, betreibt - gerade als Apostel des Marktes - die Auflösung der Familie"<sup>3</sup>. Das doppelte Register der Flexibilität (persönliche Entfaltung und soziale Entbindung) wird offenbar, wenn die Unternehmen ihren weiblichen Angestellten vorschlagen, ihre Eizellen einfrieren zu lassen, um ihnen zu erlauben, Karriere und Familienleben gleichermaßen zu managen.

Diese Betrachtungen führen uns zum Ziel unserer Überlegungen: Zu allererst muss die Ungleichheit auf dem Gebiet der Sprache bekämpft werden, weil sich Sprache als Hauptdiskriminator zwischen jenen stellt, die sich auf dem Weg des Erfolgs befinden und denjenigen, denen dieser Weg verwehrt ist.

### **Teilnehmen an der Sprachschöpfung der Welt**

Man muss sich vergegenwärtigen, dass der Wandel, der unsere Beziehung zur Schule betrifft, ein Begleitphänomen einer neuen Beziehung zur Arbeit darstellt. Wenn die Sprache eine solche Wichtigkeit im schulischen und be-

ruflichen Erfolg darstellt, so ist es, weil die Beziehung zur Arbeit die Tendenz hat, sich zu entmaterialisieren und immer symbolischer, mehr und mehr eine Sache von Wörtern und Zeichen zu werden. Wir erschaffen eher menschliche Beziehungen als Objekte, was die Inanspruchnahme von Verbindungen im Internet des kommerziellen, kulturellen, professionellen und sogar sexuellen und affektiven Austauschs multipliziert.

Die Wichtigkeit des immateriellen Faktors wird immer größer. Eine Kosmetikerin zum Beispiel entwirft eine veritable Körperkultur (sie erkennt die Energie, Potentiale und Energiefluss ebenso wie sie Bewegungen, Design und öffentliches Auftreten begleitet ...) Eine solche Kultur spornt jeden an, sich jung zu erhalten, an seiner eigenen Gesundheit und ästhetischen Bewahrung mitzuwirken. So produziert Arbeit nicht nur Verdienst und Dienstleistungen, sie ziviliert in vielfältiger Art und Weise den Gebrauch von Gegenständen, das Management von Situationen, die Inszenierung von Lebenserfahrungen (dazu gehört auch die Werbung). Es reicht nicht, ein Werkzeug zu produzieren, man muss seine Bedeutung erschaffen.

Diese Wichtigkeit der Bedeutung der Dinge und Situationen entspricht der der symbolischen Macht, die sich in der Arbeitswelt geltend macht. *Soft power* bezeichnet die Macht, jemand anderen zu beeinflussen, anstatt ihn zu zwingen. Nun aber gehört diese Macht jenen an, die die Codes kreieren, den Sinn der Wörter definieren, Emotionen bewirken, ihre Interpretation der Welt durchsetzen, Modekreationen erfinden und unsere Sensibilität formen. Partizipation an der symbolischen Macht ist unerlässlich in der Informationsgesellschaft, wo sogar die Realität durch Wörter vermittelt wird: eine von Professionellen, Historikern, Beobachtern und Medien vorgestellte, benannte, erzählte Realität. Auf dem Gipfel aller Hierarchien ist symbolische Macht also zur Macht der Macht geworden und sie regiert souverän in der Kommunikationsgesellschaft. Es geht nicht einfach um Austausch von Informationen, sondern um

<sup>3</sup> Ulrich Beck, Die Risikogesellschaft, 2003



Erschaffung der Vorstellungen von Realität, die Autorität für sich beanspruchen kann und sich in der allgemeinen Meinung durchsetzt.

Deshalb macht sich mit der Kommunikations- und Informationsgesellschaft ein neuer Typus von Ungleichheit breit: sprachliche Ungleichheit, die einen Graben zwischen jenen schafft, die reden und sich verständlich machen können und den anderen, denen die Mittel für Ausdruck und Erklärung fehlen (und die meistens in der Illusion verharren, dass das Internet auf magische Art und Weise die menschlichen Beziehungen demokratisiert). Somit ist die wirkliche Ungleichheit nicht mehr in erster Linie materiell und finanziell bedingt, sondern sprachlich und symbolisch.

Die Ungerechtigkeit verlagert sich, und sie ist radikal, wenn sie an der Wurzel der unendlichen Ungleichheit der Fähigkeiten entspringt, Codes zu verstehen und zum kommunizierbaren Ausdruck des Selbst voranzuschreiten. Da existiert eine Ungleichheit, die die Schule nicht mehr reparieren kann. Den Individuen, die nur Emotion, Empörung oder Hass als Antriebskraft besitzen, fehlt die Macht, das Erlebte in Darstellungen vorzutragen, zu deuten, zu erzählen und zu übersetzen. Es fehlt die Fähigkeit, Tatsachen zu benennen, Vorstellungen der Wirklichkeit zu konstruieren und bei der Mitteilung gemeinsamer Bedeutungen mitzuwirken.

Schulisches Scheitern ist nicht zurückzuführen auf gescheiterte Leistungen, es ist die Unmöglichkeit, wirklich man selbst zu sein und an der symbolischen Erbauung der Welt zu partizipieren, als ein Defizit von Anbeginn, welches eine ganze Existenz als Fatalität markiert.

Deshalb muss man für einen neuen Typus sozialer Gerechtigkeit in der Schule kämpfen, nämlich diejenige, die darin besteht, Schüler zu "befähigen", ihre Begabungen durch einen Sprachgebrauch zum Vorschein zu bringen, die nicht ausschließlich auf unmittelbare Leistung und Wirksamkeit zielt, sondern auf Entdeckung seiner eigenen Begabungen, auf Selbst-



**Dietmar Molthagen; Thilo Schöne (Hg.): Lernen in der Einwanderungsgesellschaft. Ein Lern- und Arbeitsbuch für die Bildungsarbeit in Schule, Jugendarbeit und Erwachsenenbildung in einer vielfältigen Gesellschaft - Verlag J.H.W. Dietz Nachf., 272 S. 19,90 €, ISBN 978-3-8012-0484-6, Bonn 2016**

Das Buch hat einen ersten theoretischen Teil über die Voraussetzungen pädagogischen Arbeitens in der Einwanderungsgesellschaft, in dem aufgezeigt wird, wie Lernprozesse in einer Gesellschaft zunehmender Heterogenität gelingen könnten. In diesem Teil findet sich u.a. auch ein kurzer Abriss über Bildung im Einwanderungsland Kanada.

Im zweiten wesentlich größeren Teil gibt es praktische Vorschläge für die Bildungsarbeit in der Einwanderungsgesellschaft. Es werden Methoden vorgestellt, Materialvorschläge gemacht und didaktische Hinweise gegeben – aus der Praxis für die Praxis.

Das Buch ist aus einem Projekt der Friedrich Ebert Stiftung entstanden und aus der Kooperation mit vielfältigen Partnern. Auch wenn in erster Linie die Berliner Szene gespiegelt wird, liefern die Autoren wertvolle allgemeine Anregungen auch für alle jene, die Konzepte für die neuen Herausforderungen suchen.

KE



verwirklichung und die Fähigkeit, im öffentlichen Raum durch gesprochene Sprache zu handeln. Man weiß, dass jedes Verlangen nach Gerechtigkeit erst durch eine Debatte aufgewertet wird. Aber die öffentliche Debatte wird gestört durch Konfusion, Lüge, Realitätsverleugnung und Amalgame, so viele Übel, für die die sprachliche Unkultur meistens ursächlich ist. Die Kraft, der Vulgarität und dem Ressentiment angesichts dem Anwachsen der sprachlichen Ungleichheit zu widerstehen, kann nur aus einer starken kulturellen Inspiration erwachsen.

Denn die Fähigkeit, Sinn zu verleihen, ist ein öffentliches Bedürfnis geworden. Sich aus zu drücken vermögen, heißt als Persönlichkeit existieren zu können. Erzählen verleiht dem Erlebten Existenz, es strukturiert das Gedächtnis und macht Zukunft vorstellbar. Das wahre Leben ist dasjenige, das erzählt wird und sich so als des öffentlichen Interesses würdig erweist. Aber das Erzählen hängt von kulturellen Modellen ab, die die Transposition der Tatsachen in eine Erzählung initiieren. Jugendliche gestalten ihre Erzählung verschieden, je nachdem, ob sie Ballerspiele bevorzugen oder "*Die Leiden des jungen Werther*" lesen. Es ist entscheidend, sich verständlich zu machen. Können heißt nicht mehr, das Rüstzeug zu besitzen, das das Recht verleiht, einen Standpunkt durchzusetzen, es bedeutet, sich verständlich zu machen und für Zugehörigkeit zu sorgen. Argumentieren stellt eine altruistische Handlung dar: Wahrheit teilt sich mit, weil sie verstanden wird.

Ein gewisser Elitismus ist unerlässlich. Die wahre Elite, die kulturelle Elite ist nicht der privi-

legierte Teil der Bevölkerung, sie entsteht aus jenen, die optieren für Hingabe, Arbeit im Verborgenen, unermüdliches Forschen, Suche nach Sinn um den Preis des Verzichts auf einen Großteil der Freuden des Lebens und ihnen die permanente Jagd nach der ehrlichen Entdeckung vorziehen, welche eine ständige Selbstkritik auferlegt. Nicht alle wünschen, der kulturellen Elite anzugehören ...

### Zusammenfassung

Die demokratische Staatsbürgerschaft ist nicht nur politisch, sie ist im Grunde eine kulturelle Staatsbürgerschaft, die dem Gebrauch der Sprache den Vorzug vor dem der Gewalt gibt. Die Annahme, dass Sprache errungen wird als ein Herrschaftsinstrument, ist nicht demokratisch. Sprache der Dominanz der Vulgarität und Ignoranz anheimfallen zu lassen ist gleichfalls nicht demokratisch. Sprache ist eine öffentliche Realität, sie ist Quelle kollektiver Individuation, sie bedeutet kreative Gesprächspartnerschaft innerhalb einer gemeinsamen Realität, einer erzählten Historizität, eines öffentlichen Diskurses als Aktivierung kollektiver Sinngewebungen. In der demokratischen Kultur existieren die Bürger nicht einfach nebeneinander, sondern die einen existieren durch die anderen.

**Prof. Dr. Monique Castillo**, lehrt Philosophie an der Universität Paris-Est (Créteil);

Übersetzung aus dem Französischen von Thomas Börger

## Dieter Grimm: Europa – Wo liegt das Demokratieproblem?<sup>1</sup>

### I.

Es herrscht wenig Streit darüber, dass die EU unter einer Akzeptanzschwäche leidet, die das Integrationsprojekt insgesamt gefährdet. Strittig ist aber, wo die Ursachen des Problems liegen, und dementsprechend, worin die Abhilfe bestehen könnte. Wenn es um diese Frage geht, ist am häufigsten der Vorschlag zu hören, man müsse das Europäische Parlament, also die Repräsentation der europäischen Bürger, aufwerten und es mit denjenigen Kompetenzen ausstatten, die nationale Parlamente üblicherweise haben. Die Ursache des Demokratiedefizits sei dann beseitigt, die Europäische Union würde wieder zu einer Sache der Bürger und nicht nur der Eliten und Bürokraten.

Plausibel ist das allerdings nur, wenn hier tatsächlich die Wurzel des Übels liegt. Daran bestehen aber einige Zweifel. Sie kommen schon deswegen auf, weil mit jeder Ausweitung der Befugnisse des Europäischen Parlaments die Beteiligung an den Europawahlen gesunken ist. Auch mit den Spitzenkandidaten, die bei der letzten Europawahl erstmals aufgestellt wurden, um die Wahl durch Personalisierung attraktiver zu machen, hat sich das nicht geändert. Die Wahlbeteiligung war mit Spitzenkandidaten ebenso matt wie ohne sie. Das spricht nicht dafür, dass die Unionsbürger gerade in dem Kompetenzmangel des Parlaments den tieferen Grund für ihre Distanz gegenüber der Europäischen Union sehen.

Das ist aber nicht der einzige Grund des Zweifels. Es ist nicht einmal der wichtigste. Ich will vielmehr einige weitere Gründe anführen, die an der Wirksamkeit dieses Vorschlags zweifeln lassen. Der erste ist nicht europaspezifischer, sondern allgemeiner Natur. Die Parlamente verlieren in allen Demokratien der Welt an Gewicht, auch wenn sie weit mehr Kompetenzen



besitzen als das Europäische Parlament. Die Ursache ist einerseits die Verwissenschaftlichung, andererseits die Internationalisierung der Politik. Beide Umstände spielen den Exekutiven in die Hände. An Sachverstand ist die Regierung den Parlamenten stets überlegen, und internationale Politik ist Verhandlungspolitik, nicht deliberierende Politik. Am Verhandlungstisch sitzen jedoch immer Regierungen, nicht Parlamente. Es wäre daher überraschend, wenn ausgerechnet das Europaparlament von diesem Bedeutungsverlust verschont bliebe.

Die nächsten Gründe sind europaspezifischer Natur. Der erste betrifft die Repräsentationschwäche des Europäischen Parlaments, das heißt, die geringe Fähigkeit, in seiner gegenwärtigen Konstruktion Bürgerinteressen in Brüssel zur Geltung zu bringen. Das hat viel mit der Eigenart der Europawahl zu tun. Gewählt wird nach nationalem Wahlrecht und für nationale Kontingente, die nicht den Bevölkerungszahlen der Mitgliedstaaten entsprechen. Wählbar sind nur nationale Parteien. Diese machen mit nationalen Themen Wahlkampf. Wenn das Wahlergebnis gewürdigt wird, dann vorwiegend unter nationalen Gesichtspunkten: Was wäre gewesen, wenn es sich um die Bundestagswahl gehandelt hätte?

Noch wichtiger ist aber, dass die nationalen Parteien, die zur Wahl stehen, im Europaparlament keine entscheidende Rolle spielen. Seit der letzten Wahl sind mehr als 200 nationale

<sup>1</sup> Der Artikel geht zurück auf einen Vortrag, den der Autor am 25. April 2016 in der Katholischen Akademie Bayern gehalten hat und der zuerst in der Zeitschrift der Akademie „zur Debatte“ (Ausgabe 6/2016, Seiten 5-7) dokumentiert wurde, vgl.: <http://www.kath-akademie-bayern.de/zur-debatte.html> – Wir danken dem Autor und der Akademie für die Erlaubnis zum Nachdruck

Parteien im Europaparlament. Nicht sie bestimmen aber den Parlamentsbetrieb, sondern die Fraktionen, lockere Zusammenschlüsse ideologisch verwandter Parteien, die sich erst im Europaparlament bilden und keinerlei Verwurzelung in den Gesellschaften haben. Infolgedessen nehmen auch die europapolitischen Programme erst nach der Wahl Gestalt an und fallen damit als Orientierungspunkte für die Wahlentscheidung der Bürger aus. Kurz gesagt: Die nationalen Parteien, die man wählen kann, sind für die Parlamentsarbeit ohne Bedeutung. Die europäischen Fraktionen, die eine Bedeutung haben, kann man nicht wählen.

## II.

Diese Mängel ließen sich durch eine Europäisierung des Wahlrechts und die Kandidatur europäischer Parteien beheben. Auch damit würde sich aber die Frage nach den Ursachen des Legitimationsproblems nicht erledigen. Damit das Parlament seine Funktion der Vermittlung zwischen den Bürgern und den politischen Entscheidungsträgern erfüllen kann, genügt es ja nicht, dass es alle fünf Jahre gewählt wird. Das würde nur ein rein formales Demokratieverständnis zufrieden stellen. Einen Beitrag zu einer substanzvoll verstandenen, lebendigen Demokratie können Parlamente dagegen nur leisten, wenn sie in einen permanenten Prozess der Meinungsbildung und Interessenartikulation eingebettet sind, der sie erst in den Stand setzt, Bürgerbedürfnisse und Bürgerinteressen in den politischen Prozess einzuspeisen, wenn sich also der demokratische Prozess nicht in der Wahl erschöpft, sondern in ihr gipfelt.

Das hängt wiederum von einigen Voraussetzungen ab, die nicht einfach als gegeben unterstellt werden dürfen. Es sind intermediäre Kräfte nötig, die den Diskurs in dauerndem Gang halten: Parteien, Verbände, Volksbewegungen, zivilgesellschaftliche Aktivitäten, vor allem aber Medien der Massenkommunikation. Dieses gesellschaftliche Substrat einer lebendigen Demokratie ist in den Mitgliedstaaten mehr oder weniger gut vorhanden, in der Europäischen Union aber schwach entwickelt oder gänzlich abwe-

send. Durch vermehrte Kompetenzen für das Europäische Parlament würde sich an dieser Situation nichts ändern. Ohne eine solche Basis steht es seiner gesellschaftlichen Basis ferner als jedes nationale Parlament.

Überdies kann man das Europäische Parlament nicht aufwerten, ohne gleichzeitig andere Organe abzuwerten. Viele, die für die Stärkung des Parlaments werben, verbinden diesen Vorschlag daher mit einer grundlegenden institutionellen Reform der Europäischen Union. Die Kommission würde danach zu einer europäischen Regierung aufgewertet, während der Rat zu einer zweiten Kammer des Europäischen Parlaments abgewertet würde. Damit käme es ersichtlich zu einer Umwandlung der Europäischen Union in ein parlamentarisches System nach staatlichem Muster. Nach dem Lissabon-Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist es fraglich, ob sich die Bundesrepublik Deutschland an einer solchen staatsanalogen Konstruktion überhaupt beteiligen dürfte, weil das Grundgesetz den deutschen Staat nicht ermächtigt, seine souveräne Staatlichkeit aufzugeben.

Auch wenn man von diesem Hindernis absieht, bleibt aber die Frage offen, ob sich die Legitimationsschwäche durch die Umwandlung der Europäischen Union in ein parlamentarisches System nach staatlichem Muster beheben ließe. Der Rat ist das einzige Organ der Europäischen Union, in dem die Mitgliedstaaten vertreten sind. In der gegenwärtigen Konstruktion ist er das zentrale Organ der Union. Über ihn fließt ihr demokratische Legitimation aus den Mitgliedstaaten zu. Mit einer Parlamentarisierung der Europäischen Union würde sich das ändern. Der Rat würde aus seiner zentralen Stellung verdrängt, die Legitimation aus den ihrerseits demokratischen Mitgliedstaaten würde entsprechend beschnitten. Die Union würde legitimatorisch auf eigene Füße gestellt und müsste für ihre demokratische Legitimation selbst sorgen. Die Frage ist, woher sie die Ressourcen für eine solche Eigenlegitimation nehmen sollte, wenn es ihr an der gesell-

schaftlichen Substruktur einer lebendigen Demokratie fehlt und die Legitimationszufuhr über Wahlen spärlich ist.

### III.

Damit will ich zu einem letzten Grund kommen, der Zweifel an der Tauglichkeit einer Parlamentarisierung der Europäischen Union zur Lösung des Demokratieproblems begründet. Diesen Grund muss ich etwas ausführlicher darlegen, weil er in der Diskussion über die Legitimationsprobleme der Europäischen Union so gut wie unbemerkt geblieben ist. Es geht dabei um die Entkoppelung der exekutiven und der judikativen Instanzen der Europäischen Union, also Kommission und Europäischer Gerichtshof, von den demokratischen Prozessen in der Europäischen Union selbst wie auch in den Mitgliedsstaaten.

Diese Verselbständigung war in der ursprünglichen Planung der Union nicht angelegt. Sie ist erst später eingetreten, und zwar durch zwei revolutionäre Entscheidungen, die der Europäische Gerichtshof relativ bald nach der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in den Jahren 1963 und 1964 getroffen hat. Erst durch sie ist die damalige EWG zu dem geworden, was bis heute zutrifft: eine politische Organisation irgendwo zwischen einer internationalen Einrichtung und einem Bundesstaat, aber wegen ihrer Kompetenzfülle und Organisationsdichte näher an letzterem als an ersterem.

Zur Erläuterung muss ich vorweg daran erinnern, dass die Rechtsgrundlage der Europäischen Union nicht wie bei Staaten in einer Verfassung, sondern in völkerrechtlichen Verträgen besteht, die die Mitgliedstaaten geschlossen haben. Diese Verträge enthalten –insoweit ganz wie Verfassungen– Bestimmungen über den Zweck der Gemeinschaft, ihre Kompetenzen, ihre Organe und Verfahren. Sie gehen jedoch darüber hinaus und regeln den Hauptzweck des Zusammenschlusses, die Herstellung und Funktionsweise des Gemeinsamen Markts und im Zusammenhang damit insbesondere die

Pflichten, die die Mitgliedstaaten zur Erreichung dieses Ziels erfüllen müssen. Deswegen sind die Verträge viel ausführlicher als Staatsverfassungen zu sein pflegen.

Der Europäische Gerichtshof hat nun diese Verträge, anders als bei völkerrechtlichen Verträgen üblich, für direkt anwendbar in den Mitgliedstaaten erklärt. Die Pflichten der Mitgliedstaaten, das zur Herstellung des Gemeinsamen Marktes Nötige zu tun, wurden dadurch um Rechte der Marktteilnehmer ergänzt, die Verwirklichung der Pflichten vor Gericht einzuklagen. Ein Jahr später fügte der Gerichtshof hinzu,



**Heribert Prantl: Trotz alledem! Europa muss man einfach lieben. - edition suhrkamp Sonderdruck, 94 Seiten, Berlin 2016, 5,95 €**

Ein formidables Pamphlet für Europa! Geistreich, geschliffen formuliert, ist es ein engagierter und engagierender Essay, der sich gut lesen lässt. Manche Forderungen erscheinen evident „Die Menschen müssen erfahren, erleben und erspüren, dass Europa ihr Leben leichter, nicht schwerer macht“ (Seite 16); andere wurden schon oft, aber erfolglos, formuliert: „Europa braucht eine Transnationalisierung der Demokratie; und es braucht eine Transnationalisierung der sozialstaatlichen Grundgarantien. Demokratie und Sozialstaat gehören zusammen“ (Seite 39).

Sein Hinweis, dass der EUGH 1963 und 1964 in zwei Urteilen die EU-Verträge zu einer Verfassung erklärt (hat), die „Vorrang hat vor dem nationalen Recht, auch Vorrang vor den nationalen Verfassungen“ (Seite 61f) ist – außer bei Verfassungsrechtlern wie D. Grimm – nicht so bekannt. Insbesondere nicht, dass daraus folgt, dass die „Regeln für freien Waren- und Kapitalverkehr ... für den Europäischen Gerichtshof Verfassungskraft“ haben und die EU damit kein Friedensprojekt, sondern ein „Welthandelskonzern“ (Seite 63) ist. Eine Einsicht, die auch für die politische Bildung nicht ohne Folgen bleiben darf. Stt

dass die Verträge nicht nur unmittelbar, sondern auch vorrangig gälten, also dem nationalen Recht, selbst dem höchstrangigen: den nationalen Verfassungen, vorgingen. Revolutionär waren diese Feststellungen, weil sie im Text der Verträge nicht zu finden waren und weil man zweifeln kann, ob die Verträge abgeschlossen worden wären, wenn sie diesen Inhalt gehabt hätten.

Die Folgen dieser Urteile sind lange Zeit unbenutzt geblieben. Erst die Beobachtung durch Wissenschaftler aus der amerikanischen Distanz hat klar gemacht, was geschehen war. Sie wählten dafür einen Begriff, der sich mittlerweile durchgesetzt hat: Konstitutionalisierung der Verträge. Gemeint ist damit nicht, dass die Verträge in eine Verfassung umgewandelt worden seien, das hätten allein die Mitgliedstaaten tun können, wohl aber dass sie von nun an Wirkungen entfalteten, wie sie für Verfassungen charakteristisch sind. Sie verdrängen alles Recht, das ihnen widerspricht, und ob ein Widerspruch vorliegt, entscheidet die Justiz, hier also der Europäische Gerichtshof. Mit dieser Macht ausgestattet konnte er jetzt die Verwirklichung des Gemeinsamen Markts in eigene Hände nehmen. Die Mitgliedstaaten wurden dazu nicht mehr benötigt.

Alles kam nun darauf an, wie der Europäische Gerichtshof die Verträge interpretieren würde, und das geschah explizit marktfreundlich. Kompetenzen, die die Mitgliedstaaten an die Europäische Union übertragen hatten, wurden weit, Kompetenzen, die sie sich vorbehalten hatten, eng interpretiert. Die antiprotektionistischen Regelungen der Verträge wurden antiregulatorisch gedeutet. Da alle erdenklichen Gesetze unter bestimmten Umständen ein Marktzugangshindernis bilden können, wurden die vertraglichen Bestimmungen durch diese Rechtsprechung entgrenzt. Der Gerichtshof konnte nationales Recht, von dem er annahm, dass es die vier wirtschaftlichen Grundfreiheiten der Verträge einschränkte, in großem Umfang außer Kraft setzen. Viele nationale Schutzstandards, auch solche, die keinerlei protektionistische, ja nicht

einmal wirtschaftliche Motive hatten, fielen dem zum Opfer.

Etwas Ähnliches spielte sich im Bereich der Beihilfen ab. Die Verträge verbieten staatliche Subventionen an Unternehmen, sofern sie marktverzerrende Wirkung haben. Der Europäische Gerichtshof dehnte dieses Verbot von privatwirtschaftlichen Unternehmen auf öffentliche Unternehmen der Daseinsvorsorge aus. Die Privatisierungswelle, welche wir in den letzten Jahren erlebt haben, geht zu einem erheblichen Teil auf diese Rechtsprechung zurück. Den Mitgliedstaaten war fortan die Entscheidung, was sie dem Markt überlassen und was sie in eigene Regie nehmen wollen, aus der Hand genommen.

#### IV.

Was der Europäische Gerichtshof nicht konnte, war, die Lücken, die er im nationalen Recht gerissen hatte, auf der europäischen Ebene zu schließen. Denn das geht nur im Wege europäischer Gesetzgebung, und dafür sind die Hürden hoch. Die Folge ist eine Asymmetrie zwischen negativer und positiver Integration. Negative Integration meint die Beseitigung von nationalem Recht, positive Integration die Ersetzung durch europäisches Recht. Negative Integration geschieht durch einen Federstrich der Kommission oder des Gerichtshofs, positive Integration verlangt ein Zusammenwirken von Kommission, Rat und Parlament. Diese Asymmetrie liefert auch die Erklärung für den liberalisierenden Grundzug der Rechtsprechung, der den verfassungsrechtlichen Maßgaben und wirtschaftspolitischen Vorstellungen der meisten Mitgliedstaaten widerspricht und auch ihre Sozialpolitik unter Druck setzt.

Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs wird gewöhnlich als Erfolgsgeschichte erzählt, und sie ist eine Erfolgsgeschichte, jedenfalls was die wirtschaftliche Integration angeht. Aber Wirtschaft ist nicht das einzige, was zählt. Die Erfolgsgeschichte hat eine Kehrseite: Sie verursacht legitimatorische Kosten. Es gibt infolge dieser Rechtsprechung nunmehr zwei

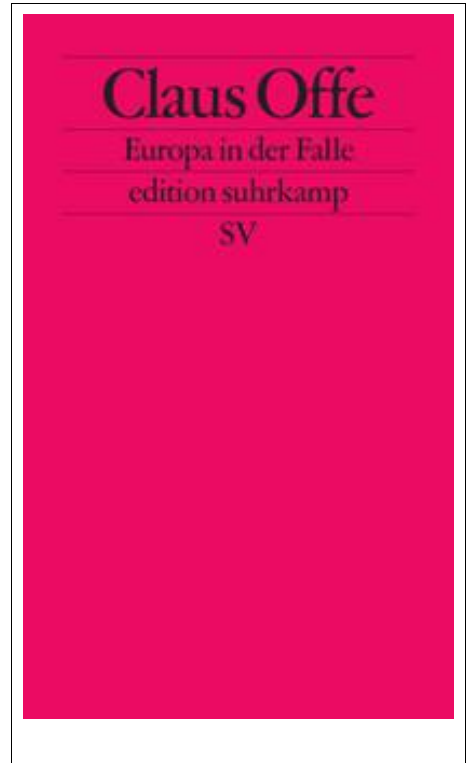


Wege zur Integration. Der erste ist in den Verträgen vorgesehen: Die Mitgliedstaaten treten durch Vertrag Kompetenzen an die EU ab oder erlassen im Rat europäische Gesetze. Den zweiten Weg hat sich der Europäische Gerichtshof durch die Konstitutionalisierung der Verträge selbst erschlossen, er erfolgt über Vertragsinterpretation. Der erste Weg ist politisch. Die demokratisch legitimierten und verantwortlichen Organe handeln, die Öffentlichkeit ist beteiligt. Der zweite Weg ist unpolitisch. Die demokratisch legitimierten und verantwortlichen Organe sind ausgeschlossen, Öffentlichkeitsbeteiligung gibt es nicht. Er ermöglicht eine schlechende Integration.

Dass bei dem zweiten Weg die politischen Institutionen der EU Rat und Parlament ausgeschlossen sind, macht aber die Entscheidungen, die hier getroffen werden, nicht zu unpolitischen. In Europa werden vielmehr Entscheidungen von hohem politischem Gewicht in einem unpolitischen Modus getroffen. Die Mitgliedstaaten sind daran nicht nur nicht beteiligt, sie können sie auch nicht ändern. Das mag überraschend klingen, denn schließlich bestimmen sie im Europäischen Rat über Richtung, Umfang und Tempo der Integration und im Ministerrat über die europäische Gesetzgebung. Wieso sind sie dann nicht in der Lage, die Rechtsprechung zu ändern, wenn sie nicht ihren Intentionen beim Abschluss der Verträge entspricht oder unerwünschte Auswirkungen hat?

Die Antwort lautet: wegen der Konstitutionalisierung der Verträge. Was auf der Verfassungsebene geregelt ist, ist der politischen Entscheidung entzogen, und Wahlen sind insoweit folgenlos. Das ist der Sinn von Verfassungen. Gerade wegen der entpolitisierenden Wirkung beschränken sich Verfassungen aber darauf, einige grundlegende Prinzipien dem Parteienstreit zu entziehen, und enthalten im Übrigen die Regeln für politische Entscheidungen, überlassen die Entscheidungen selbst aber der Politik, so dass die jeweiligen Mehrheiten ihre Vorstellungen, mit denen sie um Wählerstimmen

geworben haben, verwirklichen können und Wahlen Bedeutung haben. Die Verträge, die ja nicht als Verfassung gedacht waren, aber durch die Rechtsprechung konstitutionalisiert worden sind, haben indessen wenig mit einer Verfassung gemein. Sie sind voll von Regelungen, die im Staat Gesetzesrecht wären. Deswegen sind sie so dick. Alle diese Regelungen partizipieren in Europa jedoch am Vorrang der Verträge. Die Differenz zwischen Regeln für politisches Entscheiden und den politischen Entscheidungen selbst ist dadurch weitgehend



**Claus Offe: Europa in der Falle. - edition suhrkamp  
2691, 189 Seiten, 16,- €, Berlin 2016**

Der emeritierte Politikwissenschaftler C. Offe legt eine Studie vor, die 2014 im englischsprachigen Original erschien, aber nichts an Aktualität verloren hat. In bewährter Manier analysiert Offe sachlich klar, fakten-gesättigt und pointiert „Die Natur der Krise“, „Wachstum, Schulden und Teufelskreise“ sowie „Motive für das politische Projekt der EU-Integration“. Lesenswert sind zudem die Sezierung der Trugschlüsse, die seiner Meinung nach der These von der „deutschen Führungsrolle“ in Europa zugrunde liegen (Seite 126ff) sowie der „doppeldeutigen Ausdrücke“ „Haushalt“ und „Schuld“ (131f).

Auch wenn man nicht allen Schlussfolgerungen des Autors zustimmen mag („Umverteilung zwischen Staaten, Klassen und Generationen“ (Seite 166ff) ist es doch eine Studie, die man mit Gewinn lesen wird, weil sie zum Nach- und Weiterdenken anregt. St

eingeebnet. Mit einem kurzen Wort: Die Europäische Union ist überkonstitutionalisiert. Wenn die Mitgliedstaaten die Rechtsprechung des Gerichtshofs ändern wollten, gibt es nur eine Möglichkeit, nämlich eine Änderung der europäischen Verträge, die aber für Fragen dieser Art so gut wie unerreichbar ist.

In der Verselbständigung und Unangreifbarkeit der exekutiven und judikativen Organe der EU sehe ich die eigentliche Wurzel für Akzeptanzschwäche und Demokratiedefizit in Europa. Gleichzeitig ist sie aber die am wenigsten bemerkte Wurzel. Es ist leicht einzusehen, dass die Stärkung des Europäischen Parlaments durch vermehrte Kompetenzen an dieser Lage überhaupt nichts ändern würde. Sie ginge an diesem Problem völlig vorbei, denn auch das Parlament steht unter der Verfassung, nicht über ihr.

#### V.

Diese Einsicht führt dann allerdings zu einer völlig anderen Reformagenda als die Aufwertung des Europäischen Parlaments. Es kann gute Gründe für eine Stärkung des Parlaments geben, aber man darf nicht erwarten, dass das Demokratieproblem damit gelöst wäre. Die Reformagenda, die auf das Konstitutionalisierungsproblem reagiert, heißt vielmehr Repolitisierung. Entscheidungen von hohem politischem Gewicht müssen wieder in einem politischen Modus getroffen und also an die demokratisch legitimierten und verantwortlichen Institutionen zurückgespielt werden.

Dazu gibt es ein einfaches Mittel. Da die Verträge nun schon einmal konstitutionalisiert

sind, müssen sie auch einer Verfassung angeglichen werden. Zu diesem Zweck sind sie auf solche Normen zu beschränken, die ihrer Art nach Verfassungsrecht sind, während alle anderen auf die Stufe sekundären Unionsrechts zurückzustufen sind. Der Inhalt der Verträge würde sich dadurch in keinem Punkt ändern. Auch die Befugnis des Europäischen Gerichtshofs, das europäische Recht authentisch zu interpretieren, bliebe unangetastet. Aber das herabgestufte Vertragsrecht würde damit wieder für demokratische Entscheidungen geöffnet werden.

Weil das bei Zeiten versäumt worden ist, haben wir es heute mit so viel antieuropäischen Kräften zu tun. Gleichzeitig steht die lange Gewöhnung aber auch einer durchgreifenden Korrektur im Wege, weil der Zusammenhang von Konstitutionalisierung und Demokratiedefizit immer noch nicht genügend durchschaut ist. Aber selbst wenn er durchschaut würde, wäre es nicht sicher, dass sämtliche Mitgliedstaaten die Korrektur wollen. Lohnt es dann überhaupt, mögen Sie sich fragen, darüber zu sprechen? Darauf würde ich antworten, dass es gerade die Aufgabe der Wissenschaft ist, Scheinlösungen aufzudecken und die wahren Gründe eines allgemein bekannten Übels zu benennen und zu zeigen, dass es Möglichkeiten gäbe, es zu beheben, wenn man es nur politisch wollte.

**Professor Dr. Dr. h.c. mult. Dieter Grimm** ist ehemaliger Richter des Bundesverfassungsgerichtes und Permant Fellow des Wissenschaftskollegs zu Berlin

**Thomas Schmid: Europa ist tot, es lebe Europa! Eine Weltmacht muss sich neu erfinden. - München 2016, 255 Seiten, ISBN: 978-3-570-10318-0 , C. Bertelsmann Verlag, 14,99 €**



Ein passend zum Titel sehr ambivalentes Buch. Unter dem Zwischentitel „Vorwärts immer, Stillstand nimmer?“ mokiert sich der Autor über die Idee, des „immer mehr Europa, ein immer größeres Tempo der Integration, weiter so“ (Seite 13) nur um in einer Anmerkung zum Begriff „europäische Einigung“ zu schreiben „um den offenen, prozesshaften Charakter des europäischen Wagnisses zu betonen, ist in diesem Buch in der Regel von der 'europäischen Einigung' die Rede nicht von der - statischen – 'Einheit Europas'“ (Seite 241). Ein wesentliches Element dieses Kapitels ist die Auseinandersetzung Schmidts mit dem klassischen Vergleich Europas mit dem Fahrrad „hält man es an, fällt es um“ (Seite 14 und 39ff). Bei all seinen Überlegungen entgeht ihm aber der Grundgedanke der Metapher, dass Europa bzw. die EU vor allem 'Vertrauen' braucht, um voran zu kommen und dass das im Bereich der zwischenstaatlichen Beziehungen gepflegt und gestärkt werden muss, damit es nicht geschwächt wird. Anlässlich der Feiern zum 60. Jubiläum der Römischen Verträge wurde behauptet, dass unter den von den Staats- und Regierungschefs zu unterschreibenden Deckblättern nur ein Stapel weißer Blätter gelegen habe, da die Verhandlungen nicht fristgerecht abgeschlossen werden konnten. Würde man sich bezüglich der

heutigen Verhandlungen eine solche Geschichte vorstellen können? Kaum vorstellbar angesichts all der Berichte über nächtelanges Gefeiltsche über jede Formulierung in den Abschluss-erklärungen der sog. Gipfelkonferenzen. Es wäre eine lohnenswerte Aufgabe gewesen, Ursachen und Gründe für den Wechsel vom Vertrauen zum Misstrauen heraus zu arbeiten, um darauf aufbauend mögliche Gegenkonzepte erarbeiten zu können.

Aus der Vielfalt der lesens- und bedenkenswerten Hinweise und Anmerkungen seien zwei Punkte erwähnt. Zum ersten seine Auseinandersetzung mit dem Begriff der 'Subsidiarität' (Seite 227ff). Auch wenn sein Versuch den jungen Nell-Breuning, Ghostwriter der päpstlichen Enzyklika 'Quadragesimo anno', gegen den alten Nell-Breuning, Interpret der Enzyklika, auszuspielen, kaum überzeugend ist, ist seine Verkürzung des Subsidiaritätsbegriffs ärgerlicher. Denn der Gedanke, dass das Prinzip 'kleine, überschaubare Einheit vor große, unpersonliche Einheit' nicht nur für das Verhältnis der politischen Ebenen zueinander gilt, sondern auch für die Beziehung von Staat und Gesellschaft gelten soll, entgeht ihm in guter Kohl'scher Tradition. Konkret: Die Idee, dass die Politik, z.B. beim europäischen Vereinsstatut, den Rahmen schaffen muss, damit die Bürgerinnen und Bürger die sie betreffenden Fragen selbst regeln können, gibt es in seiner Vorstellung offensichtlich nicht.

Spannend und zukunftsweisend sind hingegen seine Überlegungen zur Führung in einer europäischen Union, der die Nationalstaaten in Form des Europäischen Rates, keine klare Führungsstruktur geben wollen. Das vorgeschlagene Bild der „Formation der Wildgänse“, in der abwechselnd „einige Vögel die Position an der Spitze ein(nehmen), während sie zugleich bemüht sind, die Nachzügler wieder in den Schwarm zurückholen“ (Seite 109f), verdient es zumindest, weiter durchdacht und konkretisiert zu werden. Insgesamt: Ein lesens- und diskussionswürdiges Buch. - Stt

## **Bára Procházková: Die Tschechen sind als Europaskeptiker bekannt. Warum eigentlich?<sup>1</sup>**



Alle zwei bis drei Jahre laden die Koordinierungszentren Deutsch-Tschechischer Jugendaustausch – Tandem zum Jugendtreffen. Neben der Begegnung von jungen Menschen aus beiden Ländern geht es um (anlassbezogene) politische Bildung; weitere Infos unter: [http://www.tandem-org.de/aktuelles/tandem-news/tandem-news-2016/jugendtreffen\\_nachbericht.html](http://www.tandem-org.de/aktuelles/tandem-news/tandem-news-2016/jugendtreffen_nachbericht.html)

Foto: Koordinierungszentrum Deutsch-Tschechischer Jugendaustausch – Tandem

Tschechen waren schon immer eher europaskeptisch. Diese Haltung ist mal mehr, mal weniger offen kommuniziert worden, je nachdem wer auf der politischen Szene gerade aktiv war. Die Fachöffentlichkeit ist sich einig, dass die allgemeine Meinung bezüglich der europäischen Integration am stärksten von Václav Klaus gelenkt wurde. Klaus war von 1992 bis 1998 Premierminister und später, von 2003 bis 2013, Präsident der Tschechischen Republik. „Er dominierte den öffentlichen Raum mit seiner starken Rhetorik gegen die Europäische Union und es gab keine bedeutende Gegenreaktion darauf. Mit seinem Rückzug aus der aktiven Politik sind seine eurogegnerische Stimme sowie die von seinen Anhängern verschwunden“,

meint Jakub Janda, stellvertretender Direktor des Think-Tanks „European Values“.

In der politischen Szene waren die Positionen klar verteilt – die Linken waren gemeinsam mit den Konservativen immer die größten Skeptiker, ausgesprochene EU-Optimisten gab es nie. So konnte Václav Klaus ohne einen ideellen Widerstand zwanzig Jahre lang die tschechische Europa-Meinung lenken, und mangels anderer Stimmen hörte die Bevölkerung zu. „Die Kommunikation hat nach dem Blame-Game-Prinzip funktioniert, also bei gelungenen Taten haben die Politiker die eigenen Verdienste hervorgehoben, bei misslungenen Schritten war die EU schuld“, erklärt Jakub Janda.

Gleichzeitig mit dem Rückzug von Klaus kam im Herbst 2013 die Regierung des sozialdemokratischen Premierministers Bohuslav Sobotka ins Amt, die vorsichtige Schritte in Richtung Europa gemacht hat. So startete die Regierung beispielsweise zum zehnten Jahrestag des EU-Beitritts Tschechiens eine Kampagne, die positive Seiten der EU-Mitgliedschaft kommunizieren sollte, vor allem die finanziellen Vorteile für das Land. Bis zum Anfang der Migrationskrise konnte man in Tschechien also kaum eine europaskeptische Stimme hören, was sich in einer nach Jahren erstmals wachsenden Zustimmung widerspiegelte. Bis zum Anfang des Jahres 2014 stieg das Vertrauen in die europäischen Institutionen, positiv geneigt war laut der Umfragewerte des Meinungsforschungsinstituts CVVM jeder zweite Tscheche, was seit einigen Jahren ein Maximum an Zustimmung gegenüber der EU bedeutete.

<sup>1</sup>Der Beitrag ist zuerst erschienen in „OST-WEST. Europäische Perspektiven“ 17 (2016), H. 1, S. 44-51. Wir danken der Redaktion für die Erlaubnis zum Nachdruck.



## Woher kommt die tschechische EU-Skepsis?

Die Experten erklären den tschechischen Abstand zur EU mit einer allgemeinen Unwissenheit und einer schlechten historischen Erfahrung. Auch im Vergleich mit anderen Staaten zeigen Tschechen nur oberflächliche Kenntnisse über die europäische Integration. So konnten zum Beispiel 66 Prozent der Tschechen bei einer Untersuchung, die das Tschechische Fernsehen 2014 durchführen ließ, keinen einzigen der 22 EU-Abgeordneten aus ihrem Land nennen. In der Slowakei zum Beispiel waren es zumindest zwei. Gleichzeitig beklagen sich die tschechischen EU-Abgeordneten immer wieder öffentlich in den Medien, dass „sie sich wie im Exil fühlen“, und begründen dies damit, dass im Gegensatz zu anderen Regierungschefs die tschechischen Premierminister kein Interesse an einem Austausch mit ihnen hätten. „In den Köpfen eines Großteils der Gesellschaft bleiben die Grenzen zu. Manche sind nicht fähig, sich mit Europa zu identifizieren, sondern nur mit Tschechien. Es kann mit dem Alter zusammen hängen“, meint Monika Horáková,

Prager Politikerin der Grünen Partei.

Gleichzeitig werden in regelmäßigen Zeitabständen Stimmen laut, die an negative historische Erfahrungen aus zwei unterschiedlichen Epochen erinnern. Die aus dem Sozialismus

lässt sich in folgendem Satz zusammenfassen: „Wir mussten uns vor Moskau vorbeugen, nun wollen wir es nicht wieder vor Brüssel tun.“ Die andere führt in die Vorkriegszeit zurück und wird als so genannter „Münchener Komplex“ beschrieben. So wurde im Jahr 1938 im Münchener Abkommen zwischen Großbritannien, Frankreich, Italien und Deutschland vereinbart, dass die Tschechoslowakei das Sudetengebiet an Deutschland abtreten sollte. Die tschechoslowakischen Vertreter wurden zu den Verhandlungen nicht einmal eingeladen, und so bleibt in der tschechischen Gesellschaft nach

### Interview: Tschechen sind besonders offen für die Rhetorik von Populisten (Auszüge)

Einer der führenden christdemokratischen Politiker, David Macek, verlässt nach 19 Jahren seine Partei. Grund ist die negative Haltung seiner Kollegen in der Flüchtlingsfrage. Im Gespräch erläutert er die Gründe der tschechischen Skepsis gegenüber den Flüchtlingen sowie gegenüber der europäischen Integration. ... Die Fragen stellte die Autorin.

### Wie erklären Sie sich die eher ablehnende Haltung der tschechischen Gesellschaft in der Flüchtlingskrise?

Wir Tschechen haben ein Problem mit allem, was aus dem allgemeinen Durchschnitt heraussticht. Und wir haben gleichzeitig ein Problem mit allem, was gewissermaßen „größer“ ist als wir selber. Das zeigt sich in der ablehnenden Meinung zum Adel, zu Kirche und Religion im Allgemeinen sowie in der negativen Position gegenüber allen Minderheiten. Mit Ausnahmen kann die tschechische Gesellschaft einfach nicht umgehen. Was Flüchtlinge betrifft, hatten die meisten Tschechen kaum je die Möglichkeit, jemandem auf der Flucht persönlich zu begegnen oder Muslime zu treffen. So haben die Menschen eine diffuse Angst vor dem Unbekannten und sind dadurch offener für Propaganda jeglicher Art. ...

### Kann man dem irgendwie entgegenwirken?

Alles fängt mit einer persönlichen Begegnung mit anderen Menschen an. Das ist der Schlüssel für eine Änderung des tschechischen Standpunkts. Je mehr Muslime wir treffen, desto weniger Angst werden wir haben. Das ist allerdings ein Teufelskreis. Denn wir können nicht mehr Muslime aufnehmen, da die Politiker und ein bedeutender Teil der Bevölkerung dagegen sind ... Wir müssen zunächst die Bevölkerung besser informieren. Des Weiteren müssen wir auch die böhmischen und mährischen Regionen Schritt für Schritt darauf vorbereiten, dass dort in Zukunft mehr Menschen aus unterschiedlichen Kulturen leben werden. Das könnte mithilfe von positiven Beispielen funktionieren.

*Fortsetzung übernächste Seite*

wie vor ein Misstrauen gegenüber den westeuropäischen Staaten, das sich folgendermaßen zusammenfassen lässt: „Es wurde über uns, aber ohne uns verhandelt und entschieden.“ Diese Haltung taucht in der tschechischen Argumentation immer wieder auf und wird auch

aktuell bestätigt, neuerdings nach der Entscheidung der europäischen Vertreter über die Verteilungsquoten für Flüchtlinge. So wollten die Tschechen keine Flüchtlinge aufnehmen, aufgrund der Entscheidung der anderen EU-Staaten müssen sie nun aber doch etwa 3.000 Flüchtlingen Asyl gewähren.

In der Flüchtlingsfrage sind sich alle Parteien quer durch das politische Spektrum beispiellos einig, und die oppositionelle Parlamentspartei *Úsvit-Národní koalice* forderte unmittelbar nach der europäischen Entscheidung über die Quoten ein Referendum über den EU-Austritt Tschechiens, und zwar mit dem erwähnten „Münchener Argument“. Die Petition erhielt 70.000 Unterschriften, und das in einem Land, in dem Petitionen meistens kaum über 10.000 Befürworter finden. Die tschechische Regierung erklärte in diesem Zusammenhang, ein möglicher EU-Austritt wäre für das Land ein Fehler. „Die EU-Mitgliedschaft ist einer der Grundsteine der tschechischen Außenpolitik und gehört zu den Interessen des Landes“, schrieb die Regierung in einer Erklärung.

Lange Zeit war eine der positiven europäischen Errungenschaften in den Augen der Tschechen der Schengen-Raum. Die Menschen verstanden ihn als ein Symbol für die neue Freiheit und als den wichtigsten Vorteil der europäischen Integration, was sich mit der offiziellen politischen Linie deckte, denn auch die Regierung hielt den funktionierenden Schengen-Raum für eines der wichtigsten politischen Interessen des Landes. Nun kam es in der öffentlichen Meinung zu einer Wende. Die Ergebnisse der Eurobarometer-Umfrage vom Herbst 2015 zeigten, dass die Unterstützung für eine Personenfreizügigkeit in Tschechien rapide sinkt. „Insgesamt 80 Prozent der Tschechen waren von einem Tag auf den anderen für das Schließen der Grenzen, damit keine Fremden ins Land kommen. So hatte die Regierung plötzlich ein Problem, wie sie ihre Ziele kommunizieren soll“, kommentiert Jakub Janda die Umfragewerte. Einerseits muss sich das Land an die europäischen Verpflichtungen halten, andererseits jedoch ermöglicht die Mei-

nung in der Bevölkerung keine Politik, die gegenüber der EU und der Flüchtlingsfrage offen ist. Die Lage wird auch durch den bereits gestarteten Wahlkampf zu den diesjährigen Regionalwahlen beeinflusst.

### **Warum wollen die Tschechen keine Flüchtlinge aufnehmen?**

Seit den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts wurde die tschechische Gesellschaft Schritt für Schritt homogener. Nach dem Kriegsende verschwanden aus der Gesellschaft Juden und Deutsche, Sinti und Roma, ebenso wie behinderte Menschen oder Homosexuelle. „Deshalb haben die Tschechen bis heute ein großes Problem mit allem, was anders ist“, sagt Lukáš Houdek, Aktivist, der sich für die Minderheitenrechte einsetzt. Seine Worte werden auch durch die Ergebnisse der aktuellen Eurobarometer-Untersuchung bestätigt, nach denen es einen Großteil der tschechischen Befragten stören würde, wenn sie zwei küssende Schwule sehen würden. Sie wären auch nicht einverstanden, wenn ihr Kind einen körperlich behinderten Partner heiraten würde oder einen gemeinsamen Arbeitsplatz mit einem Buddhisten hätte. Vierzig Jahre Geschlossenheit haben zur Folge, dass die Gesellschaft keine Erfahrung mit einer ethnisch offenen und bunten Realität wie in der westlichen Welt hat.

Dazu kommt die Befürchtung, mit der Ankunft von vielen bedürftigen Menschen könnte sich am gewohnten Lebensstandard etwas ändern. „Von Bedeutung ist, dass sich die tschechische Gesellschaft 25 Jahre lang hauptsächlich auf das eigene Lebensniveau konzentriert hat. Nun ist die Stabilität weg und jemand scheint in den Augen der Menschen ihren Wohlstand und ihre Sicherheit zu gefährden. Gleichzeitig ist im Gegensatz zu früher nicht mehr so klar vorhersehbar, wie sich das Leben in der Zukunft weiter entwickeln wird. Und das bringt eine große Unsicherheit mit sich“, erklärt Ivan Gabal, Abgeordneter und einer der führenden tschechischen Soziologen.

## Wegen der Flüchtlinge stellen die Tschechen die ganze EU in Frage

Nun verbinden sich die EU-Skepsis und die Angst vor den Muslimen, und der Begriff Europa wird mit jedem ankommenden Flüchtling negativer wahrgenommen, meint J. Janda. Die Umfrageergebnisse bestätigen, dass die Nichtübereinstimmung mit der Migrationspolitik der EU an eine Ablehnung der europäischen Integration insgesamt gekoppelt ist. Nach einer Untersuchung der Agentur STEM sind drei Fünftel der Bewohner der Tschechischen Republik unzufrieden mit der EU-Mitgliedschaft des Landes, und 62 Prozent würden heute gegen den EU-Beitritt stimmen. Das gaben vor allem Menschen an, die in der Untersuchung gleichzeitig ihre Angst vor dem Islam erwähnten. Auch die politischen Eliten verbinden die Migration mit einem Versagen der gesamten Europäischen Union. So sagt zum

Beispiel der ehemalige Präsident Václav Klaus: „Die unverantwortlichen europäischen Politiker wie Merkel, Gauck, Juncker oder Tusk nutzen die Migrationskrise aus. Sie kennen die Regel

der Politik: Kommt eine Krise, muss man schnell bedeutende Veränderungen einführen, die in einem Normalfall nicht durchkommen würden. So missbrauchen sie die Migrationskrise dazu, in der EU die Schrauben anzuziehen. Das bedeutet eine Demokratiebeschränkung sowie Verstärkung der Zentralisierung und Abschwächung der Freiheit.“ Und Václav Klaus bekommt in den Medien in den

**Wenn irgendwo in der Welt eine humanitäre Katastrophe passiert, zum Beispiel ein Erdbeben auf Haiti oder in Nepal, spenden die Tschechen innerhalb von wenigen Tagen gleich mehrere Dutzend Millionen Kronen. Wieso ist diese grundsätzliche tschechische Hilfsbereitschaft nicht auch für die Flüchtlinge aus Syrien da?**

Grundsätzlich gibt es in Tschechien viel Hilfsbereitschaft, nur ist diese im Moment durch die Ängste stillgelegt. ... Eine Lösung gibt es nur durch die persönliche Erfahrung. Dazu habe ich ein schönes Beispiel: Zum Gedenktag der „Samtenen Revolution“ am 17. November fuhr ich mit dem Auto nach Prag und nahm außer vier Kollegen noch den Vorsitzenden der Brüner Gemeinde der Muslime mit. Für meine Kollegen war er der erste Muslim, mit dem sie je gesprochen haben. Er erzählte lustige Geschichten aus seinem Leben und sagte auch, dass er immer von seiner Ehefrau eine Einkaufsliste bekäme, weil sie immer mit ihm schimpft, wenn er sich die Sachen nicht merken kann. Meine Kollegen waren nach dieser zwei-stündigen Autofahrt ganz positiv überrascht, dass er so wie sie ganz „normal“ ist. ...

**Was kann die Migrationskrise für die Zukunft Tschechiens in der Europäischen Union bedeuten?**

Die meisten Tschechen sehen die aktuelle Situation leider als ein weiteres Argument gegen die europäische Integration, und es gibt genug Populisten, die diese Tendenz für sich nutzen. Dazu gehören auch der jetzige und der vorherige Präsident. Die Menschen hören diesen Leuten zu. Die Politiker wollen viele Kompetenzen nicht nach Brüssel abgeben, die Europäische Union ist darum in vielen Fällen nicht handlungsfähig, dann erzählen aber die Politiker zu Hause den Wählern, dass die EU unfähig sei, und sammeln damit Punkte.

**Warum haben gerade die Tschechen ein offenes Ohr für solche Populisten?**

Das hängt mit der eigenen Identität zusammen. In Tschechien gibt es dieses Gefühl, dass man sich stets gegen Andere abgrenzen muss – und das schon seit der Hussitenbewegung im 15. Jahrhundert. Die Hussiten hatten das Motto „Gegen alle“. Das beschreibt die grundsätzliche tschechische Haltung sehr gut, und sie taucht in der Geschichte immer wieder auf. Genau das haben wir auch während der Diskussion über die Flüchtlingsquoten gemerkt, die Rhetorik war klar: Wir sind die Einzigen, die erkannt haben, dass die Quoten ein Fehler sind, alle Anderen sehen es nicht, also müssen wir gegen alle kämpfen.

letzten Monaten immer mehr Raum.

**Bára Procházková ist Chefin vom Dienst im Nachrichtenportal des öffentlich-rechtlichen Fernsehens. Sie leitet Seminare für politische Bildung in Deutschland und in Tschechien.**

## Sabine Verheyen: „Europäische Bildung neu denken“

*Bildung und Wissen ist das Fundament, auf dem wir die Zukunft Europas bauen. Es muss daher unser gemeinsamer Anspruch sein, das Bildungswesen in Europa stetig zu verbessern. Wenn wir Europäische Bildung also neu denken möchten, dann spielen in meinen Augen die folgenden Punkte eine wichtige Rolle: Europa an Schulen, Digitalisierung im Bildungswesen und der europäische Erfahrungsaustausch über Best Practices.*

### Europa an Schulen

Die Europäische Idee trotz oder gerade aufgrund der aktuellen Krisen in Europa zu vermitteln, ist eine besonders schwierige Aufgabe. Unseren Bildungseinrichtungen kommt hier eine wesentliche Rolle zu. Neue Ansätze in der Europabildung insbesondere an Schulen können dabei helfen, die europäische Dimension in Bildungsinhalten zu stärken. Dabei muss europäische Bildung nicht grundsätzlich neu gestaltet werden, denn es gibt bereits fest etablierte Konzepte sowie gut funktionierende Methoden und Instrumente. Vielmehr sollten diese um neue Ideen ergänzt und gute bestehende Konzepte ausgebaut werden. Ich halte es für sehr wichtig, dass wir die Probleme Europas direkt in Schulen thematisieren. Dafür brauchen wir in

meinen Augen allerdings mehr und bessere Europabildung. Denn das Wissen über die Europäische Gemeinschaft und ihre Strukturen trägt entscheidend dazu bei, dass unserer jüngsten Generation die Vorteile der europäischen Einigung aufgezeigt werden und sie sich mit Europa identifizieren können.

Schulen übernehmen heutzutage bereits einen wesentlichen Teil der Europabildung. Das Thema Europa ist fest im Curriculum der weiterführenden deutschen Schulen verankert. Dennoch gibt es hier durchaus Raum für Verbesserungen. So verstehen viele Europäerinnen und Europäer nur bedingt die Funktionsweise der EU. Gemäß einer Studie gaben 44 % der Befragten an, nicht zu wissen, wie diese funktioniert und das obwohl die Auswirkungen der europäischen Gesetzgebung auf unser tägliches Leben heute sehr groß sind. Abhilfe kann hier geschaffen werden, wenn Schülerinnen und Schüler besser informiert und ermutigt werden, sich aktiv an der Idee der europäischen Einigung zu beteiligen. Wichtig ist hierfür in meinen Augen der Ausbau einer EU-Dimension in der schulischen Bildung. Alle Fächer und Lernbereiche der Schule sollten grundsätzlich ihren Beitrag zu einer Stärkung der europäischen Dimension im Unterricht leisten. Dafür hat sich das Europäische Parlament im letzten Jahr in einem Bericht zum Erwerb von Kenntnissen über die EU an Schulen ausgesprochen.<sup>1</sup> Eine europäische Dimension im Bildungswesen kann ein gestärktes Bewusstsein für die Vorteile der EU-Politik schaffen und dazu beitragen, dass sich ein Zugehörigkeitsgefühl zur EU ausbildet. Wie dies

Konflikte und Komplexität überlasten unsere Institutionen und Politiker. Ein aggressiver Finanzkapitalismus fügt der Wirtschaft Schaden zu. Die tragende Mitte



**Gabor Steingart**

## WELTBEBEN

### Leben im Zeitalter der Überforderung

unserer Gesellschaft findet immer weniger Halt. Warum wir trotzdem nicht verzweifeln müssen und wie eine Überlebensstrategie für das Zeitalter der Überforderung aussieht.

KNAUS

<sup>1</sup><http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+TA+P8-TA-2016-0106+0+DOC+PDF+V0//DE>



auch im Bericht betont wird, sehe ich es als elementar an, dass einerseits Wissen über die EU und ihre Funktionsweise vermittelt, und andererseits die grundlegenden Werte der EU den Schülerinnen und Schülern wieder nähergebracht werden. An dieser Stelle möchte ich gerne die Rollenspiele des Europäischen Jugendparlaments hervorheben. Diese stellen eine großartige Möglichkeit dar, jungen Menschen die europäischen Prozesse zu verdeutlichen und sie für EU-Themen zu sensibilisieren. Gleichzeitig wird die Entwicklung einer europäischen Identität gefördert. Umso wichtiger ist es in meinen Augen, Rollenspiele dieser Art vermehrt an Schulen umzusetzen, in Form von Kursprojekten, Arbeitsgemeinschaften oder Exkursionen. Die Funktionsweise der EU wird so für junge Menschen verständlich und Politik sowie Demokratie in Europa erfahrbar. Darüber hinaus stellen Wettbewerbe und Projekte, wie beispielsweise der „Europäische Wettbewerb“ oder der EU-Projekttag, sinnvolle Instrumente für eine vertiefte Auseinandersetzung mit europäischen Themen und Fragestellungen im Unterricht dar. Solche Wettbewerbe und Projekte tragen wesentlich dazu bei, dass der Europagedanke gestärkt wird. Damit Europa verstärkt Einzug in Klassenzimmer hält, halte ich es außerdem für wichtig, dass europäische Wettbewerbe, Aktionen und Projekte intensiver beworben und noch mehr Schulen dazu ermutigt werden, an diesen teilzunehmen.

Die europäischen Errungenschaften und Werte können jungen Menschen besonders gut anhand historischer Ereignisse nähergebracht werden. Ein europäischer Ansatz im Geschichtsunterricht an Schulen stellt in meinen Augen hierfür ein großes Potenzial dar. Entscheidend ist dabei, jungen Menschen zu vermitteln, dass die EU nicht nur ein reiner Wirtschaftsraum, sondern auch eine Friedens- und Wertegemeinschaft ist. Denn es sind unsere gemeinsamen Werte, die uns über Grenzen hinweg in Europa verbinden. Und sie sind grundlegende Voraussetzung für ein gegenseitiges Verständnis, ein friedliches Miteinander, Toleranz und Solidarität. Gerade in der heutigen

Zeit ist das Bewusstsein für unsere gemeinsamen Werte von großer Bedeutung, um den Zusammenhalt in unserer Europäischen Gemeinschaft wieder zu stärken und den europäischen Gedanken weiterzutragen.

**Gabor Steingart: Weltbeben. Leben im Zeitalter der Überforderung. - Knaus-Verlag, München 2016, 236 Seiten, 16,99 €**

Auch wenn der Autor den Anspruch hat, etliche der gegenwärtigen „Weltprobleme“ (Amerika, Terrorismus, Kapitalismus, Finanzmarkt, Digitalisierung, ...) gemeinsam unter die Lupe zu nehmen, soll hier exemplarisch nur das Europa-Kapitel (Seiten 43-67) vorgestellt werden, von dem es auch einen ausführlichen Vorabdruck in der BILD-Zeitung gab. Auf den ersten sechs Seiten erläutert G. Steingart wortgewandt, wie so es 1945 zum Schwur „Nie Wieder“ kam und Europa ein Friedensprojekt war und ist. Nach einer harschen Kritik an der sozialistischen Verirrung der europäischen Geschichte beginnt es für den Autor peinlich zu werden. „Der Nationalstaat darf nicht mehr bestellen, aber soll noch bezahlen“ (Seite 51) schreibt er als hätte er noch nie etwas von dem Europäischen Rat als „Herr der EU-Verträge“ gehört. Leider geht es mit dem Verbreiten von Falschmeldungen munter weiter: „Institutionen, die keiner kennt, funktionieren nach Mechanismen, die keiner versteht, und der ganze Prozess wird beherrscht von Menschen, die sich niemals einer Wahl stellen müssen“ (Seite 53) polemisiert er in billiger Weise gegen die EU-Kommission. Eine gründlichere Lektüre der von ihm selbst herausgegebenen „Wirtschafts- und Finanzzeitung“ (Handelsblatt) hätte einiges von seinem Nicht-Wissen aufheben und ihn zugleich mit Begriffen wie Lobbyismus, Re-Nationalisierung und gemeinschaftliche versus intergouvernementale Methode bekannt machen können. Kein Wunder, dass er auf dieser schwachen Basis zu noch schwächeren Urteilen kommt: „Der Zweifel an der EU gilt in Brüssel als Gotteslästerung“ (57).

Kurz und gut: Europa hat Kritik verdient, aber bitte nicht auf einem Niveau, mit dem man im Abitur nicht mal eine Grundkursklausur bestehen würde.

Da der Autor es besser wissen könnte, wenn er wollte, stellt sich natürlich die Frage: Cui bono? Nutznießer sind auf keinen Fall die, die sich für eine vernunftorientierte europäische Bildungsarbeit und gegen populistische Erklärungsmodelle engagieren

SlT

Des Weiteren ist der Spracherwerb ein wichtiger Bestandteil der Europabildung. Viele Schülerinnen und Schüler lernen heutzutage bereits die Sprache eines anderen EU-Mitgliedstaats. Dass der Spracherwerb auch weiterhin gefördert, ja sogar intensiviert wird, erachte ich für besonders wichtig. Denn für die Erschließung der kulturellen Welt Europas haben Sprachen eine zentrale Bedeutung. Zudem ist das Verstehen und Sprechen einer Sprache Voraussetzung, um in Europa miteinander ins Gespräch zu kommen und sich auszutauschen. Auslandsaufenthalte können dabei helfen, die Sprachkenntnisse zu vertiefen. Das EU-Bildungsprogramm Erasmus plus ermöglicht heute bereits vielen Schülern, Studenten, Auszubildenden, Lehrkräften und jungen Freiwilligen einen Aufenthalt im europäischen Ausland. Allerdings ist das Bildungsprogramm – trotz einer Erhöhung der finanziellen Mittel um 40 Prozent – immer noch unterfinanziert. Ich würde mir daher wünschen, dass das Budget für Erasmus plus erheblich erhöht wird und so noch mehr junge Menschen von Auslandserfahrungen profitieren können. Wer diese Erfahrungen gemacht hat, weiß in besonderer Weise um den Wert eines geeinten Europas und versteht aus tiefster Überzeugung, warum es sich lohnt, für die Europäische Gemeinschaft einzustehen. Gerade in der heutigen, schwierigen Zeit, brauchen wir umso mehr Europäerinnen und Europäer, die diese Erfahrung gemacht haben.



## Digitalisierung im Bildungswesen

Die voranschreitende Digitalisierung hat ohne Zweifel auch Auswirkungen auf die Bildung in Europa. Es wird zunehmend ersichtlich, wie wichtig auch digitale Bildung ist, denn der digitale Wandel verändert die Anforderungen an junge Menschen. Und wenn Europa und Deutschland auch in Zukunft wettbewerbsfähig sein wollen, müssen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf diese Anforderungen vorbereitet werden. Das geht nur, wenn bereits in der Schule digitale Kompetenzen vermittelt werden. Digitale Medien und Lernmethoden können hier klassische Lernmethoden komplettieren, sollten diese jedoch nicht völlig ersetzen. Die digitale Europabildung birgt sicherlich viele Chancen, um junge Europäerinnen und Europäer einander schneller und einfacher näher zu bringen. Allerdings sind junge Menschen im Internet auch Gefahren ausgesetzt. Daher ist es äußerst wichtig, dass sie Medienkompetenz erlernen und ihr Bewusstsein für Online-Risiken frühzeitig stärken. Die Wissensvermittlung, wie digitale Medien funktionieren, ist in meinen Augen allein nicht ausreichend. Vielmehr sollten auch Themen wie beispielsweise Datenschutz, Urheberrecht und der Umgang mit sozialen Medien behandelt werden. Jugendliche müssen Informationen aus dem Netz einordnen und mit digitalen Medien verantwortungsbewusst umgehen können. Das Internet soll nicht als rechtsfreier Raum verstanden werden, sondern Schülerinnen und Schülern muss bewusst werden, dass ihr Handeln in der digitalen Welt Konsequenzen hat. Der Prozess der Digitalisierung muss schließlich aktiv begleitet, und die Nutzung neuer Technologien in sinnvolle Bahnen gelenkt werden. Die Schule ist dafür ein wichtiger Ort, denn Eltern können mit der digitalen Entwicklung oft nicht mithalten.

Der Einsatz von digitalen Medien an Schulen bietet weitreichende Möglichkeiten, damit Schülerinnen und Schüler über Landesgrenzen hinweg ihre Lernergebnisse miteinander teilen, präsentieren und diskutieren können. Solch ein Austausch kann beispielsweise über Online-

Plattformen stattfinden. Dabei setzen sich die Schülerinnen und Schüler mit anderen Sichtweisen und Kulturen auseinander und lernen, Verständnis und Toleranz füreinander aufzubringen. Gleichzeitig können sie ihre Sprachkenntnisse verbessern. Dieser Dialog miteinander ist wesentlich dafür, dass sich ein europäisches Denken bei unseren jungen Menschen entwickelt und für sie so der Ertrag des europäischen Einigungsprozesses ersichtlich wird. Die Online-Plattform „eTwinning“ stellt bereits ein sinnvolles Instrument im Bereich der digitalen Europabildung dar. eTwinning ist Europas größte Onlineplattform für schulische Austauschprojekte. Etwa 300.000 Lehrkräfte aus über 30 europäischen Ländern nutzen die Plattform bereits und arbeiten mit ihren eigenen und Schülerinnen und Schülern aus anderen Ländern zusammen an interkulturellen Projekten. So ermöglicht eTwinning eine echte europäische Zusammenarbeit und schafft Begegnungen zwischen Schülerinnen und Schülern in ganz Europa – auch wenn die Mittel für Auslandsaufenthalte einmal nicht ausreichen. Ich würde mich freuen, wenn in Zukunft noch mehr solcher digitalen Austauschmöglichkeiten genutzt werden, die eine wertvolle Ergänzung zum persönlichen Austausch darstellen. Dabei sollte jedoch darauf geachtet werden, den neuen Medien und Technologien den richtigen Stellenwert beizumessen. Diese sollten als zusätzliches Werkzeug und nicht als vollständiger Ersatz für Lehrkräfte eingesetzt werden.

Ich bin davon überzeugt, dass langfristig auch die deutsche und europäische Wirtschaft davon profitieren werden, wenn in der Schule bereits die Grundlagen für einen verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien und Technologien gelegt werden. Im Zeitalter der Digitalisierung ist Medienkompetenz zweifellos eine Voraussetzung für Erfolg auf dem Arbeitsmarkt.

### **Europäischer Austausch über gut funktionierende Systeme im Bildungswesen**

Wir müssen uns in Europa über unsere Erfahrungen im Bildungswesen austauschen und uns ein Beispiel an gut funktionierenden Methoden, Konzepten und Praktiken nehmen. Mit

Blick auf die immer noch erschreckend hohe Jugendarbeitslosigkeit in vielen Teilen Europas steigt auch der Ruf nach mehr grenzübergreifender Kooperation in der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Das deutsche System der dualen Ausbildung hat europaweit weiterhin eine Vorbildfunktion.

**Oswalt, Vadim; Aspelmeier, Jens; Boguth, Suzelle: Ich dachte, jetzt brennt gleich die Luft. Transnationale historische Projektarbeit zwischen interkultureller Begegnung und Web 2.0; Schwalbach/Ts. 2014, 224 Seiten, 32,80 €, Reihe: Forum Historisches Lernen 1, ISBN: 978-3-89974887-1**

In dieser Studie werden 6 transnationale Projekte in dreierlei Hinsicht untersucht: historisches Lernen als Kern transnationaler historischer Projektarbeit, digitale Medien in der transnationalen historischen Projektarbeit und Rahmenstrukturen und interkulturelle Begegnung. In detaillierter und präziser Analyse werden Aspekte beleuchtet wie „Begegnungen mit und an historischen Erinnerungsorten“ (37ff), Electronic Literacy und historische Projektarbeit“ (86f), „Teambildung in der transnationalen Projektarbeit“ (151ff) oder „Begegnung vor der Begegnung – Erwartungen als Lernfalle?“ (172ff) und überzeugt dabei durch eine souveräne Integration des Stands der Forschung. Allein eine Übersetzung der Erkenntnisse und Einsichten in 'Empfehlungen für zukünftige Verantwortliche' könnte man sich noch wünschen.

Prinzipiell bleibt nur zu hoffen, dass auch mal ein großes (Vorzeige)Programm wie Erasmus+ Mittel und Wege findet, solche qualitätsorientierten Evaluationen der dort stattfindenden transnationalen Projektarbeit zu ermöglichen, gerne im Bereich der historischen Bildung, aber natürlich auch mit Blick auf die politische, europäische, künstlerische, ... Bildung. -

Stt

Es ermöglicht den Auszubildenden von Beginn an praktische Erfahrungen zu sammeln, anstatt eine rein theoretische Ausbildung zu absolvieren, die dann oft mit dem Sprung ins kalte Wasser des Arbeitsmarktes endet. Es ist sicherlich auch unserem dualen Ausbildungssystem zu verdanken, dass die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland im Verhältnis zu anderen EU-Mitgliedstaaten erheblich geringer ist. Deutschland kann hier Kooperation, Anleitung und Beratung

für andere EU-Länder bieten. Selbstverständlich ist das duale System nicht eins zu eins übertragbar, mit deutscher Unterstützung kann allerdings die Ausbildung in anderen EU-Mitgliedstaaten praxisorientierter gestaltet werden.

Die Europäische Gemeinschaft ist Teil unseres Lebens und wir spüren ihre Auswirkungen jeden Tag. Es ist daher unheimlich wichtig, dass Europa auch in unserem Bildungswesen stärker präsent ist. Schulen übernehmen bei der Europabildung eine entscheidende Rolle. Nur wenn es uns gelingt, jungen Menschen die Funktionsweise und Strukturen der EU, aber auch unsere europäischen Werte zu vermitteln, werden sie an der Europäischen Idee festhalten und die Zukunft Europas in diesem Sinne gestalten. Das europäische Bildungswesen ist wie alle Bereiche von der voranschreitenden Digitalisierung betroffen. So müssen junge Menschen an

den Umgang mit digitalen Medien und neuen Technologien herangeführt werden, um für den europäischen Arbeitsmarkt und seine Anforderungen angemessen vorbereitet zu werden. Schließlich sollten wir den Austausch mit anderen EU-Mitgliedstaaten über bewährte Praktiken und gut funktionierende Systeme im Bildungswesen fortführen. Nur so werden wir das europäische Bildungswesen stetig verbessern können.

**Sabine Verheyen** ist CDU-Mitglied, Abgeordnete im Europäischen Parlament und im Ausschuss für Kultur und Bildung Sprecherin für die Fraktion der Europäischen Volkspartei  
 Kontakt:  
 Europabüro Aachen,  
 Tel.: 0241-56 00 69 33  
 E-Mail: [sabine.verheyen@ep.europa.eu](mailto:sabine.verheyen@ep.europa.eu)

**Elisabeth Wehling: Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet – und daraus Politik macht. - Köln 2016, Herbert von Halem Verlag, 222 Seiten, 21,- €, ISBN: 978-3-86962-208-8**

Elisabeth Wehling

## Politisches Framing

Wie eine Nation sich ihr Denken einredet – und daraus Politik macht



Elisabeth Wehling promovierte in Linguistik an University of California, Berkely und arbeitet schwerpunktmäßig an Fragen der Werte-, Sprach- und Kognitionsforschung. In diesem Buch stellt sie im ersten Teil „Die sprachlichen Sockel politischen Denkens und Handelns“ (Seiten 20-80) vor, um dann im zweiten Teil „Ausgewählte Frames unserer politischen Debatte“ (Seiten 81- 190) vorzustellen. Abgeschlossen wird das Buch von einem umfangreichen Literaturverzeichnis, das Interessierten eine gute Basis für die Weiterarbeit bietet (Seiten 193 – 222).

Die Grundthese des Buches, dass unser Gehirn „um des Begreifens einzelner Worte willen ganz automatisch ein Bouquet semantisch angegliederter Ideen aktiviert“ (Seite 30) wird im ersten Teil des Buches ausführlich vorgestellt und mit Hilfe vieler Studien verständlich erläutert. Besonders spannend und wichtig sind ihre Überlegungen zu den Konsequenzen für die politische Debatte, die z.B. die Verwendung des Wortes „Steuererleichterung“ (Seite 62) hat, weil es implizit Steuern als Last und

Steuerzahler als Opfer definiert. Ihre Analyse von gängigen Sprachbildern ist zumeist überzeugend und erhellend, z.B. das Kapitel über den Sozialstaat und seine sprachliche Demontage (Seite 101ff), so dass sich die Frage stellt, ob diese Analysen nicht fortgesetzt werden sollten, z.B. mit dem Begriff „Brüsseler Bürokratie-Monster“ und anderen anti-europäischen Diffamierungsversuchen. Im Sinne des Buches wäre u.a. zu fragen, ob dieser 'Frame' nicht gerade deshalb aktiviert wurde, um von den großen Deregulierungsmaßnahmen der EU abzulenken? Denn was ist schon das Ölkännchen auf dem Pizzeria-Tisch gegenüber der Privatisierung der Bahn, Post und Sozial- bzw. Elektrizitätswirtschaft?

St



## **Vertiefung der Europäischen Zusammenarbeit an der Limburgisch-Deutschen Binnengrenze (Auszüge)<sup>1</sup>**

*Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit stellt schon seit langem<sup>2</sup> bis zur heutigen Zeit<sup>3</sup> eine besonders interessante Form der europäischen Bildung dar, die immer wieder neue Ideen und Konzepte hervorbringt. Dies gilt auch für die Resolution von Bürgerinnen und Bürgern der Grenzregionen in der niederländischen Provinz Limburg und im deutschen Bundesland Nordrhein-Westfalen, die diese am 4. und 5. März 2016 m Kloster Wittem beschlossen haben:*

### **Unter der Annahme, dass**

- ♣ das Klima der Zusammenarbeit in den deutsch-niederländischen Grenzregionen noch nie so gut schien wie heute, dass aber ein neuer Aufbruch zu mehr europäischer Integration gerade für die Grenzregionen unverzichtbar ist, weil mit der Aufhebung der Binnengrenzen nicht zugleich auch eine dementsprechende Vertiefung der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Integration verbunden gewesen ist;
- ♣ bei diesem Integrationsprozess den ‘founding fathers’ der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, also den Niederlanden und der Bundesrepublik Deutschland, eine besondere Verantwortung zukommt;
- ♣ die offenen Binnengrenzen - ein Widerspruch in sich selbst (contradictio in adiecto) - so weit wie möglich geöffnet werden müssen;
- ♣ es für das weitere Zusammenwachsen der Grenzregionen neben dem Engagement der nationalen und regionalen Regierungen auch des sichtbaren Einsatzes der Bürger selbst bedarf, und zwar in einer Form, die die Bürger in die Verantwortung nimmt, an der Ausgestaltung von Strukturen und Prozessen mitzuwirken (ähnlich denen des Europäischen Parlaments in seinen Anfängen). Wir laden die politisch Verantwortlichen ein, dieses bürgerschaftliche Engagement zu begrüßen und bei der Schaffung partizipativer bürgerschaftlicher Strukturen mitwirken;

### **unterbreiten die ‘Bürger von Wittem’ konkret die folgenden Vorschläge: ...**

#### **f. Euregionale Kompetenzen: Bildung und Nachbarsprache**

Ohne euregionale Kompetenzen und ohne die Sprache des Nachbarn ist keine sozialkulturelle Kohäsion möglich. Die Chancen auf dem euregionalen Arbeitsmarkt sind minimal, wenn man die Nachbarsprache nicht beherrscht, ebenso stagnieren die grenzüberschreitenden Dienstleistungen und der Handel, wenn die Sprache des Nachbarn fremd ist. Die Grenze hat einen großen pädagogisch-didaktischen Wert: Praktika jenseits der Grenze und grenzüberschreitendes Studieren vergrößern die Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

- Wir sind der Meinung, dass alle Schulen in der niederländisch-deutschen Grenzregion die Nachbarsprache als Schulfach anbieten müssen.
- Wir sind der Auffassung, dass das strategische Nachbarsprachenprogramm der Provinz Limburg erweitert und die Landesregierung zusätzlich Mittel zur Verfügung stellen soll. Für Eltern und Lehrer sollte eine Kampagne des „Sich Bewusstwerdens“ initiiert werden.
- Wir sind der Auffassung, dass alle weiterführenden Schulen (einschließlich der Berufskollegs, der Fachhochschulen und Universitä-

1 Den kompletten Text finden Interessenten hier: [http://www.dng-aachen.eu/files/wittem\\_resolution\\_dng\\_2017.pdf](http://www.dng-aachen.eu/files/wittem_resolution_dng_2017.pdf)

2 Vgl. dazu z.B. Harles, Lothar; Wirtz, Peter (Hg.): Praxishandbuch Lernen über Grenzen. Politische Bildung als internationale Jugendarbeit. - Schwalbach/Ts. 2003, bes. 85-91

3 Vgl. dazu auch die Beiträge in dieser Zeitschrift: EE 1/2016, 13-18 und EE 2/2015, 4-10 unter: <http://www.ebb-aede.eu/zeitschrift-europaeische-erziehung.html>

ten) einmal im Jahr einen Euregio- bzw. Deutschland-Niederlande Tag (-Mittag) organisieren

**Busch, Matthias; Lis, Tomasz; Teichmüller, Nikolaus: Bildung grenzenlos vernetzen. Transnationale Bildungs- und Partizipationslandschaften in europäischen Grenzregionen. - Schloß Trebnitz 2016; 368 Seiten; ISBN: 978-3-945926-02-4; mehr: [www.schloss-trebnitz.de/publikationen](http://www.schloss-trebnitz.de/publikationen)**

Dieses Produkt einer Erasmus + Strategischen Partnerschaft versammelt eine Vielzahl von originellen und lesenswerten Fachbeiträgen zu den „Theoretischen Grundlagen transnationaler Bildung und Partizipation“ (28-190), der „Transnationalen Bildungsarbeit in der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung“ (191-249) und der „Grenzüberschreitenden Schulentwicklung in transnationalen Bildungslandschaften“ (250-366). Besonders hervorzuheben sind im ersten Teil die Ausführungen von Matthias Busch und Nikolaus Teichmüller zur „Transnationalen Schulentwicklung in europäischen Grenzregionen“ (48-53), weil sie die These von den Grenzregionen als „Selbstläufer“ der europäischen Integration konsequent zurück weisen. Mit ihrem Projekt „Translimes“ haben sie Schulentwicklungsprozesse begleitet und unterstützt, die „das interkulturelle Lernen nicht als Add-on, als Belastung und zusätzlichen Lerninhalt, sondern vielmehr als genuinen Fachinhalt, der im Kern der Disziplin bereits vorhanden ist“ (Seite 53) versteht. Denn dieser Ansatzpunkt ist sicherlich geeignet, auf andere nicht-grenznahe Schulen übertragen zu werden.

Dieselbe Qualität darf sicherlich dem Versuch Camilla Badstübner-Kiziks zugesprochen werden, eine „regionale Kontaktdidaktik“ (110-126) zu entwickeln. Denn die „lerntheoretischen und praktischen Gründe“, die ihrer Meinung nach „für das Aufgreifen von regionalspezifischen Kontakten für Lernprozesse“ sprechen, lassen sich nicht nur auf andere Grenzregionen übertragen, sondern auch auf Schulen mit europäischem bzw. internationalem Profil (Europaschulen, Schulen mit bilingualem Angebot, etc.). Das gilt genauso für die vielen „Inhalte“, „Materialien“ und „Methoden“, die sie ins Gespräch bringt und vorstellt. Kurz und gut: Dieses Buch gehört dringend in die Schulbibliotheken aller interessierten Schulkollegen!

St

sollen und / oder am alljährlichen Tag des Dialogs über die Grenzen hinweg, der von den Gemeinden durchgeführt wird, beteiligt werden.

- Wir sind der Meinung, dass jede Schule in der Grenzregion einen Austausch mit einer Partnerschule beginnen muss. Grenzüberschreitende Praktika und Studieren sollen gefördert werden.

- Wir sind der Meinung, dass dem Abschlusszeugnis aller Absolventen der Fachhochschulen, Universitäten und Berufskollegs eine Beilage beigefügt werden soll, auf der angegeben ist, mit welchem euregionalen Abschluss das nationale Abschlusszeugnis verglichen werden kann.

- Wir sind der Meinung, dass es Bedarf an einem euregionalen Bildungsnetzwerk gibt, mit dem Volkshochschulen und Universitäten Lehrgänge und Lesungen anbieten sollen, die sich mit Fragen der Geschichte, Politik, Kultur, Ökonomie und des Rechts der Niederlande und Deutschlands beschäftigen. Eine Zusammenarbeit mit dem *Duitsland Instituut* (Amsterdam) und dem Haus der Niederlande (Münster) ist anzustreben. Mittelfristig soll ein eigenständiges Institut für grenzüberschreitende Zusammenarbeit entstehen.

- Wir denken, dass die neue Euregio Limburg-Nordrhein-Westfalen Schulen und Gemeinden bezüglich grenzüberschreitender Zusammenarbeit stimulieren und unterstützen muss.

### Wie geht es weiter?

Unsere Ideen gehen von der Gegebenheit der Grenzen aus, aber sie sehen sie nicht als Hindernis, sondern als Möglichkeit der kulturellen und politischen Innovation. Grenzen müssen und dürfen im 21. Jahrhundert nicht mehr trennend sein, vielmehr liegt in ihrer Überschreitung eine große Chance, um die andere Seite kennen und schätzen zu lernen. Dazu braucht es allerdings Voraussetzungen wie Nachbarsprache, historische und politische Kenntnisse und eine gute, grenzüberschreitende Verkehrsinfrastruktur (ÖPNV). Auf unserer Konferenz in Wittem (NL) haben wir alle diese Fragen über 1 ½ Tage intensiv diskutiert. Die hier vorgelegte

Ergebnissammlung ist nicht das Ende unserer Überlegungen, sondern vielmehr ein erster Anstoß.

Wir Grenzländer wollen weiterhin regelmäßig in Arbeitsgruppen tagen und Konferenzen abhalten. Die hier präsentierten Folgerungen und Forderungen in Bezug auf Gegenwart und Zukunft der euregionalen Zusammenarbeit sollen ein Anstoß zum Nachdenken und zum Aktivwerden sein. Denn die Zukunft Europas wird auch und gerade in den Grenzregionen gebaut. In diesem Sinne wird hier die europäische Idee unmittelbar konkret. Wir sollten sie gestalten, um der antieuropäischen Demagogie unsere Grenzerfahrungen und unsere politische Leidenschaft für Europa und das Europa der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit entgegenzusetzen.



## Berichte aus der Arbeit von EBB und AEDE

### ***Klaus-Jürgen Heinermann, Christiane Pecek: Berliner Notizen 10<sup>1</sup>***

#### **25 Jahre Weimarer Dreieck – Kunst und Kultur: Wegbereiter für das Europa von morgen**

Unter der Schirmherrschaft des französischen und des polnischen Botschafters fand am 3.11.16 in der Stiftung Genshagen die zweite Veranstaltung zum Thema „25 Jahre Weimarer Dreieck“ statt. Unter der Moderation von Etienne François (ehem. Universität Paris I) diskutierten Boris Grésillon (Universität Aix-Marseille, z.Z. HU Berlin), Howard Griffith (GMD Brandenburgisches Staatsorchester), Gila Lustiger (freie Autorin, Paris) und Viola Wojnowski (Unternehmerin, Berlin und Breslau).

Trotz mehrfacher Ansätze, dem Thema des Abends durch positive Beispiele Schwung zu

verleihen, gelang es den Diskutanten nicht, eine positive Grundstimmung zu erzeugen. Das begann schon mit der Einstimmung durch den Moderator, der feststellte, dass das Weimarer Dreieck zur Zeit keinen Anlass zur Freude biete, politische Treffen fänden inzwischen kaum noch statt, das nächste geplante Treffen sei wegen der zwischenstaatlichen Spannungen abgesagt worden.

Nachdem Howard Griffith, Gila Lustiger und Viola Wojnowski das völkerverbindende und friedensstiftende Element von Musik und Literatur herausgestellt hatten, wurden deren Aussagen durch den Moderator schnell relativiert, weil Kunst und Literatur nicht ausschließlich för-

<sup>1</sup> In dieser Kolumne berichten die Vertreter des EBB-AEDE Vorstandes regelmäßig von interessanten Seminaren und Veranstaltungen, die in Berlin stattfinden. Im Nachgang zu der Veranstaltung „Europäische Erinnerungskulturen – European Commemoration 2014“ vom 16./17. Dezember 2014 (vgl. Berliner Notizen in: EE 1/2015, S. 20) wurden die Beiträge inzwischen als Buch veröffentlicht: Edgar Wolfrum u.a. (Hg.) (2016): European Commemoration: Locating World War I, Stuttgart: ifa. Die Online-Version dieser Anthologie ist erhältlich unter: <https://media.ifa.de/>

**Wolfgang Schäuble; Michel Sapin: Anders gemeinsam. Ein deutsch-französisches Gespräch. - Hamburg 2016, 252 Seiten, ISBN: 978-3-455-50401-9, 22,00 €**

Das große „Anders“ und das kleine „gemeinsam“ im Titel des Buches spiegelt gut wider, was W. Schäuble und M. Sapin hier zelebrieren: Eine deutsch-französische Freundschaft, die zur leeren Hülle verkommen ist und außer starken Appellen nicht viel zu bieten hat. Natürlich arbeiten die beiden zu Stichwortgebern mutierten Journalisten brav die lange Liste aktueller Themen ab (Eurokrise, Griechenland- und Flüchtlingspolitik, Terrorismus, ...) und sicherlich geben die beiden Finanzminister Erläuterungen ihrer politischen Entscheidungen, die etwas (aber nicht zuviel) über ihre Pressestatements hinaus gehen, aber nach gemeinsam entwickelten Konzepten oder gar Ideen für ein neues deutsch-französisches Projekt sucht man hier vergebens. Höhepunkt dieses „Anders gemeinsam“ war das Gipfeltreffen der Eurogruppe im Juli 2015 (Seite 192ff), bei dem der Konsens nur noch darin bestand, nichts gegen den Anderen entscheiden zu wollen. Da beide Politiker zum Zeitpunkt des Interviews im Amt waren und Ambitionen auf weitere politische Gestaltungsmöglichkeiten hatten, ist es wohl naiv, hier auf eine tiefgehendere Analyse der Unterschiede zu hoffen, da dies ja auch eine gehörige Portion Selbstkritik und die Bereitschaft zur öffentlichen Infragestellung der eigenen Position voraussetzen würde. Deshalb bleibt es am Ende bei der in der Einleitung von Ulrich Wickert geäußerten Hoffnung: „Die deutsch-französische Freundschaft hält auch die größten Meinungsverschiedenheiten aus“ (Seite 20). Ob es dafür wirklich dieses Buch gebraucht hätte?

Stt

dernd seien, sondern, wie die Vergangenheit gezeigt habe, auch mit dem entgegengesetzten Ziel eingesetzt werden können. Kunst und Literatur seien gut, aber nicht ausreichend. Politik und Wirtschaft müssten auch überzeugen. Und Boris Grésillon ergänzte, dass man nicht vergessen dürfe, dass Kultur nicht offiziell von der EU gefördert werden dürfe, weil ihr dazu keine Kompetenzen eingeräumt worden sind (mit Ausnahme der Programme „Kulturhauptstädte Europas“ und „Erasmus“). Etienne François resümierte abschließend, dass die etablierten Parteien und die Regierungen zur Zeit keine Vi-

sion, kein überzeugendes Projekt für die Jugend Europas vorweisen können.

Begleitet wurde die Veranstaltung von der Ausstellung „Weimar hoch drei“ mit einer Auswahl von bissigen Cartoons der Zeichner Klaus Stuttmann, Henryk Sawka und Jean Plantu.

KJH

### **Islam in Europa. Zwischen Zuschreibungen und Selbstbildern**

Im Rahmen einer Veranstaltung zum 45. Geburtstag der Schwarzkopf-Stiftung diskutierte am 3.11.2016 vor einem überwiegend jungen Publikum die Islamwissenschaftlerin Prof. Dr. Riem Spielhaus (Leiterin der Abteilung „Schulbuch und Gesellschaft“ am Georg-Eckert-Institut/Leibniz-Institut für Internationale Schulbuchforschung) mit dem Moderator Vincent Herr von „Herr und Speer.“

Auf die Eingangsfrage des Moderators „Wie gehen wir in Europa mit Identitäten um?“ berichtet Frau Spielhaus über den allmählichen Wandel in der öffentlichen Wahrnehmung des Islam. 1996 habe es noch keine Islamdebatten gegeben. Erst ab dem Jahre 2000 sei aufgefallen, dass in Deutschland Muslime leben, die bis dahin einfach nur als Ausländer, Gastarbeiter oder Türken benannt wurden. Entscheidend für die Wahrnehmung als Problem sei der 11.9.2001 (USA-Attentat) gewesen, auch wenn Begriffe wie Staatsangehörigkeitsgesetz, Migrationshintergrund, .... mit deutschem Pass und Moslem teilweise schon vorher auftauchten. In den Medien, in der Literatur und in den Schulbüchern gebe es hingegen schon lange eine Tradition der Gegenüberstellung von Islam und Europa. Dabei definiere sich Europa üblicherweise als Gegensatz zum Islam. Schon Luther habe in seinen Schriften vor den Türken gewarnt. Aber auch in manchen Liedern und Märchen sei oft ein Subtext zu finden, der nicht gleich auffalle. In Frankreich, wo die Moslems hauptsächlich aus dem Maghreb stammen, habe die Diskussion früher angefangen, besonders 1989 mit der Kopftuch-Debatte. In Großbritannien habe die Rushdie-Affäre (1989) und die Auseinandersetzungen zwischen Hindus und Moslems den



Anstoß gegeben, später die Anschläge in Madrid (2004) und London (2005). In den Niederlanden begannen die Debatten um den Islam in Europa zugleich mit der Ermordung von Theo van Gogh (2004), der durch einen Marokkaner ermordet wurde und in Dänemark mit den Mohammed-Karikaturen (2005).

Aus der Tatsache, dass heutige Schulbücher die Schüler dazu anregen, ihren muslimischen Mitschülern Fragen zu den Themen Islam, Demokratie, Kopftuch etc. zu stellen, konstruiert Riem Spielhaus eine gewollte Ausgrenzung. Man unterstelle damit, dass die Schülerschaft immer noch homogen sei und die muslimischen Schüler eine Ausnahme. Polarisierung führe schnell zu Feindbildern, die es mehr oder weniger offen, schon immer gegeben habe: gegen Ausländer, Griechen, Italiener, (latent) Franzosen, Sinti und Roma etc. Die Fokussierung auf den Islam schweiße die Muslime zusammen. Ohne diese Debatte gäbe es nicht die zunehmende und teilweise zur Schau getragene Religiosität, die oft nur auf der Kenntnis einiger weniger Suren, auf Filmdarstellungen und Propagandaaussagen beruhe.

Europas Umgang mit dem Islam sei nicht ehrlich: man trage die „europäischen Werte“ vor sich her und bezeichne problematische Haltungen wie Homophobie, Antisemitismus und Frauenfeindlichkeit als von durch Muslimen importierte Negative. Auch von Seiten deutscher Lehrer werde muslimischen Jugendlichen oft das Gefühl vermittelt, dass sie „nicht dazugehören“. Die Alternative zum Kalten Krieg sei offenbar ein Kampf der Kulturen (vgl. Samuel Huntington, *Clash of Civilizations*, 1993) geworden, in den nicht nur die islamische Kultur, sondern latent auch schon die chinesische Kultur hineingezogen werde. Auch die Medien seien nicht ganz unschuldig an der Entwicklung. Ein islamkritischer Artikel verkaufe sich halt besser als einer über Moslems, die sich für den Umweltschutz einsetzen oder Kopftuchmädchen, die das Abitur mit der Note 1 bestehen.

Die Aussagen zum akademischen Dialog nach dem 11.9.01 blieben weitgehend diffus. Immerhin gebe es inzwischen die Möglichkeit, in Deutschland islamische Theologie und das

Fach Islamunterricht zu studieren. Wenn man in Deutschland und Europa von einer wachsenden Zahl von Konvertiten spreche, müsse man aber deutlich machen, dass die meisten von ihnen nicht in den Islam konvertieren, sondern in den Extremismus.

Nach Tipps für junge Leute gefragt, rät Riem Spielhaus dazu, immer kritisch zu sein, wenn eine Gruppe von Menschen verächtlich gemacht werde, eigene Vorurteile abzubauen und den Kontakt zu Muslimen zu suchen. Der persönliche Austausch sei sehr viel wichtiger als jede Diskussion über den Islam. CP

### **Der Europäische Rat. Wissensvermittlung und Forschungsförderung zu einer Schlüsselinstitution<sup>2</sup>**

Unter diesem Titel fand am 16./17.1.17 in der Europäischen Akademie Berlin die Disseminations-Tagung zum Erasmus-Plus-Projekt SUMMIT<sup>3</sup> statt. Federführend dabei war das Centre for Turkey and European Union Studies (CETEUS) an der Universität Köln/Jean-Monnet-Lehrstuhl Prof. Dr. Wessels. Einziger eingeladener (projektfremder) Teilnehmer aus dem Bereich der schulischen Wissensvermittlung war der EBB-AEDE. Fünf der angebotenen Workshops widmeten sich schwerpunktmäßig der Forschung. Nur der Workshop 2 stellte fünf Beispiele zur universitären Wissensvermittlung vor. Die Notwendigkeit universitärer Wissensvermittlung mag zunächst erstaunen, wird aber verständlich vor dem Hintergrund von Aussagen mehrerer Dozenten, dass die Kenntnisse über die europäischen Institutionen auch bei Studenten der Europa-Studien am Ende des BA-Studiums noch erschreckend gering seien.

<sup>2</sup> Im englischsprachigen Original: The European Council. Spreading knowledge and fostering research on a key institution

<sup>3</sup> <http://www.ceteus.uni-koeln.de/de/projekte/summit/>

## ES IST DEIN EUROPA

60 Jahre Römische Verträge



„Vereinigte Staaten von Europa“ oder „Heiliges Römisches Reich europäischer Nationen“? Europa steht vor der Entscheidung. Deshalb steht die grenzüberschreitende Bildung und Wissenschaft vor neuen Aufgaben, die wir mit unseren Partnern in Deutschland und Europa engagiert angehen werden!“

Alfons Scholten, Vorsitzender



Eine gemeinsame Kampagne der gesellschaftlichen Organisationen unter dem Dach der EBD. www.bpb.de/ebb-aede



Die vorgestellten Forschungsergebnisse und Diskussionen folgten mehrheitlich der Sichtweise, dass der Europäische Rat als Institution der Europäischen Union positiv zu bewerten sei. Diese Bewertung sei jedenfalls seit dem Lissabon-Vertrag angebracht, weil dieser klare Strukturen und Aufgaben festgelegt habe.

So bestehe der Europäische Rat (mit nunmehr festem Sitz in Brüssel) nur noch aus den Regierungschefs (und ganz wenigen Beamten). Er treffe Entscheidungen, die vor dem EuGH bestehen müssen. Die ursprünglich vorgesehenen 4 Sitzungen pro Jahr seien aufgrund des Entscheidungsdrucks in Krisenzeiten auf bis zu 30 gestiegen, so dass man inzwischen den Europäischen Rat schon als „solid rock“, „bridge over the water“, „crisis manager“ oder gar „Übervater“ sehen könne. Die Kritik, in der Flüchtlingskrise habe die EU versagt, sei leicht geäußert. Man müsse sich aber klar machen, dass ohne EU vieles schlimmer gelaufen wäre. Die Pflichtquote sei zwar ein Fehler gewesen, aber freiwillige Solidarität sei absolut notwendig. Während sich die USA zu sehr im Selbst- Applaus übten, betriebe die EU zu viel Selbst- Flagellation. Der deutsch-französische Motor sei trotz einiger Pannen auch in Zukunft sehr wichtig, weil er die Akzeptanz von Entscheidungen für die kleineren Länder erleichtere. Wenn sich der z.Zt. erkennbare Trend hin zu nur einer (deutschen) Führungsmacht verstärke, werde

es Schwierigkeiten geben. Der immer wieder geäußerte Wunsch nach Transparenz sei zwar verständlich. Man müsse aber bei Verhandlungen auch die Möglichkeit einräumen, nicht alle Gespräche zu veröffentlichen, weil kein Teilnehmer das Gesicht verlieren dürfe. Im Übrigen sei es besser, konkrete (kleine) realisierbare Projekte mit Erfolg durchzuführen als (z.Zt. absolut unrealisierbare) föderale Idealvorstellungen zu fordern. Die Beispiele für die Wissensvermittlung sind weitgehend aus der schulischen Arbeit bekannt:

- Peer-to-peer-Education, z.B. durch die Young European Professionals: <http://www.bpb.de/veranstaltungen/netzwerke/yep/>
- Internet-Informationen, z.B. von NECE = networking european citizenship education [www.nece.eu](http://www.nece.eu)
- Euro/topics = europäische Presseschau der bpb: [www.eurotopics.net](http://www.eurotopics.net)
- Textquellen, Interviews, Cartoons (z.B. Centre Virtuel de la Connaissance de l'Europe: [www.cvce.eu](http://www.cvce.eu))
- viel Material zum Europäischen Rat und Quiz in englischer, deutscher und französischer Sprache mit Links zu weiterführenden Informationen von CETEUS unter: [www.summit.uni-koeln.de/de/home/](http://www.summit.uni-koeln.de/de/home/) oder Kontakt [marieke.eckhardt@uni-koeln.de](mailto:marieke.eckhardt@uni-koeln.de)

### weitere Literaturhinweise zum Thema:

Eckart D. Stratenschulte (2016): Europa. Fakten und Zusammenhänge, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 212 S.

Suzana E. Anghel u.a. (2016): The European Council and crisis management. In-depth analysis, Brüssel: European Parliamentary Research Service, 32 S.

Die Europäische Union, Falter Zeitgeschichte Nr. 2, 4. Aufl. Februar 2016, Bonn, Download: [www.bpb.de/falter](http://www.bpb.de/falter)

The European Council: a key driver in the area of freedom, security and justice, October 2016 [http://www.summit.uni-koeln.de/sites/summit/user\\_upload/SUMMIT\\_Dossier\\_EUCO\\_and\\_the\\_AFSJ.pdf](http://www.summit.uni-koeln.de/sites/summit/user_upload/SUMMIT_Dossier_EUCO_and_the_AFSJ.pdf)

## **Ensemble, ré-enchantons l'Europe ! Lasst uns gemeinsam wieder von Europa verzaubern!**

*Im Februar 2017 hat die AEDE Frankreich in Straßburg eine Konferenz zur 'Wiederbelebung' Europas durchgeführt. Mehr als 40 Engagierte aus ganz Frankreich - von Brest bis Nizza, vom Baskenland bis Nordfrankreich – sowie der AEDE-Sektionen in Spanien, der Schweiz und Deutschland haben sich über aktuelle Entwicklungen und Bildungskonzepte informiert und diskutiert. Auf dieser Basis ist eine „Erklärung“ entstanden, die wir gekürzt in deutscher Übersetzung veröffentlichen. Den kompletten Text im französischen Original finden Interessenten hier: <http://www.aede-france.org/European-Convention-FR.html>*

Selbst der größte Optimist unter uns kann nicht leugnen, dass der Begriff Europäische Union heute mit Krise verbunden wird. Was ist aus der originären europäischen Idee geworden, welche positive Vision von der Union kann man noch haben in einer Umgebung, die von allen möglichen Protesten strotzt, besonders wenn die nationale Umgebung so leicht die eigene Verantwortung auf den Schultern Europas ablädt. Die Europäische Union leidet in der Tat an einigen Unzulänglichkeiten; sie ist zu technokratisch, an ihrem Busen entwickeln sich nationalistische Bewegungen, ihre Handlungen entsprechen nicht immer ihren Werten, ihre Rolle in der Welt nimmt ab, ihre Stimme zählt immer weniger im Konzert der Nationen, es fehlt ihr an Ehrgeiz und bei 28 Ländern „hindern sie ihre riesigen Flügel vielleicht am Gehen“, wie es einmal ein Dichter ausgedrückt hat. Indessen dürfen die sozialen Fortschritte und die wissenschaftlichen, technologischen und wirtschaftlichen Erfolge nicht mit einem Federstrich hinweggefegt werden. Hat Europa nicht einfach vergessen, dass es vor allem eine Verantwortung vor der Geschichte hat? Die Demokratie, der Rechtsstaat und die Marktwirtschaft - Werte und Systeme, die die meist entwickelten Länder der Welt heute teilen - wurden hier geboren. Hat es nicht die Pflicht, neue Wege zu beschreiten und für sich und die Welt ein glänzenderes Schicksal zu eröffnen als das, was sich ankündigt? Was also soll man tun?

Mehrere AEDE-Sektionen haben sich am 4. Februar 2017 in Straßburg getroffen, um über



dieses tolle und unumgängliche Ziel der Neu-Verzauberung und der Erneuerung der Europäischen Union nachzudenken. Es zeigte sich, dass drei Aktionen unverzichtbar sind:

- Zunächst braucht die Union ein solides Steuerrad, um Europa und die Welt in eine bessere Zukunft zu führen.
- Dann braucht man eine Serie von starken symbolischen Maßnahmen, damit den europäischen Bürgern voll bewusst wird, dass sie das Glück haben, in Europa zu leben und dass sie verantwortlich dafür sind, dass alles unternommen wird, dass die Union, unser gemeinsames Gut, gedeiht.
- Schließlich braucht man besonders wirkungsvolle Politiker, um den europäischen Zusammenhalt zu verstärken, um eine geeinte europäische Gesellschaft zu schaffen und um eine europäische Wirtschaft zu entwickeln, die weiterhin die erste Wirtschaftsmacht der Welt bleibt. ...

Insbesondere im Hinblick auf Bildung und Erziehung müssen Maßnahmen ergriffen werden. Dazu gehört die Einsetzung einer europäischen Bildungspolitik, die darauf abzielt, durch die folgenden Maßnahmen den Geist und das Bewusstsein der europäischen Bürgerschaft zu entwickeln:



© Studio Tallon, 17440 Aytré

- Die Einrichtung eines „Werdegangs des europäischen Bürgers“, der in den Europass eingetragen wird. Validiert während der gesamten Pflichtschulzeit und fortgeführt in der Hochschulausbildung reflektiert dieser Werdegang sowohl die während der Schulzeit vermittelte europäische Dimension als auch die effektive Implikation des Schülers, die in Form einer Mobilitätsmaßnahme, eines Austausches im Rahmen einer Schulpartnerschaft oder durch die Teilnahme an einem von europäischen Partnern durchgeführten Projekt realisiert werden kann.
- Das Integrieren eines an der Hochschule eines anderen Mitgliedslandes belegten Studienmoduls in jede Art der initialen Lehrerausbildung. Gegründet auf die Partnerschaft von verschiedenen Ausbildungszentren konfrontiert dieses Modul den zukünftigen Lehrer mit einem andersartigen Erziehungsmodell und es ermög-

licht ihm, seine beruflichen Fähigkeiten zu erweitern und gleichzeitig die Praxis der europäischen Dimension zu verstärken.

- Den Einschluss einer gemeinsamen europäischen Kultur in alle Disziplinen in allen Ländern der Union. Denn ohne diese Kultur gibt es in der Tat kein Zugehörigkeitsgefühl zu einer Gemeinschaft. Die europäische Bürgerschaft bedeutet das Anerkennen eines akzeptierten geistigen Vermächnisses, eines gemeinsamen Kulturerbes und einer gemeinsam zu bauenden Zukunft. Das Vorhandensein der europäischen Dimension ist somit nun vorrangig.
- Die generelle Einführung bilingualen Unterrichts sowie die Vermittlung der Kulturen für alle Schüler der Europäischen Union, besonders in den Grenzregionen.
- Das Erlernen von interaktiver Arbeit und kooperativer Forschung, damit die jungen Europäer Initiative, Kreativität und Innovation entwickeln.

Wenn die EU nach diesen Maximen handelt, wird sie ihre Farbe wiedergewinnen, werden die Bürger aller Mitgliedsländer stolz sein dazu zu gehören, werden sie sie noch mehr stärken, wird Europa - der eigenen Werte sicher - für sich selbst und für die Welt den Weg in eine bessere und sicherere Zukunft öffnen.

Übersetzung: Klaus-Jürgen Heinermann

## ***Es geht um unsere Freiheit - Die ungarische Politik gegen die Central European University widerspricht europäischen Prinzipien***

*In einem gemeinsamen Statement haben Anfang April gesellschaftliche Organisationen und Persönlichkeiten, viele davon unter dem Dach der EBD, wie z.B. der EBB-AEDE, die Europäischen Institutionen, Bundesregierung und Bundestag dazu aufgerufen, den Fortbestand der Central European University in Budapest zu sichern.<sup>1</sup>*

Die ungarischen Regierungsparteien Fidesz und KDNP haben in dieser Woche im Eilverfahren Änderungen am nationalen Hochschulgesetz vorgenommen, die vor allem einem Zweck dienen: Die seit 1991 in Budapest ansässige Central European University (CEU) soll geschlossen oder zumindest aus dem Land vertrieben werden.

Die CEU ist eine Universität von international

herausragender Reputation. Wie kaum eine andere in den neuen Mitgliedstaaten der EU steht sie für internationalen Austausch und akademische Exzellenz. Dabei verstand sie ihre Arbeit von Anbeginn als Unterstützung für die Entwicklung offener und demokratischer Gesellschaften. Offenbar ist sie gerade deshalb der amtierenden ungarischen Regierung ein Dorn im Auge, die nach den Worten des Ministerpräsidenten

<sup>1</sup> Vgl. <http://www.ebb-aede.eu/news-list.html>



ten Victor Orban eine „illiberale Demokratie“ anstrebt.

Eine Universität zu bekämpfen, weil diese ihre Studierenden zu kritischen und verantwortlichen Entscheidungsträgern fortbildet und in ihren Publikationen die gegenwärtige ungarische Politik kritisch hinterfragt, ist einer Demokratie unwürdig und mit den Prinzipien der Europäischen Union unvereinbar.

Als Europäerinnen und Europäer sehen wir in der Politik der ungarischen Regierung einen Angriff auf unsere Grundwerte und Überzeugungen. Die Freiheit der Wissenschaft ist explizit in Artikel 13 der – auch von Ungarn ratifizierten – Europäischen Grundrechtecharta garantiert. Grundrechte, die nicht nur auf dem Papier stehen, sondern aktiv verteidigt werden, sind unverzichtbar für eine funktionierende Demokratie und für den europäischen Einigungsprozess.

Wir erwarten von den Mehrheitsparteien im ungarischen Parlament und der ungarischen Regierung, ihre Überzeugungen mit Argumenten zu vertreten anstatt ihre vermeintlichen Kritiker durch den Missbrauch von Staatsmacht zum Schweigen zu bringen.



**Europäische  
Bewegung  
Deutschland**

Wir fordern von den Europäischen Institutionen, von allen im Bundestag vertretenen Parteien sowie von der Bundesregierung, offen und deutlich für unsere demokratischen Werte und Errungenschaften einzustehen. Auf allen Ebenen muss das Mögliche getan werden, um den Fortbestand der Central European University in Budapest zu sichern. Jede Bemühung in diese Richtung leistet auch einen Beitrag gegen das weitere Abgleiten Ungarns in Richtung eines nationalistisch-autoritären Systems und dient damit einer Stärkung der Demokratie in Europa. Ebenfalls appellieren wir an die Medien, ihrem Auftrag zur kritischen Berichterstattung nachzukommen und nicht leichtfertig der offiziellen ungarischen Darstellung zu folgen. Wer eine renommierte, von den USA aus gegründete Universität zum Schweigen bringt, verteidigt damit weder Europa noch die Demokratie, sondern tut genau das Gegenteil.



*Association Européenne Des Enseignants*

### **Erklärung des Europäischen Komitees der AEDE**

*Das Europäische Komitee der AEDE beschließt auf seiner Sitzung am 24. März 2017, dem Vorabend des Gipfeltreffens zur Feier des 60 jährigen Jubiläums der Römischen Verträge, folgende Überlegungen und Verpflichtungen. Fremdsprachige Versionen finden sich auf: [www.aede.eu](http://www.aede.eu)*

#### **Da**

es bisher nicht gelungen ist, ein politisch verbundenes und demokratisch legitimes Europa zu schaffen, ist Europa nicht nur nicht in der Lage eine Neuordnung des Internationalen Systems voranzubringen, sondern es hat auch ein Vakuum geschaffen, dass die Gebiete an seinen Grenzen höchst instabil und unsicher macht.

#### **Da auch**

die ökonomische Krise nicht vorüber ist, wird Europa schwer dafür bestraft, dass es noch keine Europäische Bundesregierung hat, die in der Lage wäre, eine angemessene Politik umzusetzen.

#### **Währenddessen**

haben die jüngsten Ereignisse im Zusammenhang mit der aktuellen Einwanderungssituation sowie der Krieg in Libyen und das Phänomen

des Terrorismus einmal mehr die Uneinigkeit zwischen den Mitgliedsstaaten der EU und sogar zwischen ihren Gründerstaaten deutlich werden lassen, was kürzlich auf dem Gipfel in Bratislava deutlich zum Ausdruck kam.

**Wir stellen mit Besorgnis fest**

eine Zunahme des Misstrauens unter den Bürgern gegenüber der Europäischen Union.

**Angemerkt sei**

dass die US Administration mit der Absichtskündigung, amerikanische Interessen zu verfolgen, klare isolationistische Tendenzen formuliert hat und dies auch zu Lasten eines Konzeptes für eine weltweite Zusammenarbeit.

**Wir sind überzeugt**

dass sich die Instabilität der internationalen Beziehungen verstärken wird mit dem erheblichen Risiko auch für eine innereuropäische Zerrüttung, was eine Zersplitterung in Einflusszonen Russlands oder anderer Mächte vergrößern würde.

**Wir folgern deshalb**

dass die beschriebenen globalen Veränderungen voller Unsicherheiten und Instabilität für die Europäer zu dem dringenden und entscheidenden Schritt führen müssen, ihre politische, soziale, ökonomische und militärische Einheit zu vollenden.

**Wir fordern**

unverzügliche und konkrete Aktionen, die es Europa ermöglichen, das Vertrauen der Europäischen Bürger wieder zu gewinnen.

**Wir halten die Forderung aufrecht**

dass die europäischen Verträge dringend so überarbeitet werden müssen, dass alle Mitgliedsstaaten, die ohne Verzögerung ein demokratisches und föderales Europa möchten, die Instrumente erhalten, die sie brauchen, um die gegenwärtige systemische Krise zu meistern.

**Wir ermuntern**

die Regierungen der Eurozone sich nicht nur auf die Gründerväter zu berufen, sondern auch eine klare Roadmap für eine politische Union und eine Reform der Verträge in Gang zu setzen. Eine stärkere Integration muss unverzüglich in den derzeitigen Verträgen vereinbart werden.

**und hoffen**

dass sich alle Mandatsträger am 25. März 2017 nicht auf das Feiern der Vergangenheit beschränken sondern die Gelegenheit ergreifen, den Prozess der europäischen Einigung wieder anzuschieben, wie er in den Entschließungsanträgen von Bresso/Brok und Verhofstadt im Europäischen Parlament zum Ausdruck gebracht worden ist.

**Wir hoffen auch**

auf das Engagement der EU-Regierungen für eine neue Phase gemeinsamer europäischer Politik mit dem Ziel, den europäischen Einigungsprozess neu zu starten, was eine ständige und geregelte Zusammenarbeit im Verteidigungssektor einschließt, um auf die zunehmenden Sicherheitsprobleme eine erste Teilantwort zu geben zu können.

**Auf dieser Basis bekräftigt die AEDE/EAT**

als eigene Leitlinie ihr Engagement für eine Aus- und Weiterbildung, die darauf abzielt, freie Bürger im demokratischen Rahmen einer föderalen Europäischen Union zu fördern.

**Wir verpflichten uns**

den jungen Menschen eine Stimme zu geben, die sich nicht mehr durch die gegenwärtige Politik vertreten fühlen, welche unfähig ist, wirksame Antworten auf die Arbeitslosigkeit, auf das Problem der sozialen Integration und die Frage der Sicherheit der Bürger anzubieten.

Wir verpflichten uns dazu, die gute Zusammenarbeit mit den Institutionen fortzusetzen und gleichzeitig ihre Nachrichten unter den Bürgern zu verbreiten, die Kampagne für eine Europäische Föderation neu zu definieren und aktiv an Initiativen teilzunehmen, die in diese Richtung gehen. Wir verpflichten uns, unseren entschlossenen Einsatz für Europäische Bürgerschaft und Werte mit nationalen und europäischen Zivilgesellschaften in allen Bereichen der Aus- und Weiterbildung fortzusetzen.

**Wir bekräftigen nachdrücklich,**

dass nur eine föderale und solidarisch aufgestellte Europäische Union in der Lage sein wird, eine ernsthafte Rolle für ein friedliches Gleichgewicht in der Welt zu spielen und so die Bedingungen für das materielle und kulturelle Leben der Menschheit verbessern kann.

Übersetzung: KE und KJH

## Rezensionen, Literatur und Hinweise

### **Marie-Laure Croguennec-Alix: "Christmas Tree Decoration Exchange" - Weihnachtsbäume, Bürger und Europäer**

Europäische Bürgerschaft, Zugehörigkeitsgefühl, Teilen einer gemeinsamen Kultur, ..... so viele Elemente, die wir Lehrer mit Blick auf die Konstruktion eines europäischen Bewusstseins zu entwickeln versuchen. Hier ist der Bericht über eine ganz einfache Aktion, die ich nun bereits seit zwei Jahren mit den 10- bis 11jährigen Schülern meiner Klasse CM2 (die letzte Klasse vor Beginn der Oberschule) erleben durfte.

Diese vom Europe-Direct-Zentrum Wrexham in Wales initiierte und vom Europa-Haus in Brest (CIED) aufgenommene Aktion besteht darin, Weihnachtsschmuck herzustellen und diesen an Schulen in Europa zu senden, die das Gleiche tun.

#### **1 Netzwerk, 12 Gruppen, 360 Schulen**

In einem Netzwerk von 12 Gruppen zu jeweils 30 Schulen aus ganz Europa konnten die teilnehmenden Klassen mehrere Wochen lang die drei Phasen des Projekts europäisch erleben: Herstellung und Versand des Schmucks, Erhalt der Briefe und Päckchen, Aufstellung des Weihnachtsbaums mit den erhaltenen Objekten und Geschenken.

Außerdem konnten wir etwa 30 europäische Partner per aktuelle Kommunikationsmittel kontaktieren. Extra zu diesem Anlass wurde von freiwilligen Helfern ein Facebook-Account (geschlossene Gruppe) geschaffen, der es erlaubte, nach und nach die Herstellung der Objekte und die Ankunft bei den Empfängern zu verfolgen.

#### **Vielfältige pädagogische Interessen**

Engagement, Entdeckung und Gemeinsamkeit haben den Ablauf dieser weihnachtlichen Vor-

bereitungszeit bestimmt, während gleichzeitig das Wissen und Können der Schüler in den Bereichen Kunst, Erdkunde, Ausdruck, Lesen ... und Englisch (zum Verstehen der Begleitpost) entwickelt wurden: ein Arbeitseinsatz in der Realität, die dem Lernen einen Sinn gibt: «wirklich» lernen! Abgesehen von der Herstellung des Weihnachtsschmucks waren die Klassen aufgefordert, mit einem Dokumentationsmittel ihrer Wahl (Hefte, Zeichnungen, Texte, Videos) über die Weihnachtstraditionen zu berichten. So erfuhr man, dass in Griechenland die Schiffe geschmückt werden und dass man in Spanien die Nacht vom 5. zum 6. Januar abwarten muss. Erst dann bringen die Heiligen 3 Könige die Geschenke.





### **Austausch, Annäherung, Freundschaft**



Auf diese Weise werden Klassen aus ganz Europa (dieses Jahr in unserer Gruppe: Deutschland, Österreich, Belgien, Bulgarien, Kroatien, Schottland, Griechenland, Kanarische Inseln, Italien, Litauen, Spanisches Baskenland, Polen, Tschechische Republik, Rumänien) zu Partnern, zu Ebenbürtigen, zu ganz nahen Nachbarn. Eine schöne Art, die eigene Kultur zu teilen und zu entdecken, was ähnelt und vereint, über die nationalen Traditionen hinaus.

Die Schüler waren nicht wenig stolz auf ihre Kreationen und das Entdecken-Lassen ihres zu diesem Anlass geschaffenen einzigartigen Tannenbaums. Aufgestellt haben wir ihn nicht im Klassenraum, sondern in der Eingangshalle der Schule, wo ihn jedermann (Eltern oder Besucher) entdecken konnte.

Und wenn auch der Aufbau Europas daran vorbeiführte?

**Marie-Laure Croguennec-Alix** ist Lehrerin der Klasse CM2, an der École Notre Dame du Sacré Cœur - 29490 Guipavas – France

Übersetzung: KJH

### **Evers, Henrike: Bildung durch interkulturelle Begegnung. Eine empirische Studie zum Kontakt von Austauschstudierenden mit deutschen Familien. - Wiesbaden 2016, 349 Seiten, 49,99 €, ISBN: 978-3-658-13715-1**

Die Autorin ist Beauftragte für Internationales/ Erasmus Beauftragte an der Universität Bremen und hat diese Studie 2015 als Dissertation an der Universität der Bundeswehr München erfolgreich eingereicht.

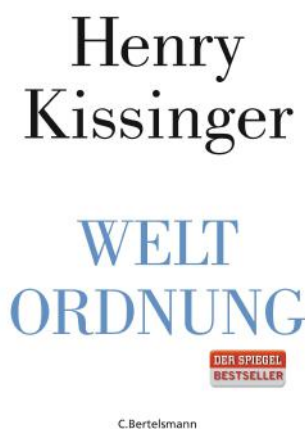
Im Anschluss an drei umfangreiche Kapitel zu den grundlegenden Begriffen „Kultur“ (29-72), „Interkulturelle Kompetenz“ (73-119) und „Bildung“ (121-152) die den jeweiligen Stand der Forschung und die aktuellen Diskussionen gut zusammen fassen, stellt sie „Methodologie und Methodik“ (153-189) ihrer Arbeit vor. Im Hauptteil stellt sie die Ergebnisse ihrer empirischen Untersuchungen in zwei Schritten vor. Aus der Gruppe der im Studienjahr 2005/2006 an einer deutschen Hochschule studierenden Austauschstudierenden wurden mit Hilfe einer Fragebogenerhebung drei möglichst stark kon-

trastierende Fälle ausgewählt, die dann per Interview hinsichtlich der transformatrischen Bildungsprozesse, die der Auslandsaufenthalt auslöst, detaillierter untersucht wurden. Dabei konnten „umfassende (Bildungs- und Lern)Prozesse sowohl im kulturellen als auch im nicht-kulturellen Bereich“ (Seite 323) festgestellt werden. Als relevante Einflussfaktoren werden herausgearbeitet: implizite und explizite Zielsetzungen, Offenheit und Reflexionsniveau der Studierenden sowie eingegangene Beziehungen im Rahmen eines Patenprogramms und darüber hinaus. Das Ergebnis, dass der „transformatorische Bildungsbegriff die in der interkulturellen Begegnung ablaufenden Prozesse ... angemessen abbildet“ (Seite 324) dürfte eine solide Basis für die weitere Arbeit in Schule und Hochschule abgeben. St



## Vom 'Westfälischem System' zur Souveränitätsfiktion

'Souveränität' ist zu einem Leitmotiv der politischen Debatte geworden und der Erhalt bzw. die Suche nach (mehr) Souveränität verbindet so unterschiedliche Politiker und politische Bewegungen wie Trump, Le Pen, Orbán, ... und den Brexit, aber auch den griechischen Widerstand gegen die Sparvorgaben der Troika. Henry Kissinger<sup>1</sup> und Joseph Vogl<sup>2</sup> haben dazu Bücher vorgelegt, die den Begriff in den geschichtlichen und kulturellen Kontext stellen und in der politischen Philosophie verorten.



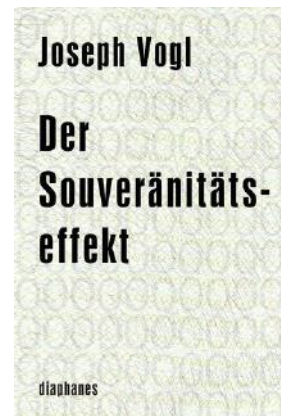
was er „Westfälisches System“ nennt und betont: „Die Genialität des Systems beruhte darauf, dass seine Bestimmungen auf Verfahrensweisen und nicht auf inhaltliche Fragen gerichtet waren“ (Seite 39).

Danach stellt er detailreich und umfassend dar, was in anderen kulturellen und politischen Räumen (Naher Osten, Iran, China, USA) mit dem Stichwort 'Weltordnung' verbunden wird, welche Bedrohungen der Ordnung es dort gibt. Hier bringt der Autor seine reichhaltige theoretische und praktische Auseinandersetzung mit dem Thema zur Geltung.

Und auch wenn ein Kapitel mit „Technik, Gleichgewicht und menschliches Bewusstsein“ (Seite 377-409) überschrieben ist und er sich abschließend mit der „Weltordnung in unserer Zeit“ (411-425) beschäftigt, bleibt er gedanklich doch Gefangener eines Staatensystems, dem (fast) jeder Sinn für supranationale Mächte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft abgeht. Sorgen wir also dafür, dass dieses Stan-

dardwerk möglichst bald in der Schulbibliothek von der Abteilung „Politik“ zur „Geschichte“ verschoben werden kann.

Das Buch von Joseph Vogl zeigt, dass die Dynamik des Finanzkapitalismus schon immer von wechselseitigen Abhängigkeiten von Staaten und Märkten geprägt war. Vom frühneuzeitlichen Fiskus über die Entstehung von Zentralbanken bis hin zur Herrschaft von Expertenkomitees und Troikas zeichnen sich



immer wieder Souveränitätsreservate eigener, d.h. nichtstaatlicher Ordnung ab, die die Geschehnisse unserer Gesellschaften bestimmen. Die aktuelle Dominanz der „Märkte“, die das Überlegen und Handeln von Politikern wie Schäuble und Merkel 'alternativlos' bestimmen, ist für Vogl also nur die jüngste Spielart der Ökonomisierung des Regierens. Quintessenz seiner Überlegungen ist die These: „Souverän ist, wer eigene Risiken in Gefahren für andere verwandeln vermag und sich als Gläubiger letzter Instanz platziert.“

Dieses Buch zeigt eindringlich auf, dass wir (mindestens) ins Spätmittelalter und zu den Anfangszeiten des 'Westfälischen Systems' zurück gehen müssten, wenn wir wirklich – wie es uns die Populisten versprechen – zu einer vollen staatlichen 'Souveränität' zurück wollten. Aber wer weiß das schon bzw. will das wissen?

Sit

1 Henry Kissinger: Weltordnung. - München 2014, 478 Seiten, 24,99 €, ISBN: 978-3-570-10249-7, C. Bertelsmann

2 Joseph Vogl: Der Souveränitätseffekt, - Zürich, Berlin 2015, 319 Seiten, 24,95 €, ISBN: 978-3-03734-250-3

## Vorschläge zur kulturellen Zukunft Europas und für eine europäische Öffentlichkeit



Sabine Riedel, Mitarbeiterin der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin sowie Professorin für Politik in Magdeburg stellt in dieser Studie<sup>1</sup> sehr umfassend dar, dass und wie mit der Wiedervereinigung des Kontinents ein vordemokratisches Nationsmodell neuen Aufschwung

bekommen hat, das Bürgerrechte (nur) nach kultureller Zugehörigkeit gewährt. Dieses Modell hat eine lange Vorgeschichte in Zeiten des Ost-West-Konfliktes, als es der Bundesregierung dazu gedient hat, sich als Schutzherrin der 'deutschen' Minderheiten in Mittel- und Osteuropa zu präsentieren. Gleichzeitig hat dies allerdings dazu geführt, dass den hier lebenden Zuwanderern (fast) alle politischen Beteiligungsrechte verwehrt wurden. Und bis auf den heutigen Tag werden mit der 'kulturellen' Argumentation viele Massnahmen einer aktiven Integrationspolitik verhindert.

Auch wenn Riedel diese Vorgeschichte nicht eigens erwähnt, sind ihre Ausführungen zu „Europa zwischen Kulturkämpfen und Kulturaustausch“ (5-92) ebenso spannend und erhellend wie die Thesen im Kapitel „Europas Demokratien im kulturellen Wandel“ (93-174), die sich viel zu oft unter dem Stichwort vom 'Demos zum Ethnos' zusammen fassen lassen

Darin sind ihre „Alternativen zu heutigen imperialen Europamodellen“ (161-174) mit der These, dass die Europa-Idee nur durch eine Stärkung der Rechtsstaatlichkeit erreicht werden kann, provokativ. Und insbesondere mit ihren Ausführungen zur „Mehrsprachigkeit im Dienste demokratisch verfasster Gesellschaften“

stellt sie sich quer zu üblichen Argumentationsmustern: „sollte die Sprachpolitik (der EU) demokratisch legitimiert werden und nicht der Lobbyarbeit von Verbänden überlassen bleiben“ (173).

Abschließend stellt sie noch die „Kulturelle(n) Dimensionen europäischer Außenpolitiken“ (175-264) im Hinblick auf den Arabischen Frühling, die Türkei, Russland und China-USA) vor.

Angesichts der Themen und Thesen eine lohnende, aber keine leichte Lektüre, die durch ein äußerst nachlässiges Lektorat, das u.a. eine Vielzahl von teilweise sinnentstellenden Rechtschreibfehlern unkorrigiert gelassen hat, leider weiter erschwert wird.

In die Diskussion um die Entwicklung einer europäischen Öffentlichkeit kommt Bewegung, was auch aus der Sicht der europäischen Bildungsarbeit nur zu begrüßen ist. So fordern Jakob von Weizsäcker und André Wilkens z.B. auf Spiegel-online einen „Europafunk“ zur Rettung der Demokratie<sup>2</sup>. Julia Cagé konzentriert sich in ihrem Buch<sup>3</sup> angesichts der Ökonomisierung der Medien auf die strukturelle Absicherung des Qualitätsjournalismus und entwickelt dazu das Modell einer „Mediengesellschaft“, d.h. eine Rechtsform zwischen Genossenschaft und Stiftung. Dies ist natürlich eine ziemlich utopische Idee, aber sicherlich eine interessante Basis für weitere Diskussionen und Ideenwerkstätten zur europäischen Öffentlichkeit.

Sit

<sup>2</sup> Jakob von Weizsäcker; André Wilkens: Hier spricht Europa,

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/europafunk-gegen-die-propaganda-flut-essay-a-1123991.html> und eine Stellungnahme dazu: Carl Henrik Fredriksson und Roman Léandre Schmidt: Raus aus den Echokammern: Ein Funk für Europa? In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 2017, H.4, Seiten 33-36

<sup>3</sup> Julia Cagé: Rettet die Medien. Wie wir die vierte Gewalt gegen den Kapitalismus verteidigen. - C.H.Beck, München 2016, 134 Seiten, 12,95 €, ISBN: 978-3-406-68938-3

<sup>1</sup> Sabine Riedel: Die kulturelle Zukunft Europas. Demokratien in Zeiten globaler Umbrüche. - Wiesbaden 2015, Springer VS Verlag, 292 Seiten, 39,99 €, ISBN: 978-3-658-06277-4

**„Die Welt (neu) denken“**  
**Einladung zur internationalen Konferenz anlässlich des 60. Jahrestages der**  
**Unterzeichnung der Römischen Verträge.**  
**Zum Verhältnis von Grenzen und Erinnerungen in der europäischen Lehrerbildung**  
**5. bis 7. Juli 2017 an der PH Freiburg i. Breisgau**

Im Mittelpunkt der Tagung stehen „Grenzen“. Insbesondere die Grenz-Konstrukte, die wir in unseren Köpfen haben und die beeinflussen, wie wir in der Welt um uns herum denken und handeln. Wir betrachten dabei eine breite Auswahl an Themen, die mit Grenzen, Erinnerungen und sozialer Vielfalt verbunden sind. Dadurch schaffen wir Gelegenheit für den Dialog darüber, welchen Stellenwert diese Aspekte in der Lehrerbildung haben sollen.

**„Welchen Beitrag kann die europäische Lehrerbildung leisten um eine kritische Reflexion über die alltägliche Realität von Grenz-Konstrukten zu fördern?“**

Die Vorträge und Workshops behandeln eine große Bandbreite an Themen, die in Verbindung stehen zu „Border Education“ und Bildung in Bezug einer europäischen Bürgerschaft. Die Schwerpunkte sind: Konzeption und Verständnis von Grenzen, Verbindungen zwischen Grenzen und Erinnerungen, Lebensgeschichten von Grenzgängern einschließlich Flüchtlingen und Migranten), interkulturelle Kommunikation durch Sprache, Literatur und Film.

Die Vortrags- und Diskussionssprachen der Konferenz sind die offiziellen Arbeitssprachen der Europäischen Union: Englisch, Französisch und Deutsch. Eine Übersetzung wird nicht angeboten.  
 Anmeldung: <https://goo.gl/7JK7Yp>

## Über uns:

Der EBB-AEDE e.V. ist ein Verband von Männern und Frauen, die als Pädagogen, Lehrer oder Erzieher im formalen oder non-formalen Bildungsbereich tätig sind und die sich als Europakoordinatoren ihrer Einrichtung oder als Verantwortliche von Schulpartnerschaften engagieren und die Möglichkeit zur Fortbildung und zum kollegialen Austausch wahrnehmen wollen. Darüber hinaus engagieren sich im EBB diejenigen, die ihre eigenen interkulturellen Erfahrungen aus einem Erasmus-Aufenthalt, einer Assistentenzeit im (europäischen) Ausland, etc. in den Alltag der Bildungsarbeit einbringen möchten. Der EBB-AEDE arbeitet von 2014 - 2017 im Projekt ELICIT-Plus mit 25 Organisationen aus 14 Ländern zum Thema "European Literacy and Citizenship Education" zusammen, um Fortbildungsmodul und pädagogische Materialien zu diesem Thema zu entwickeln, zu testen und zu evaluieren. Mehr: [www.elicitizen.eu](http://www.elicitizen.eu)



Der EBB-AEDE hilft bei der Findung von europäischen Partnern für europäische Bildungsprojekte durch seine Verbindungen zu den anderen AEDE-Sektionen und informiert seine Mitglieder regelmäßig in seinen Publikationen und auf seiner Webseite über Projekte zur europäischen Bildung.  
 Der EBB-AEDE ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Er ist überparteilich und überkonfessionell. Sein Ziel ist "die Förderung des europäischen Gedankens und der europäischen Dimension in allen Bereichen des Erziehungswesens". Der EBB-AEDE ist Mitglied in der Europäischen Bewegung (Mouvement européen) und fordert ein föderalistisches Europa.



europäischer bund für bildung  
und wissenschaft e.v.

sektion deutschland der association européenne  
des enseignants - AEDE

**Sie** sind Europabeauftragte/r Ihrer Schule, Hochschule oder außerschulischen Bildungseinrichtung und suchen den kollegialen Austausch mit anderen engagierten Kolleginnen und Kollegen?

**Sie** haben Lust, sich in der europäischen Bildungsarbeit zu engagieren und suchen den Kontakt zu erfahrenen Kolleginnen und Kollegen?

**Sie** haben ein tolles Projekt realisiert und möchten Ihre Erfahrungen an andere Kolleginnen und Kollegen weitergeben?

Dann empfehlen wir Ihnen

- unsere Seminare und Veranstaltungen
- die Mitarbeit in unseren Projekten und/oder
- eine Veröffentlichung in der „Europäischen Erziehung“

[www.ebb-aede.eu](http://www.ebb-aede.eu)

